

Sezession

Simon Kießling
Inneres Proletariat

Caroline Sommerfeld
Verwundbarkeit

Martin Lichtmesz
notfall-libertär

Thomas Wawerka
Staat und Leib

Jochen Klepper
Kriegstagebuch 41

103

August 2021
11 EURO
ISSN 1611–5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Verein für Staatspolitik e.V.
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
E-Mail: redaktion@sezession.de

Vertreten durch Dr. Erik Lehnert
(Vorsitzender)

Eingetragen im Vereinsregister
am Amtsgericht Stendal,
Registernummer: 46786

Unter Mitarbeit von Wolfgang Dvorak-Stocker, Benedikt Kaiser, Ellen Kositza, Götz Kubitschek (V.i.S.d.P.) und Erik Lehnert

19. Jahrgang, Heft 103,
August 2021

Sezession erscheint im Februar, April, Juni, August, Oktober und Dezember. Der Preis für das Einzelheft beträgt 11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert hält, kann ein Förderabonnement (75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das normale Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser in Ausbildung), jeweils inkl. Versand. Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich 10 € Porto im Jahr.
Wird das Abonnement nicht bis zum 30. November gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Jahr.

 Manuskripte sind übrigens stets willkommen und sollten als Kurzbeitrag 9 000 und als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen (inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel: (03 46 32) 90 43 96
Fax: (03 46 32) 90 43 97

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

Editorial

Bild und Text

Grundlagen

Bücher

Labyrinthologie

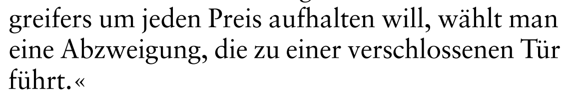
von Götz Kubitschek

Unter den deutschen Philosophen der Gegenwart ist Peter Sloterdijk zweifellos die produktivste Begriffsmaschine. Sein Wortschwall erreicht stets dann Höhepunkte der Ausschüttung, wenn er eigentlich um eine Antwort verlegen sein müßte. Weil Sloterdijk sich Ratlosigkeit aus einem unerfindlichen Grund aber nicht leisten will, lädt er seine Nicht-Antworten mit Originalität auf – oder wie wäre sonst seine akrobatische Annahme zu erklären, mittelalterliche Feste seien vor allem »Proteinverteilungsrituale« gewesen (um nur eines von vielen Beispielen aus seiner Interview-Sammlung zu nennen, die jüngst unter dem Titel *Der Staat streift seine Samthandschuhe ab* erschienen ist)? »Götter sind Trainer, mit denen eine Gruppe von Followern arbeitet, um ihr Leben rituell in Form zu bringen« – das ist frech, wirkt abschließend aufgeklärt, nicht plump blasphemisch, sondern analytisch-funktional sogar über Gott verfügend. Es ist philosophischer Smalltalk: Den Smalltalk an sich kennzeichnet nämlich ein Zuviel an luziden Brocken und ein Zuwenig an Pause und Grübelei – die rasche und verblüffende Wendigkeit nach ernsthafter Frage ist zugleich Höflichkeit und Gesprächsausstieg, sozusagen eine kaschierte Verflachung, ein hingeworfener Brocken, dessen oberflächliche Qualität es seinem Spender ermöglicht, sich dem nächsten Tisch zuzuwenden.



Sloterdijk: ein Vielschreiber auf höchstem Niveau, aber eben doch ein Vielschreiber, einer, der viel zu oft Antworten gibt, der Pferde im Galopp wechselt, weil er davon überzeugt ist, olympiareif reiten zu können. Daher ist er doch schon wieder ehrlich und (ungewollt?) uneitel, wenn er im erwähnten Band Gespräche aneinanderreiht, deren Antworten einander widersprechen. Es liegen nämlich immer ein paar Monate dazwischen, und der Wind, das haben wir alle durchlebt, wehte im vergangenen Jahr böig und unberechenbar. Sloterdijk will stets zu denen gehören, die früher ahnten und wußten und sagten, aber nie zu denen, die danebenlagen. Das macht die Lektüre seines Gesprächsbuchs zu einem Ärgernis, zu einem anregenden Ärgernis, zu einem erweiternden, anstachelnden, fruchtbaren, ärgerlichen Lese- und Denkereignis.

Eine der Früchte: Auf die Frage, wie wir in ratloser Zeit zurechtkommen könnten (unter der Knute des Maßnahmenstaats und vielleicht sogar bedroht von einer tatsächlich gefährlichen Seuche), antwortet Sloterdijk zunächst, man solle es halten wie jene zehn jungen Leute, die im 14. Jahrhundert vor dem Schwarzen Tod aufs Land flohen und sich Abend für Abend nach einfachen Regeln Geschichten erzählten: das *Decamerone*. Dann die typische Wendung: »Eine andere Fährte: eine nicht existierende Wissenschaft studieren, die Labyrinthologie. […] In einem Labyrinth muß man damit rechnen, daß man den Weg zum Ausgang nicht beim ersten Versuch findet. Was zählt, ist ein gutes Gedächtnis für Weggabelungen.« Sloterdijk besitzt es natürlich und wendet es auf die Reaktionsmuster zur Eindämmung der Corona-Pandemie an: »Indem man die Verbreitung des unbekannten Angreifers um jeden Preis aufhalten will, wählt man eine Abzweigung, die zu einer verschlossenen Tür führt.«



Die Alternative wäre »Nichtstun« gewesen, und, das sei ergänzt, sie wäre es noch immer: den Dingen ihren Lauf lassen, jetzt, wo wir wissen, daß die Sterblichkeit »im Zusammenhang mit dem Coronavirus« undramatisch ist. Das also wäre die Weggabelung im Labyrinth gewesen, aber wir wissen ebenso, daß der Weg zurück aus der Sackgasse fast unmöglich wird, wenn man so voller Überzeugung in sie hineingestürzt ist, wie wir es ungläubig erlebten. Vor allem Politiker, diese Gesichtsverlustvermeidungsexperten, können im Grunde nicht umkehren.

Sloterdijk, der große Smalltalker, zieht an dieser Stelle wiederum keine Schlüsse, sondern kaschiert, wie befürchtet, mit einem Aufriß auf dem Bierdeckel seinen Abgang: »Bald werden wir sehen, daß die Politikwissenschaft, die Immunologie, die Ökologie und die Labyrinthologie vor einer Reihe gemeinsamer Herausforderungen stehen.« Schwall. Dabei wäre es so einfach gewesen: Ein gutes Gedächtnis für Weggabelungen besitzt, wer sich a) Alternativen überhaupt vorstellen kann und b) unter einem selbstauferlegten Nachahmungsverbot lebt. Handle nie so wie diejenigen, die das Alternativlose predigen und das Labyrinthische unserer Verhaltensversuche leugnen. ■

Chelsea-Shayenne, bitte an Kasse drei

von Ellen Kositza

Wenn die Geburt eines Kindes ansteht, wird dem Umfeld von den Eltern in spe häufig das Geschlecht verraten. Das hat – natürlich nie so ausgesprochen – mit einem Relikt aus alten Zeiten zu tun. Man erwartete anno dazumal einen »Stammhalter« – oder eben nur ein Mädchen. Gut, wenn das Geschlecht beizeiten klargestellt wurde, um dumme postpartale Bemerkungen zu vermeiden. Kein Mensch von Verstand – es sei denn ein expliziter Patriarch – wünscht sich wohl heute noch explizit einen Knaben. Ist ja auch klar – Mädchen haben heute in allen Bereichen die Nase vorn (nur in Höhlenforschung, Raumfahrt, Maschinenbau, Elektrotechnik, Chirurgie, Informatik und zwei, drei weiteren unwichtigen Bereichen nicht).

Relativ neu, von Übersee nach Deutschland herübergeschwappt und aus dem Stand äußerst populär geworden, sind sogenannte Gender Reveal Parties. Es gibt zwei Varianten: In der einen erfährt das Elternpaar das Geschlecht ihres eigenen Neulings erst auf der (möglichst bombastischen) Feier. Eine Eingeweihte durfte den untersuchenden Frauenarzt zuvor befragen. Sie backt dann beispielsweise einen Kuchen mit entsprechender Symbolik, der dann feierlich enthüllt wird. Und alle kreischen! In der anderen Variante offenbaren die Eltern selbst den darob ausgelassen Mitfeiernden (gern auch nur über Instagram), ob es einen Buben oder ein Mädel geben wird.

Solch ein TV-induzierter Budenzauber mag einerseits tragisch erscheinen – andererseits ist es doch wunderschön, daß in der westlichen Welt einem einzelnen Neuankömmling solche Aufmerksamkeit zuteil wird. Fast mag man es konterrevolutionär nennen – echte Modeopfer schaffen sich heute ein bewußt genderneutrales Kinderzimmer an. Man will das Kleine ja nicht in puncto soziales Geschlecht »manipulieren«.

Geheimer als das Geschlecht wird normalerweise der künftige Name gehalten. Logisch: Denn pränatale Einwände gegen die Namenswahl dürften häufiger sein. Die erspart man sich lieber – was klug ist. Es gibt (zumal in Deutschland) keine bundesamtliche Statistik über die Vergabe von Vornamen. Es gibt nur offiziöse Verlautbarungen, auch wenn etwaige »Statistiken« in den Vermischtes-Meldungen der Tageszeitungen quasiamtlich daherkommen. Die Namensdaten werden auf unterschiedliche Art und Weise erhoben, wobei dieser Modus gewöhnlich intransparent bleibt.

Als gründlicher Vornamensforscher hat sich hierzulande seit langem der Wirtschaftsinformatiker Knud Bielefeld etabliert. Er betreibt die vielbesuchte und reich kommentierte Netzseite www.beliebte-vornamen.de. Für seine erhellenden Namensstatistiken greift er unter anderem auf Familienanzeigen, Absolventenverzeichnisse und literarische Quellen zurück. Seit 2004 stehen ihm die Daten zahlreicher Geburtskliniken und Geburtshäuser zwecks Auswertung zur Verfügung. Im Jahr 2020 erfaßte er für seine Zählung 23 Prozent der Neugeborenen in Deutschland.

Seine Zusammenstellung (die er durch kundige Bemerkungen begleitet) ist faszinierend, sie beginnt mit den beliebtesten Namen im späten Mittelalter. Gemäß seiner Quellenlage stand auf Platz 1 der Name Margret mit vielerlei Nebenformen, auf Platz 2 Els inklusive Elsbeth, Elßlein, Bettlin und vielen anderen, gefolgt von Anna auf Platz 3. Bei den Knaben standen Hans, Kunz, Heinz, Jörg und Ulrich hoch im Kurs. Bielefelds Aufzählung ist in späteren Jahren nahezu minutiös und akribisch. 1890 sind Anna, Frieda, Bertha und Margarete sowie Karl, Wilhelm, Otto, Gustav, Heinrich und Max am populärsten. 1914 sind Hans, Walter und Karl sowie Gertrud, Hildegard und Erna die häufigsten Vornamen.

Springen wir ins Jahr 1936: Helga ist unangefochtener Spitzenreiter bei den kleinen Mädchen, es folgen Ingrid, Ursula, Renate und Karin. Bei den Buben: Günther, Klaus, Jürgen, Hans und Werner. Anno 1962 sind Susanne, Andrea, Petra und Sabine angesagt oder Thomas, Michael, Andreas und Frank.

Noch Ende des vergangenen Jahrhunderts waren die deutschen Standesämter relativ streng bei der Vergabe außergewöhnlicher Namen. »Beweise« mußten vorgelegt werden, daß der Name tatsächlich im »echten Leben« existiere. Pumuckl und Tarzan waren nicht gestattet. Heute schon, denn heute ist man wesentlich entspannter: Kinder dürfen Himmelblau, Blue (sehr beliebt übrigens, eventuell weil der Schauspieler Uwe Ochsenknecht einen Sohn so benannte; Rechtfertigung des Standesamts: »Rosa ist doch auch schon lange gängig«), Siebenstern, Trumf,

SCHLESWIG-HOLSTEIN
Emma | *Finn*
Ida | *Elias*
Hanna | *Paul*

MECKLENBURG-VORPOMMERN
Emma | *Theo*
Hanna | *Finn*
Frieda / Mia | *Karl*

HAMBURG
Emilia | *Henry*
Ella | *Noah*
Hanna | *Emil*

NIEDERSACHSEN
Emma | *Finn*
Hanna | *Noah*
Mia | *Henry*

BREMEN
Emilia | *Noah*
Ella | *Elias*
Hanna | *Mohammed*

SACHSEN-ANHALT
Hanna | *Matteo*
Mia | *Paul*
Frieda | *Oskar*

BRANDENBURG
Hanna | *Finn*
Mia | *Matteo*
Charlotte | *Oskar*

BERLIN
Hanna | *Mohammed*
Charlotte | *Noah*
Mia | *Henry*

NORDRHEIN-WESTFALEN
Emilia | *Noah*
Mia | *Ben*
Mila | *Henry*

HESSEN
Emilia | *Noah*
Sophia | *Matteo*
Emma | *Leon*

THÜRINGEN
Hanna | *Matteo*
Frieda | *Henry*
Emma | *Paul*

SACHSEN
Emma | *Emil*
Hanna | *Ben*
Mia | *Matteo*

RHEINLAND-PFALZ
Emma | *Noah*
Sophia | *Ben*
Emilia | *Henry*

SAARLAND
Emilia | *Elias*
Ella | *Ben*
Hanna | *Matteo*

BADEN-WÜRTTEMBERG
Sophia | *Noah*
Emma | *Leon*
Emilia | *Matteo*

BAYERN
Sophia | *Lukas*
Emilia | *Felix*
Hanna | *Leon*

BUNDESWEIT
Emilia | *Noah*
Hanna | *Leon*
Emma | *Paul*

Datenquelle: Gesellschaft für deutsche Sprache e.V.

Grafik: © Sezession

Raperin, Moxxi, Dee-Jay oder Popo genannt werden. Absagen gab es für Whisky, Joghurt, Liebknecht, McDonald, Bierstübl und Satan.

Gemessen am restlichen Europa sind deutsche Eltern bei der Namenswahl besonders wandelbar bis experimentierfreudig. In anderen Ländern geschieht die Vergabe deutlich konservativer. In Großbritannien stehen Harry, Jack, Charlie und Thomas (oder Jessica, Emily und Olivia) seit Jahrzehnten weit oben in der Hitliste. In Polen sind es seit je und bis heute Jan(usz), Michal, Mateusz, Adam und Bartosz und in Spanien Pablo, Manuel, Diego, Alejandro und Javier. In diesen Ländern schlägt Tradition Mode.

Interessant für Deutschland ist die seit etwa zwei Jahrzehnten feststellbare Konjunktur »alter« Namen. Manche (Emil, Paul, Heinrich, Friedrich, Gustav, Max oder Lisa, Lena, Emma, Maria, Marie, Mia) laufen hervorragend, wohingegen andere (Jürgen, Harald, Günther, Horst oder Christa, Waltraud, Renate, Helga) überhaupt keine Abnehmer finden. Die populäre Erklärung lautet, daß stets die Großväter- und Großmütternamen (Wilhelm und Josefa kommen uns »uralt« vor) boomten, es also noch Zeit brauche, bis Inge und Eduard, Werner und Karin als Trend dran wären. Beim Blick auf die Statistik kann das nicht ganz stimmen. Ohnehin bleibt eine Menge Forschungsbedarf: Wie kann es sein, daß ganze 40 Prozent der beliebtesten Vornamen anno 2020 auf die Anfangsbuchstaben L, M und A lauteten? Statistisch ist das enorm auffällig – rein gefühlsmäßig sind dies defensive Anlaute, anders als etwa K, T, Z oder R.

Kurios ist auch, daß Mohammed/Muhammad/Mehmet et al. ausschließlich in Berlin (Platz 1) und Bremen (Platz 3) in den Hitlisten auftaucht. Wir haben fünfeinhalb Millionen Muslime in Deutschland, und es wäre unlogisch und ohne jede Evidenz, daß diese geburtenstarke Gruppe ihre Kinder plötzlich Noah, Elias oder Hannah und Clara nennte. Ob häufige arabische Vornamen wie Tarek, Omar, Leyla und Fatima einfach unter die 77 Prozent der nicht erfaßten Vornamen (beispielsweise in Ungarn gibt es dafür eine Behörde) fallen?

Schauen wir auf die »Hitliste« 2020. Es gibt hier unter den Mädchennamen keinen einzigen Namen, der nicht auf den Weiblich- und Niedlichkeitsvokal a endete! Und dies zu Hochzeiten der »Genderneutralität«! Keine Silke, keine Doris, nicht mal eine Jette oder Alice. In Norddeutschland boomen einige wenige Vornamen, die es in Süddeutschland nicht unter die Top Ten geschafft haben. Aber auch sie enden auf a: Ella und Ida. Auch in Süddeutschland gibt es Namen, die im Norden wenig attraktiv wirken: Lea und Clara. Weithin keine Spur von genderneutralen Namen wie Kai, Jamie, Toni oder Louis.

Auch bei den Jungennamen gilt festzuhalten, daß Namensmoden heute im Schnitt unkonventioneller sind als anno dazumal. Es gab 1964 viermal mehr Thomasse, als es heute Bens gibt. Eine ungeklärte Entwicklung ist, daß die heute bevorzugten Jungennamen (anders als die jüngst populären Maximilian, Johannes, Valentin oder der Dauerbrenner Alexander) gern mit sehr wenigen Buchstaben auskommen: Finn, Luis, Paul, Noah. »Noah« als Nummer eins gibt ohnehin Rätsel auf. Befinden wir uns etwa in einer Endzeitstimmung, in der man Bootsbauer sucht? Was sagt uns dann der steile Aufsteiger Matteo, der sowohl in urbanen wie in provinziellen Kreisen Deutschlands Hochkonjunktur feiert? »Gabe Gottes« bedeutet der Name. Nomen est omen? Wer weiß. ■

Vladimir Volkoff

von Konrad Markward Weiß

Vladimir Volkoff hat als Romancier, Dramatiker, Dichter, Essayist und Biograph mehr als 70 Publikationen hinterlassen; einige Schlaglichter auf Leben und Werk des tiefgläubigen orthodoxen Christen, kämpferischen Antikommunisten, überzeugten Aristokraten, studierten Altsprachlers, promovierten Philosophen sowie Offiziers im Guerillakrieg sollen zur Beschäftigung mit dem hierzulande noch wenig bekannten, hochpolitischen literarischen Schwergewicht anregen.

Volkoff wird 1932 in Paris als Sohn russischer Emigranten geboren; der Vater, dessen Familie seit dem 16. Jahrhundert den Zaren gedient hatte, muß sich als Autowäscher verdingen und stößt 1939 als einfacher Soldat zur Fremdenlegion. Die Mutter, eine Verwandte Tschaikowskis, hält die Familie mit Stickarbeiten über Wasser und die Treue zur fernen Heimat hoch: Sie ist eine ebenso liebevolle wie fordernde Erzieherin Vladimirs, der in einem Haus mit Lehmboden ohne Wasseranschluß und Elektrizität aufwächst, wo die Milch im Winter gefriert. Und trotzdem: »Ich war das glücklichste Kind auf der Welt«. Mit sieben schreibt er erste Verse, entbrennt bald für die französische Literatur und wird sein gesamtes Werk in dieser Sprache verfassen, die er an der Sorbonne studiert; jeden Donnerstag liefert er sich dort in den Reihen der Action française Schlachten mit Kommunisten, »denen Gaullisten beispringen, sobald deren Überzahl von zehn gegen einen ins Wanken gerät« – manche Dinge ändern sich eben nie … Er unterrichtet an einem Jesuitenkollegium, wird zum Wehrdienst einberufen und zögert trotz entsprechenden Wunsches, sich freiwillig zum Kampfeinsatz in Algerien zu melden, aus Rücksicht auf seine inzwischen alleinstehende Mutter. Doch sie wischt alle Bedenken beiseite: »Es ist Krieg. Du bist ein Volkoff. Selbstverständlich bist du ein Freiwilliger.« 1958, inzwischen Offizier, beschließt Volkoff, sich nun »vollständig als Franzose anzunehmen, da mir französische Leben anvertraut sein würden«.

In Algerien befehligt der Marineinfanterist einen Außenposten, wird zum Nachrichtendienst versetzt und mit Spionage, Handstreichen und offensiver Spionageabwehr betraut. Später dient Volkoff in einer Einheit, die zivile Infrastruktur und Logistik schafft, mit dem Ziel, »die Bevölkerung dahin zu bringen, Frankreich vorzuziehen«. Sein künftiges Leben sieht er ganz in Algerien. Angesichts von Bombenterror und Greueltaten der algerischen FLN bzw. ALN wird der junge Leutnant bald aber auch mit moralischen Fragen konfrontiert – insbesondere der Folter. Persönlich kann er sich jedoch heraushalten, da »ich es radikal ablehnte, irgend etwas zu tun, das meine Prinzipien mir verbaten«. Die quälenden Dilemmata eines asymmetrischen Krieges hat Volkoff in etlichen hochdramatischen Romanen immer wieder erörtert: Im Jahr nach seinem Tod erscheint *Le Tortionnaire* (2006), das Drama eines wie so oft stark an Laufbahn und Persönlichkeit Volkoffs angelehnten blutjungen Offiziers; diesem allerdings, von seinen Vorgesetzten im Stich gelassen, gelingt es nicht, trotz ebenfalls hehrer

Alle nicht ausdrücklich anderen zugewiesenen Zitate stammen von Vladimir Volkoff; deren Übersetzungen, mit Ausnahme von *Die Absprache* und *Der Durchschnittseuropäer,* von Konrad Markward Weiß.

Auf Deutsch vorliegende Werke werden zur Hervorhebung im Text nur mit ihrem deutschen Titel angeführt.

Vorsätze und Ehrbegriffe, in einem zunehmend schmutzigen Krieg auf Dauer sauber zu bleiben. Romanfigur und Autor teilen hinsichtlich eines in sich zerrissenen Frankreichs einen Traum: »Vielleicht könnte man mit Hilfe Algeriens die Teile wieder zusammenfügen. In Algerien wird es keine Rechte und keine Linke mehr geben, sondern ein gemeinsam zu verrichtendes Werk. ›Wenn du die Menschen vereinen willst, gib ihnen einen Turm zu bauen‹, hat Saint-Exupéry gesagt. Für die Franzosen könnte Algerien dieser Turm sein, dieser große Traum«. De Gaulle aber führt entgegen früheren Beteuerungen anderes im Schilde, gibt Algerien auf und liefert die davor entwaffneten algerischen Kämpfer auf französischer Seite der Rache der FLN/ALN aus, die wohl um die 100000 »Harkis«, häufig bestialisch, ermordet. Tief beschämt sollte Volkoff diesen Verrat Zeit seines Lebens beklagen und anprangern.

Zurück in Frankreich gelingt ihm mit dem Science-fiction-Roman *Métro pour l'enfer* (1963) ein erster Erfolg, in dem auch ein gewissenloser Staatspräsident mit dem Namen »Monsieur Pfui« eine finstere Rolle spielt: Ein junger Straßenmusiker begegnet in der Pariser U-Bahn seiner verstorbenen einzigen Liebe wieder und folgt ihr über die Endstation hinaus in eine Unterwelt, bevölkert von Untoten, die im Hamsterrad einer »gewaltigen, vollständig nutzlosen Maschinerie roboten« – eine Metapher für seelenlose, durchtechnologisierte Riesenstädte. Der für *Métro* erstmals preisgekrönte Schriftsteller erlangt eine gewisse finanzielle Unabhängigkeit durch seine von 1965 bis 1986 in vierzig Bänden vorgelegte Jugendbuchserie *Geheimagent Lennet.* Volkoff verlebt die folgenden Jahrzehnte in den Vereinigten Staaten, wo er an einem elitären Mädchengymnasium lehrt und im »Old South« dessen Abendrot erlebt, zudem eine »lebensverändernde Erneuerung« seines orthodoxen Glaubens.

Sein literarischer Durchbruch erfolgt 1979 mit *Die Umkehr:* Dessen Erzähler, der junge, russischstämmige Leutnant Volsky, hegt literarische Ambitionen und schiebt ansonsten eine ruhige Kugel in einem drittrangigen französischen Militärgeheimdienst. Teils läppische Fügungen führen dazu, daß Volsky eine improvisierte Operation aus dem Boden stampft, die seine Kragenweite deutlich übersteigt – ebenso wie ihr Ziel: das »Umdrehen« des skrupellosen hochrangigen KGB-Offiziers Popov, eines eisernen Bolschewiken mit leicht schwefeligen Zügen. Dieser hat wenig Mühe, die Manöver des dilettierenden Volsky samt Konsorten zu durchschauen, und schleudert ihnen seine Verachtung in einer Volkoff-typischen peripatetischen Brandrede offen ins Gesicht. Der Panzer des Tschekisten wird bei völlig unerwarteter Gelegenheit rissig: in einer russisch-orthodoxen Hinterhofkirche, wo alsbald ein episches, metaphysisches Ringen beginnt, innerhalb eines bis zum Schluß fesselnden Spionageromans. »Volkoff hat die Welt der Philosophie und Metaphysik in den Roman eingeführt. Das war in Frankreich unerhört und noch nie dagewesen«, so ein Kritiker, und ein anderer: »Nach dem Tod von Bernanos und Mauriac […] gab es keine neue christliche Präsenz im französischen Roman, bis Volkoff 1979 auf die Bühne stürmte«.

»Und all eure Russels und eure Sartres, kniend im Kot! Glaubt ihr denn, daß wir nicht gute Lust hätten, ihnen die ekstatischen Visagen einzutreten, die sie uns entgegenstrecken? Ihre Lobgesänge nehmen wir nur mit zugehaltener Nase entgegen. […] Ach! Wie fröhlich wir zur Rechten und zur Linken dreinschlagen werden, wenn die Zeit dafür gekommen sein wird! Ein Kollektiv, das sich selbst nicht riechen kann, muß verschwinden. Das ist wissenschaftlich, und es ist darüber hinaus auch gerecht.«

Le Retournement [Die Umkehr], Paris/Lausanne 1979, S. 161.

Bald darauf schlägt ihm Alexandre de Marenches, der legendäre Chef des französischen Auslandsgeheimdienstes, die Abfassung eines Romans über die bedrohliche sowjetische Spezialität »Desinformation« vor. Dieser Topos ist ein gefundenes Fressen für Volkoff, als ehemaligem Geheimdienstoffizier, glühendem Antikommunisten und mitreißendem Erzähler gleichermaßen, und wird ihm zu einem Lebensthema. 1982 erscheint *Die Absprache,* in deren Mittelpunkt der hochintelligente, kühle Alexander Psar steht, einmal mehr ein Sohn weißrussischer Emigranten. Passenderweise auf der Galerie der Chimären von Notre-Dame wird er vom KGB angeworben, gegen das Versprechen, nach 30 Jahren treuer Dienste wohlbestallt nach Rußland »heimkehren« zu dürfen. Diese Dienste bestehen in der Manipulation der öffentlichen Meinung durch ein ganzes »Orchester« französischer Intellektueller und Journalisten, das Psar unter Nutzung seiner Fassade als Literaturagent und Herausgeber einflußreicher Weißbücher alsbald meisterhaft dirigiert. Sein Leitmotiv sind 13 Gebote, destilliert aus den Lehren des chinesischen Strategen Sun Tzu, dem zufolge die »höchste Kunst des Krieges darin besteht, den Feind kampflos zu unterwerfen«. Im Erscheinungsjahr, das sogar *Le Monde* »L'année Volkoff« nennt, erhält das beklemmende Meisterwerk des Romanciers den Grand Prix du roman de l'Académie française; die darin bloßgestellte Presse und Intelligenzija

- Diskreditiere das Gute.
- Kompromittiere die Vorgesetzten: Erschüttere ihren Glauben, liefere sie der Verachtung aus.
- Benutze verachtungswürdige Männer.
- Unterminiere die Obrigkeit.
- Säe Zwietracht unter die Bürger.
- Stachle die Jungen gegen die Alten auf.
- Mache die alten Bräuche lächerlich.
- Störe die Versorgung mir Nahrungsmitteln.
- Laß geile Musik abspielen.
- Verbreite die Wollust.
- Schieß Kosten vor.
- Sei informiert.

Die Absprache, Stuttgart 1985, S. 40.

aber sollten ihm nicht verzeihen, wie Robert Poulet später in einem Brief an den Schriftsteller analysiert: »Früher oder später mußten Sie gegen eine Wand laufen. Sie würden zu jenen zeitgenössischen Autoren zählen, denen die ›große Presse‹ die verdiente Anerkennung zwar nicht verwehrt, es dabei aber so einrichtet, daß man dabei vom Eigentlichen abgelenkt würde. Begründung: sie haben sich selbst ins abseits gestellt und waren so unverfroren, es öffentlich zu bekunden. Sie haben also mit der *Absprache* eine unverzeihliche Dreistigkeit vollzogen.«

Desinformation also: Minutiös analysiert Volkoff die Akteure und das konkrete Handwerk dieser Herrschaftstechnik. In seiner *Petite histoire de la désinformation* (1999) definiert Volkoff sie als »Manipulation der öffentlichen Meinung, zu politischen Zwecken, durch eine mit verfälschenden Mitteln aufbereitete Information«. Volkoff identifiziert zahlreiche entsprechende große Operationen wie die Unterwanderung westlicher Friedensbewegungen durch die UdSSR: »Wenn du den Krieg willst, bereite den Frieden vor – beim Gegner«.

1991 »tritt ein nachgerade unglaubliches Ereignis ein: Der rote Riese bricht zusammen, ohne ein einziges Opfer zu fordern«. Der noch im selben Jahr erschienene, mit heißer Feder geschriebene schmale Band *La trinité du mal* ist, so auch der Untertitel, eine »Anklageschrift zur Anwendung im postumen Prozeß gegen Lenin, Trotzki und Stalin«. Der Marxismus habe der »politischen Verkörperung des Bösen drei Elemente hinzugefügt, die es davor niemals besessen hatte, [...] die dem Kommunismus eine Sonderstellung unter den menschengemachten Geißeln verschaffen: den moralisierenden Vorwand, den Organisationsgrad und die Universalität. [...] Der Welt war niemals etwas Entsetzlicheres zugestoßen als der Kommunismus.« In Analogie zu den Nürnberger Prozessen fordert Volkoff, auch in einem Appell an die Vereinten Nationen, »gegenüber dem Kommunismus mit seinen unendlich zahlreicheren Opfern, der über die ganze Welt metastasiert hat«, die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofs. Vor allem aber verlangt Volkoff ein öffentliches Schuldbekenntnis der Kommunisten – und daß «die widerwärtige Puppe, entstellt von balsamischen, austrocknenden und antiseptischen Injektionen, aus ihrem monströsen Kokon gerissen» und auf diese Weise der gesamten Menschheit verkündet werde, daß Lenin seinen zweiten Tod gestorben und der Alptraum vorbei sei.

1995 markiert eine weitere Zäsur in der Laufbahn des bekenntnisstarken Schriftstellers: seine endgültige Kaltstellung durch die herrschenden Medien wegen seiner Parteinahme für Serbien während der Balkankriege, die sich auch im Politthriller *L'Enlèvement* (2000) findet. Dort wird nebenbei auch der schwindende »Meinungskorridor« selbst für demokratisch legitimierte Staatschefs behandelt – und der Vormarsch des Islam in Europa, mit den Worten eines entsprechenden Konvertiten: »Mach dir keine Illusionen. Wir haben die einzige Schlacht gewonnen, die zählt, die demographische«. In der einseitigen medialen Dämonisierung Serbiens sieht Volkoff eine meisterhafte, US-amerikanisch orchestrierte Desinformationskampagne und sagt schon damals die nächste voraus, gegenüber Rußland und dessen Präsident Putin.

»Das Ich ist ein Organ, von dem unsereiner keine Vorstellung hat, mit dem die Menschen jedoch versehen sind; es erlaubt ihnen, über Gut und Böse zu urteilen – meist falsch und verquer; und es bewirkt, daß der Vater sie mehr liebt als uns, die Engel – aber es gerät leicht außer Kontrolle und nimmt oft monströse Ausmaße an.«

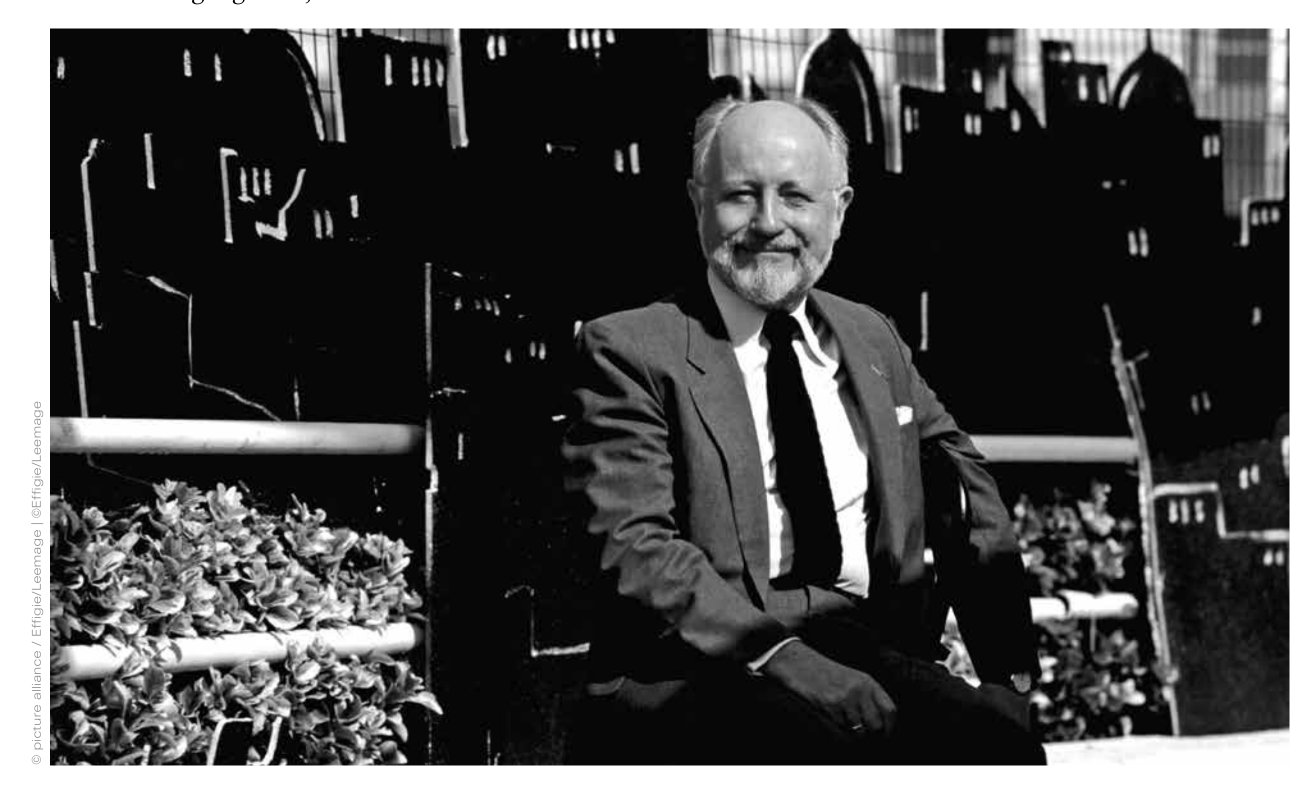
Chroniques angéliques, Paris/Lausanne 1997, S. 17f.

Sein Leibthema Desinformation tut der Vielfalt von Volkoffs Werk keinen Abbruch: Im handfesten *Le Bouclage* (1990) wird eine nicht näher bezeichnete europäische Mittelmeerstadt von so drastischer Kriminalität geplagt, daß der neue »Administrator« der Metropole ebenfalls zu drastischen Maßnahmen greift, um den Sumpf trocken zu legen. Alles andere als harmlose Erbauungsliteratur, aber ungleich liebevoller in der Anlage sind die wundersamen, zart melancholisch-ironischen *Chroniques angéliques* (1997), deren Autor sich eingangs an seinen Schutzengel wendet: »Meine Hypothese in diesen Chroniken ist, daß eure Engelsheere den Geheimdienst des lieben Gottes bilden. [...] Sie erlauben es dem König der Könige, den stets ein wenig routinemäßigen, gewöhnlichen Gang der Schöpfungsverwaltung zu überbrücken.« Alle Episoden fußen auf der Bibel, manche außerdem auf Inspirationen von Tolstoi bis Sergej Bulgakow. »Sobald er zur Welt kam, hielt ich mich zur Rechten seiner Wiege und liebte ihn. Jener andere Herr plazierte sich zu seiner Linken und sann darüber nach, wie er ihn verderben könnte [...]. Ich bin der unglückseligste aller Schutzengel gewesen, so wie Judas der unglückseligste aller Menschen war«.

Le Professeur d'histoire (1985) schildert – nicht ohne Humor, nicht ohne Wehmut – einschließlich einer letzten Liebe die späten Jahre eines

hochkultivierten, altersweisen, katholischen Reaktionärs und Gymnasiallehrers, der in seiner Epoche zunehmend verloren ist und schließlich erkennt, daß es »für die Vergangenheit keine andere Zuflucht gibt als die Ewigkeit«. Denn »die Welt […] der Vergangenheit beruhte auf einem schlichten Grundprinzip: der Nachahmung der Besten durch die Übrigen. […] Heute bemüht sich der Generaldirektor zu reden wie der Hilfsarbeiter, paßt sich der Vater dem Söhnchen an. Auf den Kopf gestellte Nachahmung, gekonnt von unseren Regierungen befördert, die sich große Mühe geben, die Bollwerke des Unterschieds stückchenweise zu schleifen«.

Der Unterschied und die Besten – zwei so zentrale Elemente in Volkoffs Weltanschauung, daß er ihnen jeweils ein eigenes Werk widmet: 2004 erscheint *Pourquoi je serais plutôt aristocrate,* wo er zunächst festhält, was Aristokratie bedeutet – die Herrschaft der Besten – und was nicht: ein Synonym für den Adelsstand. Als schlagendes Beispiel nennt Volkoff die KPdSU, die zumindest in ihrer Frühzeit eine »aristokratische Struktur war, zu der man erst Zugang fand, nachdem man sich als Revolutionär bewährt hatte



Vladimir Volkoff (1932–2005), Aufnahme aus dem Jahr 2000.

[…]«. Während die Demokratie auf dem Prinzip der Quantität beruhe, sei dieses der Aristokratie völlig fremd, die zumindest theoretisch nur das Kriterium der Qualität kenne: »Ich weiß nicht, ob die ›Herrschaft der Besten‹ jemals existiert hat, aber ich bin von diesem Ideal deutlich mehr angetan als von der Verwirklichung der Gelüste der größeren Zahl«, bekennt Volkoff. »Die Qualität wiederum kann kaum anders zum Ausdruck gebracht werden als in Begriffen der Überlegenheit: Der Demokrat beklagt es, den Aristokraten erfreut es, das Faktum bleibt.« Der Sport, besonders die Jagd nach Rekorden, sei das aristokratische Konzept schlechthin; und nicht zuletzt deshalb so populär, weil einem inneren Bedürfnis nach Aristokratie entsprechend; weil der Sport, gerade in einer Epoche der Orientierungslosigkeit, »absolute Regeln und offenkundige Erfolge bietet, und letztlich – so läppisch diese auch sein mag – im Ergebnis die Wahrheit hervortreten läßt.«

Und dann der Unterschied, der Volkoff bereits in die Wiege gelegt war: »In der westlichen, demokratischen, intellektuellen, pazifistischen, agnostischen Zivilisation, in der ich lebte, oblag es mir, den Gral einer anderen Zivilisation intakt zu halten: östlich, autokratisch, theokratisch, kriegerisch, orthodox. […] Ich war für den Kult des Unterschieds vorausbestimmt«. Diesem huldigt er in *Le complexe de Procuste* (1981), das den Namen des Widersachers im Titel trägt: des mythologischen Riesen Prokrustes, der seinen Opfern Gliedmaßen abhackt bzw. sie so lange streckt, bis ihre Größe der seines sprichwörtlichen Bettes entspricht. Volkoff kommt es weniger auf »vertikale« Privilegien an, auf Über- bzw. Unterordnungsverhältnisse, sondern auf horizontale Unterschiede, Nuancen, wie bei

»Nicht nur meine eigenen Überlegungen [...] beweisen mit fast mathematischer Präzision das Folgende: daß erstens in den sozialen Organismen der romanisch-germanischen Welt schon seit dem vorigen Jahrhundert der Prozeß der zweiten Vermischung begann, der zur Uniformität führt; daß sich zweitens diese Einförmigkeit von Gesichtern, Anstalten, Moden, Städten, Kulturidealen und Formen überhaupt immer mehr verbreitet, was alle und alles zu einem einzigen, einfachen, gewöhnlichen, mittleren, sogenannten bürgerlichen Typus des westlichen Europäers zusammenschmilzt; daß drittens die Vermischung von Bestandteilen, die einförmiger denn je sind, statt zu größerer Solidarität zu Zerstörung und Tod (der Staaten, der Kultur) führt.«

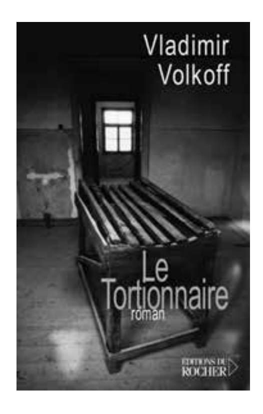
Konstantin Leontjew: *Der Durchschnittseuropäer. Ideal und Werkzeug universeller Zerstörung,* Wien/Leipzig 2001, S. 79f. .

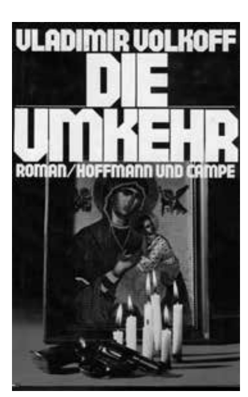
Lydwine Helly: *Vladimir Volkoff* (= *Les Dossiers H*), Lausanne 2006.

regionalen Volkstrachten oder Uniformdetails innerhalb derselben Armee: »Es ist die pure Lust daran, sich als das wiederzuerkennen, was man ist – und wiedererkennen kann man sich nur, wenn man sich unterscheidet. [...] Wie soll ich etwas lieben, das keine Identität hat? Wie soll ich eine Identität an etwas erkennen, das keine Unterschiede hat?« Die Gleichmacherei hingegen ist selten so harmlos wie die Unterschiede, die sie zu beseitigen trachtet: »Die Schaffung von Départements hatte als wesentliches Ziel, die Bewehrung der früheren Provinzen mit ihren Unterschieden und Ungleichheiten zu brechen, um die Individuen gegenüber der Zentralgewalt in einer einzigen Reihe auszurichten, wie beim Kegeln«. Prokrustes, wie sich spätestens in unseren Tagen erweist, ist auch ein großer Globalisierer ...

Der natürliche Lauf der Dinge im Universum aber kennt nur eine Richtung: die Vergrößerung der Entropie, mit dem Endzustand vollständiger







Undifferenziertheit, so Volkoff, der ausgiebig den ebenso grimmigen wie hellsichtigen russischen Philosophen Konstantin Leontjew (1831–1891) zitiert, der Weltrevolution, Weltkrieg und eine europäische Föderation voraussah: »Das generelle Gesetz, das die Basis der Schönheit bildet, ist die Vielfalt in der Einheit« – sprich die Harmonie. Wie jeder Organismus beginnt nach Leontjew auch jedes Staatswesen in ursprünglicher Einfachheit (und mit geringen Unterschieden), erlebt seine Hochblüte in der Ausdifferenzierung und schließlich die Simplifizierung des Niedergangs in Richtung Ununterscheidbarkeit – endgültig im Tod. Dieser ereilt Vladimir Volkoff am 14. September 2005 während der Entstehung eines bemerkenswerten Kompendiums zu seinem Leben und Werk, für das er eine kurze einleitende Autobiographie verfaßte. Die Liste dessen, was er am Leben geliebt habe, ist lang; wirklich verabscheut habe er nur Flegelhaftigkeit, Pädophilie und Demokratie. Der streitbare »Dumas der Steppen« – wie *Le Figaro* ihn wegen seiner in Rußland angesiedelten historischen Romane bezeichnete – bereute nur, sich nie duelliert zu haben. Zum Tode Vladimir Volkoffs schrieb Dominique Venner: »Wie alle Großen seiner Generation, Déon oder Raspail, war sein Empfinden vom Krieg und den Tragödien des Jahrhunderts genährt worden, an deren Erleben es den Kindern des Konsums und des lauwarmen Nihilismus so bitter gebricht«. Der Krieg dieses Großen war Algerien, zu dem er am Ende seines Schaffens zurückkehrt. Keine 100 Seiten braucht Volkoff, um spannend wie ein Kriminalroman in *La Grenade* bis zum lakonisch-bitteren Ende die Spur einer gestohlenen Handgranate zu beschreiben; und während diese von Hand zu Hand geht anhand archetypischer Akteure ein schon damals müdes Europa, seine Verächter im Inneren und islamistisch-terroristische Gegner von außerhalb: Nach Jahrzehnten der erste Volkoff auf Deutsch, bei Karolinger; diverse Großverlage hatten ihren entsprechenden Publikumserfolgen bezeichnenderweise keine weiteren Übersetzungen folgen lassen.

Der Wahlspruch der Volkoffs lautete »Der Turm stürzt ein, aber ergibt sich nicht« – und seinem Freund Vladimir rief Jean Raspail nach: »Die Bruderschaft ist konsterniert. Ich spreche von jener winzigen ›Heiligen Schar‹ französischer Schriftsteller und Romanciers, die an den äußersten literarischen Rändern unseres alten Europa das Feuer noch erwidern. Unermeßlich ist die Front, und wir sind so wenige; und nun läßt Ihr Tod ganze Abschnitte der Mauer, wo Sie unermüdlich patrouillierten, fast ungeschützt zurück. [...] Dieser Brief ist der letzte. Sie werden ihn dort oben lesen, im Frieden der Ewigkeit. Auf eine gewisse Weise beneide ich Sie: Sie wissen jetzt, warum Sie recht hatten«. ■

Autoren dieses Heftes

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von rechts, Schnellroda 2020

Marcel Kehlberg, 1980, studierte Luft- und Raumfahrttechnik. Er lebt und arbeitet im französischen Département Haute-Garonne.

Simon Kießling, 1971, studierte Philosophie und Geschichte in Heidelberg; Promotion 2006 mit einer Arbeit über die antiautoritäre Revolte der 68er. Er ist als freier Autor und Übersetzer tätig und er lebt in Bremen und Rhaudermoor.
Selbstaufgabe einer Zivilisation? Gender Mainstreaming – No Border – One World, Bad Schussenried 2019

Ellen Kositza, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Vorlesen (zusammen mit Caroline Sommerfeld), Schnellroda 2019
Das Buch im Haus nebenan (Hrsg. mit Götz Kubitschek), Schnellroda 2020

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession.*
Nassehi, ich und Leggewie. Zwei Briefwechsel, Schnellroda 2021
Hin und wieder zurück. 2017–2021, Schnellroda 2021

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist promovierter Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS).
Das andere Deutschland. Neun Typen, Schnellroda 2018
Lagedenken. 20 Jahre Institut für Staatspolitik (hrsg. mit Götz Kubitschek), Schnellroda 2021

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Ethnopluralismus. Kritik und Verteidigung, Schnellroda 2020

Moritz Scholtysik, 1993, studierte Geschichte, Kunstgeschichte und Philosophie in Frankfurt a.M. Er arbeitet als Kommunikationsreferent und ist in der katholischen Jugendarbeit aktiv.

Dr. Caroline Sommerfeld, 1975, ist promovierte Philosophin und Mutter dreier Söhne.
Selbstrettung. Unsere Siebensachen, Schnellroda 2020

Thomas Wawerka, 1975, war evangelischer Pfarrer und wurde nach Ablauf seiner Probezeit im sächsischen Frohburg bei Leipzig aus politischen Gründen nicht in den Kirchendienst übernommen. Er arbeitet für einen AfD-Bundestagsabgeordneten.
Nation, Europa, Christenheit. Der Glaube zwischen Tradition, Säkularismus und Populismus, Graz 2019.

Konrad Markward Weiß, 1977, in Wien wohnhaft, im Karolinger Verlag tätig und Vizekonsul Patagoniens; Autor und Übersetzer, selbständiger Kommunikationsberater.
Jean Raspail: *Die Axt aus der Steppe,* Wien 2019 (Übersetzung)

Inneres Proletariat

von Simon Kießling

Wem daran gelegen ist, die Bewegungsgesetze und -prinzipien zu verstehen, die dem Aufstieg und dem Verfall der großen Kulturen zugrunde liegen, greift in Deutschland zu Oswald Spenglers *Untergang des Abendlandes* (zwei Bände, 1918–22), in England und Amerika zu Arnold J. Toynbees *Gang der Weltgeschichte* (zwölf Bände, 1934–61). In vielen ihrer Urteile stimmen die beiden Universalgeschichtstheoretiker auf bemerkenswerte Weise überein: insbesondere darin, daß die großen Zivilisationen in ihren reifen, vorgerückten Stadien eine imperiale Großstaatlichkeit ausbilden, die sich vereinheitlichend über den gesamten Kultur- und Zivilisationsraum legt und alle darin lebenden Völker umschlingt. Allerdings unterscheiden sich Toynbee und Spengler in ihrer Deutung der basalen Triebkräfte, Dynamiken und Energien, die den Entwicklungsgang der großen Kulturen bestimmen. So geht Spengler von einzelnen, schicksalhaften, essentiell analog verlaufenden Zyklen in der Weltgeschichte aus: Die hohen Kulturen sind Organismen, die – wie Pflanzen, Tiere und Menschen – eine Kindheit und eine Jugend erleben, eine Zeit der Reifung und der vollen Blüte durchlaufen und schließlich in einen Alterungsprozeß einmünden, an dessen Ende unabwendbar ihr Zerfall und ihr Untergang stehen. In Toynbees Modellierung ist der Prozeß der Geschichte ergebnisoffener: Der Bestand und die Dauer einer Kultur hängen maßgeblich davon ab, wie es ihr gelingt, Krisen zu bewältigen und existentielle Herausforderungen zu meistern. Sobald eine Kultur einen »Niederbruch« erleidet und Anzeichen des Verfalls erkennen läßt, tendiert der *Gesellschaftskörper* nach Toynbee dazu, in drei Fraktionen auseinanderzufallen: eine herrschende Minderheit, ein inneres Proletariat und ein äußeres Proletariat. Das Überleben und der Bestand der Zivilisation hängen anschließend davon ab, wie diese drei Formationen mit- und gegeneinander interagieren.

»Es kann sein, daß der Gleichmacher Tod seine eisige Hand auch auf unsere Kultur legt. Aber wir stehen keiner *saeva necessitas* gegenüber. Die toten Kulturen sind nicht durch das Fatum getötet oder ›im Lauf der Natur‹ gestorben, und daher ist unsere lebende Kultur nicht unerbittlich dazu verurteilt, […] das Rätsel unseres Schicksals der blinden Entscheidung der Statistik zu überlassen.«

Arnold J. Toynbee: *Gang der Weltgeschichte*, S. 253.

1. DIE HERRSCHENDE MINDERHEIT – Die herrschende Minderheit sind jene staats- und gesellschaftstragenden Beamten, Ingenieure, Priester, Lehrer, Wissenschaftler, Kaufleute und Soldaten, deren spröde, trockene, funktional bewahrende Tätigkeit den geordneten Gang der Staatsgeschäfte garantiert, die materielle Versorgung der Bevölkerung sicherstellt und die geistig-kulturelle Substanz des Landes erhält. Solange die führende Minderheit imstande ist, ihre schöpferische Energie zu verstetigen, kann sie die unschöpferische Masse der Menschen durch ihr Vorbild an das Staatsganze binden und dazu nötigen, sich ansatzweise auf das von ihr vertretene, höhere Bildungs- und Kulturideal hinaufzuarbeiten. Toynbee spricht in diesem Zusammenhang von einem »sozialen Drill, der das Vermögen der Mimesis in den Seelen der unschöpferischen großen Menge ausnutzt und dadurch ihnen ermöglicht, ›mechanisch‹ eine Entwicklung zu leisten, die sie auf Grund ihrer eigenen Initiative nicht hätten leisten können.« Es kommt jedoch der Punkt, an dem die schöpferisch-erzieherische (integrative) Kraft

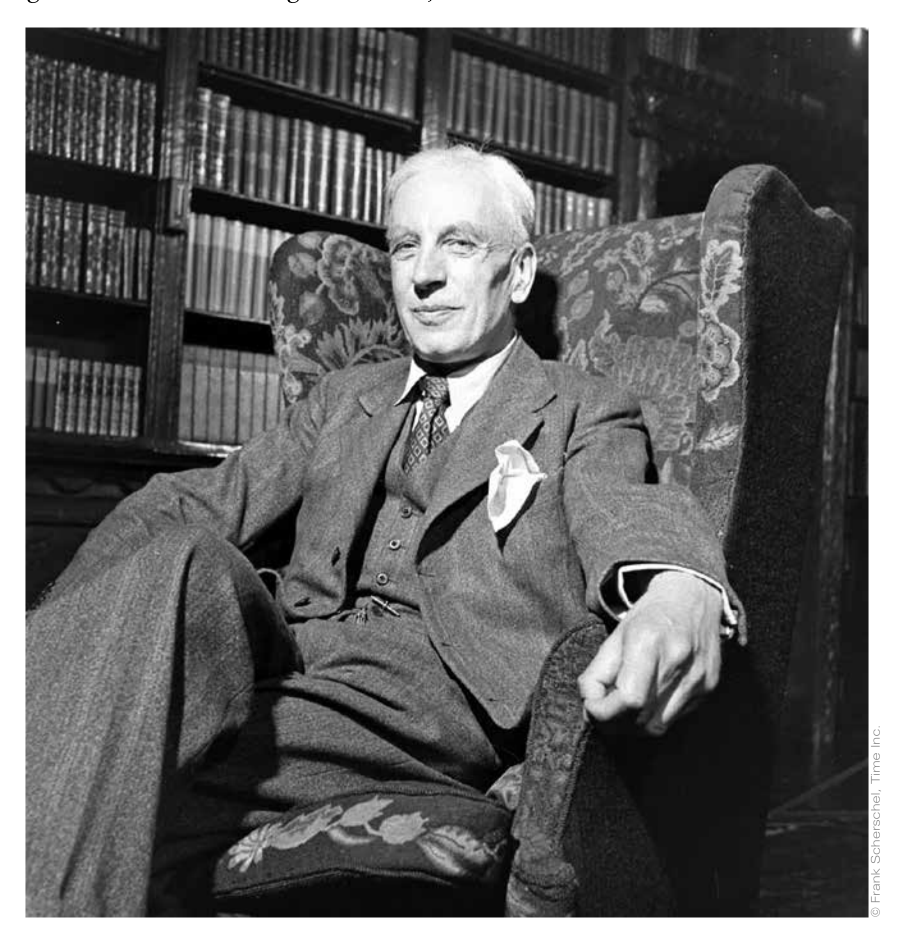
der führenden Minderheit erlischt und die Wirkung ihres sozialen Drills versagt; nun spalten sich Teile der unschöpferischen Mehrheit vom Gesellschaftskörper ab und konstituieren sich als *inneres Proletariat*. Die Proletarisierung ist ein wirtschaftlich-soziales, vor allem aber ein geistig-kulturelles Geschehen, eher ein Gefühlszustand als eine äußere Lage: »Der wahre Echtheitsstempel des Proletariers ist weder Armut noch niedrige Herkunft, sondern das Bewußtsein – und das Ressentiment, das dieses Bewußtsein eingibt – […] in geistiger Hinsicht eines Geburtsrechtes beraubt worden zu sein.« Das innere Proletariat, das sich aus den spirituell entwurzelten Teilen des eigenen Gesellschaftskörpers und zugewanderten (oder gewaltsam eingeschleppten) Fremden zusammensetzt, empfindet sich als der Kultur des Gesellschaftskörpers nicht (mehr) zugehörig und von ihren elementaren Quellen abgeschnitten. Statt ihren bestimmenden Einfluß auf die unschöpferische Mehrheit auszuüben, gerät nun die herrschende Minderheit ihrerseits immer sichtbarer unter den Eindruck des in ihrer Mitte heranwachsenden proletarischen Ferments. Toynbee beschreibt unter anderem, wie aus der ursprünglich religiös durchwirkten Festkultur der Römer ein monströs-gewalttätiges Massenspektakel wurde; wie die Söhne der vornehmen, staatstragenden Familien sich mit Schauspielerinnen oder Tänzerinnen verheirateten; wie die Sprößlinge der Senatoren sich als Varietékünstler, wie Nero, oder Gladiatoren, wie Commodus, in der Arena präsentierten; wie es unter höhergestellten Römern zuletzt in Mode kam, den eigenen Kindern barbarische Namen zu geben, sich auf barbarische Art zu kleiden oder künstliche Zöpfe zu tragen, die dem blonden Haar der Germanen nachempfunden waren. Auch heute sind die Zeichen eines kulturellen Zurücksinkens der einheimischen, staats- und gesellschaftstragenden Schichten des abendländischen Zivilisationsraums unverkennbar, die unter progressiven proletarisierenden Einfluß geraten sind. Zu den Symptomen dieser Proletarisierung zählen unter anderem: die möglichst großflächige Tätowierung des menschlichen Körpers, wie sie früher nur unter Matrosen, Strafgefangenen und Prostituierten üblich war; die Transformation des Theaters von der bürgerlichen Bildungsstätte zu einem Ort, an dem sich Erscheinungsformen der psycho-sexuellen Desintegration als zukunftsweisendes Lebensideal inszenieren; einheimische Jugendliche und Kinder, die auf den Schulhöfen migrantische Soziolekte sprechen und sich in ihrer Freizeit von den dumpfen Klängen des Gangsta-Rap beschallen lassen; die unter jungen Frauen aufgekommene Mode, sich im Afro-Look mit fachgerecht verfilzten, ostentativ zur Schau gestellten Dreadlocks zu präsentieren, wie die deutsche Seenotrettungs-Kapitänin Carola Rackete und die schwedische Demokratie-Ministerin Amanda Lind es beispielgebend vormachen; als Urszene: die Dekonstruktion des bürgerlich-alltagskulturellen Habitus durch die Revolution der Bürgerkinder von 1968; und schließlich *in politicis* der Einzug der Grünen in den Bundestag 1983, der einen kontinuierlich fortschreitenden Formverlust im öffentlich-parlamentarischen Raum bewirkt hat, wo das äußere Erscheinungsbild und die Kunst der Beredsamkeit sich seither sukzessive vulgarisieren.

»Das klassische Beispiel ist die Vulgarisierung der römischen regierenden Klasse ›im silbernen Zeitalter‹: eine schmutzige Tragödie, die unnachahmlich in einer lateinischen Literatur aufgezeichnet – oder karikiert – worden ist, die noch ihren Genius in der satirischen Ader bewahrte, nachdem sie den letzten Hauch von Inspiration in jedem anderen Genre verloren hatte.«

Arnold J. Toynbee: *Gang der Weltgeschichte,* S. 456.

2. DAS ÄUSSERE PROLETARIAT – Das äußere Proletariat bezeichnet die an den Rändern des Zivilisationsraums in kulturell weniger entwickelten Verhältnissen lebenden Völker und Stämme, die mit dem zivilisierten Gesellschaftskörper in Kontakt getreten und mehr oder weniger in seinen politischen, geistigen und kulturellen Einflußkreis geraten sind. Solange die Hochkultur innere Stärke demonstriert und sich selbst bejaht, übt sie ihren bestimmenden, stilbildenden Einfluß auf das äußere Proletariat aus; sie wirkt wie ein Strahlungsfeld und stellt einen nachgerade unwiderstehlichen Anreiz dar, sich in ihren höherentwickelten Formen zu assimilieren. Die Grenze gegen umwohnende Primitive ist in diesem Stadium unbestimmt: »Solange eine Kultur noch im Wachstum begriffen ist, hat sie keine genauen und festen Grenzen […]. Das Licht leuchtet so weit, wie es nach der Natur der Dinge gelangen kann, bis es den Punkt erreicht, an dem es verschwindet. […] Die Macht der Ausstrahlung wachsender Kulturen ist so groß, daß die Kulturen den ganzen Bereich der überlebenden primitiven Gesellschaftskörper durchdringen.« Verliert indes die hohe Kultur ihre innere Überzeugungskraft und zeigt sie Anzeichen der Schwäche, kehrt sich die Bewegungsrichtung um: nun geht das äußere Proletariat in die Offensive, und die Zivilisationen sehen sich gezwungen, Schutzwälle und

Verteidigungsanlagen zu errichten. Das äußere Proletariat geht von dem Wunsch, sich der Zivilisation und ihren Ordnungen anzupassen, zu dem Bestreben über, ihr die eigenen Sitten und religiösen Formen aufzuzwingen. In der westlichen Zivilisation fällt diese Schubumkehr in die 1950er Jahre, als die großangelegte Besiedelung der USA und Westeuropas durch Gastarbeiter, Hispanics und postkoloniale Immigranten beginnt. Wie die großen Zivilisationen der Vergangenheit sehen sich heute auch die Europäer und die Amerikaner gezwungen, Grenz- und Abwehrregime (von Frontex bis zur südlichen Grenzmauer in den USA) zu errichten, die sie mal mehr, mal weniger beherzt verteidigen. Die in den Zivilisationsraum eindringenden Teile des äußeren Proletariats übernehmen nicht mehr wie selbstverständlich die zivilisatorisch entwickelteren Ordnungen und Formen, sondern gehen offensiv-kämpferisch gegen diese vor: Dazu zählen heute beispielhaft die Neuen Deutschen Medienmacher, die eine Bringschuld der Einheimischen propagieren, sich ihnen als den neuen Taktgebern des öffentlichen Diskurses anzupassen; der ubiquitär erhobene Rassismusvorwurf, der zielgerichtet als Waffe eingesetzt wird, um die abendländischen Völker und



ihre Traditionen herabzusetzen, zu entmächtigen und soziokulturell zurückzudrängen; der Islamo-Gauchisme und die Migrantifa in Frankreich, deren Sturmtruppen christliche Kirchen demolieren, die abendländische Malerei und Musik verdammen und den freien wissenschaftlichen Diskurs an den Universitäten des Landes zerstören.

3. DAS INNERE PROLETARIAT – Das innere Proletariat ist nicht so sehr durch materielle Armut als durch einen Zustand spiritueller Obdachlosigkeit konstituiert; es verliert den Kontakt zu der umgebenden Kultur, fühlt sich ihr entfremdet und nicht mehr zugehörig, ist von einem tiefen Ressentiment gegen den herrschenden geistigen Kosmos getrieben. Das innere Proletariat wendet sich von den politischen, sozialen und moralischen Institutionen des Landes, namentlich der Familie, ab: Es predigt die Gleichheit der Geschlechter und ergibt sich einem Daseinsmodus, in dem das Sichgehenlassen (ein naturgemäßes, neo-primitiv regrediertes Leben) und ein extremer Asketismus nebeneinander bestehen. Toynbee notiert dazu, daß die in das Verfallsstadium eingetretenen Zivilisationen sich »in ihrer anscheinenden Gefühllosigkeit gegenüber der gähnenden Weite der Kluft

zwischen dem hemmungslosen Sexualismus und dem übertriebenen Asketismus wieder dem Ethos des primitiven Menschen zuzuwenden scheinen. Im indischen Fall gibt es einen Widerspruch zwischen dem Lingam-Kult und dem Yoga, der auf den ersten Blick unauflösbar aussieht; und wir sind ähnlich von den entsprechenden Gegensätzen zwischen der Tempelprostitution und der astralen Philosophie eines zerfallenden babylonischen Gesellschaftskörpers, zwischen den Menschenopfern und den sühnenden Selbstkasteiungen der Maya und zwischen den orgiastischen und den asketischen Aspekten des hetitischen Kybele- und Attiskultes abgestoßen.« Dem entsprechen in unserer Zeit die Dekonstruktion der zweigeschlechtlichen Matrix durch das Gender Mainstreaming und die Auflösung der klassischen Familie in den bunten Reigen neuer, im Zeichen des Regenbogens stehender Formen des Zusammenlebens; die mit den Christopher-Street-Days, den Swinger-Clubs oder der Polyamorie verbundenen sexuellen Exzesse einerseits – und der neopuritanische, im Zeichen von »Metoo« geführte Kampf gegen den *Sexismus* andererseits, noch gesteigert durch die neuesten feministischen Strömungen an den Universitäten der USA, für die der heterosexuelle, einvernehmlich vollzogene Geschlechtsverkehr von einer Vergewaltigung prinzipiell nicht zu unterscheiden ist, insofern die penetrative Sexualität von Natur aus grenzverletzend sei und der Penis ein Symbol des Terrors repräsentiere. So werden sexuelle Anstandsverletzungen und Ausschweifungen aller Art euphorisch gefeiert und medial transportiert, während zugleich, wie Douglas Murray berichtet, britische Manager in einer Interviewserie gestanden, daß sie »keine Lust mehr hätten, mit ihren Kolleginnen essen zu gehen oder im Flugzeug neben ihnen zu sitzen. Sie bestanden darauf, im Hotel auf einer anderen Etage untergebracht zu werden, und vermieden Gespräche unter vier Augen mit Frauen.« Die spätzivilisatorische Koinzidenz von Asketismus und Enthemmung ist das äußere Signum einer geistigen Verfassung, der die notwendige innere Spannkraft abhanden gekommen ist, um geordnete Geschlechter-, Familien- und Generationenverhältnisse herzustellen.

Dabei versucht das innere Proletariat zunächst, sich durch Revolutionen, Bürgerkriege und Sklavenaufstände der herrschenden Minderheit aufzunötigen und den ihm entfremdeten Gesellschaftskörper zu sprengen. Nachdem sich der Weg der Gewalt als blutgetränkter Irrweg erwiesen hat, wechselt das innere Proletariat den äußeren Modus und das innere Kalkül: Es verfolgt nun eine Strategie der Sanftmut, die den Kosmos der herrschenden Minderheit nicht mehr frontal und gewaltsam attackiert, sondern geistig-kulturell zersetzt: auf die Zerstörungskriege des minoischen Zeitalters folgen die Friedfertigkeit, der Vegetarismus und das Tötungsverbot der Orphik; auf die Sklavenaufstände und verzweifelten Gewaltausbrüche der Spartakuszeit folgt das frühchristliche Evangelium der Liebe; und auf die blutigen Massaker des indischen Aufstandes von 1857 folgt die friedfertige Widerstandsbewegung Mahatma Gandhis, der die britische Kolonialherrschaft barfuß und gewaltfrei zum Einsturz bringt. Toynbee beschreibt, »wie der Weg der Gewalt sie [die inneren Proletarier] gelockt hat und wie sie nur Unglück über sich selbst gebracht haben, soweit sie dieser Versuchung nachgegeben haben. Nur wenn das innere Proletariat einem Propheten der Sanftmut folgt, hat es eine Chance, seine Eroberer in den Bann zu schlagen.« Derselbe fundamentale Strategiewechsel ist heute auch im westlichen Zivilisationsraum unschwer zu erkennen: In Gestalt des Marxismus und des Bolschewismus versucht das innere Proletariat zunächst mit Mitteln des Terrors und der maßlosen Gewalt, den abendländischen Gesellschaftskörper zu erobern und die Axt an ihn zu legen; nachdem sich dieser Weg als gescheitert erwiesen hat, folgt die erneuerte, sirenenhaft sanft daherkommende Strategie des (postmodernen) Kulturmarxismus: eine weichere und eben deshalb erfolgreiche Form der geistigen Auflösung und sozialen Zersetzung, die über Humanitätsgebote und offene Grenzen die ethnisch-soziale Stabilität der westlichen Nationen fragmentiert; die durch ihre ubiquitäre Anpreisung devianter Formen der Sexualität die Familie als die Keimzelle der Gesellschaft erschüttert; die mit Hilfe einer in die Köpfe geträufelten Schuldmetaphysik den Behauptungs- und Verteidigungswillen der abendländischen Völker untergräbt. Ist das Werk der inneren Demontage einmal getan, haben die inneren Proletariate die schließliche Eroberung und Inbesitznahme des eigenen Gesellschaftskörpers durch fremde, auswärtige Mächte in schöner Regelmäßigkeit entweder passiv

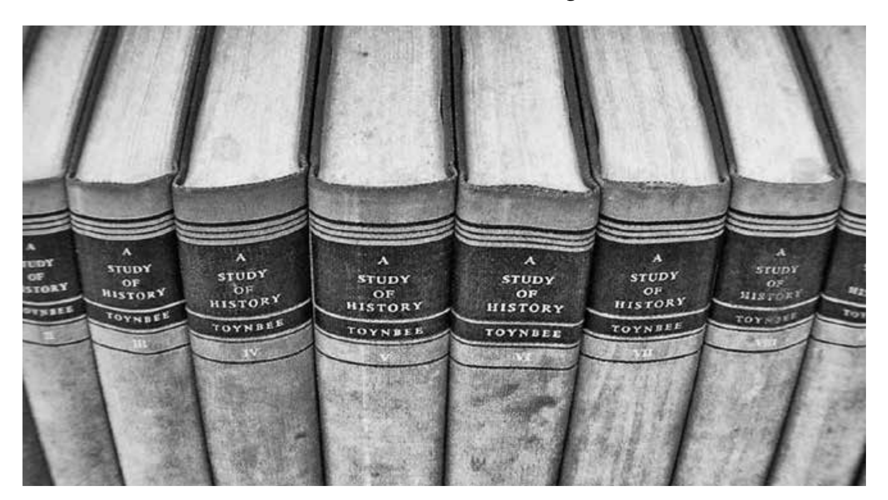
»In dem inneren Proletariat des Hindu-Gesellschaftskörpers können wir in unserer Generation die zweifache proletarische Reaktion der Gewalttätigkeit und der Sanftmut erkennen in dem Gegensatz zwischen den Morden, die von einer militanten Schule von Bengali-Revolutionären zugelassen werden, und der von dem Gujerati Mahatma Gandhi gepredigten Gewaltlosigkeit«

Arnold J. Toynbee: *Gang der Weltgeschichte,* S. 383.

hingenommen oder freudig begrüßt. Toynbee spricht hier explizit von einer Praxis und Kultur der *Bewillkommnung:* »In solchen Fällen ist es natürlich, daß ein inneres Proletariat das Schicksal, das über seine herrschende Minderheit kommt, mit Indifferenz oder auch mit Genugtuung ansieht. Ein Probefall ist das Verhalten des inneren Proletariats im Anden-Universalstaat, als die spanischen Konquistadoren plötzlich einbrachen. Die *orejones* waren vielleicht die wohlwollendste herrschende Minderheit, die je ein zerfallender Gesellschaftskörper hervorgebracht hat, aber ihr Wohlwollen half ihnen nichts am Tage des Gerichts. Ihre sorgfältig gehüteten Menschenherden nahmen die spanischen Eroberer mit derselben Fügsamkeit ohne Antwort hin. Wir können auch Fälle vorführen, wo ein inneres Proletariat die Eroberer seiner herrschenden Minderheit mit positivem Enthusiasmus begrüßt hat. Es gibt die Bewillkommnung des persischen Eroberers des neubabylonischen Reiches in den beredten Apostrophierungen des ›Deutero-Jesaia‹. Zweihundert Jahre später bewillkommneten die Babylonier selbst den hellenischen Alexander als ihren Befreier«. Dem späten Abendland dieselbe Richtung weisend, machte eine führende schwedische Zeitung ihre Leser unlängst darauf aufmerksam, sich über von Migranten verübte Gewalttaten zu beschweren sei deplaziert, da die Schweden an sich ein »barbarisches« und »kulturloses« Volk seien und das Land in den Händen *neuer Menschen* allemal besser aufgehoben sei als in jenen der stumpf und rassistisch veranlagten indigenen Bewohner. Und in Deutschland schrieb die Sozialdemokratin Sophie Passmann, sich auf das Attentat am Berliner Breitscheidplatz beziehend, bei dem ein islamischer Extremist im Dezember 2016 insgesamt zwölf Menschen getötet hatte, am 19. Dezember 2019 via Twitter: »Oder vielleicht haben Leute, die es für weihnachtlich halten, in Menschenmengen auf Märkten gebrannte Mandeln zu fressen, [es] auch einfach verdient, von anderen Kulturen verdrängt zu werden.«

»Der göttliche Funken schöpferischer Kraft ist noch in uns lebendig, und wenn wir der Gnade teilhaftig sind, ihn zur Flamme zu entfachen, dann können nicht die Sterne in ihrem Lauf unsere Bemühungen vereiteln, das Ziel menschlichen Mühens zu erreichen.«

Arnold J. Toynbee: *Gang der Weltgeschichte,* S. 254.



4. AUSBLICK – Toynbee schildert abschließend verschiedene typische Verhaltens- und Bewältigungsmuster, mit denen die kulturbewahrenden Teile des Gesellschaftskörpers auf offenkundige Verfallsprozesse zu reagieren pflegen, die sich aber letzten Endes allesamt als Sackgassen erweisen: a) den *Archaismus* als den verzweifelten Wunsch, soziale Zustände und politische Ordnungen zu revitalisieren, die durch den Gang der Geschichte überholt und unwiederbringlich verloren sind; b) den *Futurismus* als die Flucht in utopische Hoffnungen, welche meinen, die real vorhandenen Umstände voluntaristisch übergehen und ein neues Reich *ex nihilo* errichten zu können, ohne die Tendenzen der Zeit und die politisch-geschichtliche Lage in Rechnung stellen zu müssen; c) die *Abkehr* als den Glauben an die inwendige Freiheit als eine Sphäre der Unangreifbarkeit und an das privatistische Glück einer gesellschaftsfernen Idylle fernab des öffentlichen Raumes, wo die politischen Entscheidungen fallen. Statt diese Sackgassen zu beschreiten, wird es im Sinne Toynbeescher Ergebnisoffenheit darauf ankommen, ob die abendländischen Völker noch einmal imstande sein werden, schöpferische Kräfte zu mobilisieren und gestalterische Energien zu entfachen; ob es ihnen gelingen wird, aus dem immer Gültigen, dem Urgrund des abendländischen Weltgefühls einen neuen Aufbruch hervorzutreiben, will sagen: neue geistige Produktivität, staatsbildende Ordnung und religiöse Verklärung abzuleiten. ■

Literaturhinweise:

Douglas Murray: *Wahnsinn der Massen. Wie Meinungsmache und Hysterie unsere Gesellschaft vergiften,* München 2019;

Oswald Spengler: *Der Untergang des Abendlandes. Umrisse einer Morphologie der Weltgeschichte,* München 1963;

Arnold J. Toynbee: *Der Gang der Weltgeschichte. Aufstieg und Verfall der Kulturen,* Zürich 1949.

Jochen Klepper
Kriegstagebuch 1941

344 Seiten,
gebunden, Leinen
mit Schutzumschlag



Christoph Webster
van Tonder
Eine radikale Tradition

144 Seiten,
gebunden, Leinen
mit Schutzumschlag



Jean Raspail
Der König jenseits des Meeres

192 Seiten,
gebunden, Leinen
mit Schutzumschlag



Gerhart Hauptmann
Parsival und Lohengrin

200 Seiten,
gebunden, Leinen
mit Schutzumschlag



Mäander – Flußschlingen, unbegradigt, ruhiger Lauf, und hinter jeder Biegung eine andere Welt.

Antaios legt eine neue Reihe auf: *Mäander.* Sie ist auf zehn Bände angelegt. Die ersten vier Bände sind ab Mitte September lieferbar: Jochen Kleppers *Kriegstagebuch 1941* und eine Arbeit über die *radikale Tradition* völkischer Photographie, Jean Raspails Traum vom *König jenseits des Meeres* und Gerhart Hauptmanns Nacherzählung der Sagen von *Parsival und Lohengrin.*

Die *Mäander*-Bände sind leinengebunden, auf hochwertigem Papier gedruckt und in der Auflage limitiert: Von jedem Band gibt es sechshundert Exemplare. Einhundertfünfzig davon sind für fördernde Abonnenten reserviert und werden zu einem Preis von 45 € je Band abgegeben. Sie sind römisch von I bis CL numeriert und enthalten eine Beigabe. Vierhundertfünfzig Exemplare werden für 30 € je Band abgegeben, sie sind von 1 bis 450 numeriert. Alle *Mäander*-Bände sind ausschließlich über den Verlag Antaios zu beziehen – der Buchhandel wird nicht beliefert.

Bitte wenden Sie sich an den Verlag.

Verlag Antaios

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra
Tel.: (034632) 90 43 96 · Fax: (034632) 90 43 97 · e-Post: vertrieb@antaios.de
www.antaios.de

notfall-libertär

von Martin Lichtmesz

Am 20. März 2020, zwei Tage vor dem ersten »Lockdown« der bundesdeutschen Regierung, zeigte sich André F. Lichtschlag, Herausgeber des libertären Magazins *eigentümlich frei,* auf Twitter außerordentlich gereizt: »Regierung vernichtet Millionen Existenzen. AfD fordert noch mehr Gottspielerei«, schrieb er. »Vordenker der Neurechten glauben, Staat beweise gerade seine Heiligkeit @lichtmesz. Und die Basis @Martin_Sellner ist fassungslos, hält Corona-Hysterie zu Recht für politisierten Schmarrn. #metapolitik«. Offenbar war mit »Vordenker der Neurechten« meine Wenigkeit gemeint. Allerdings hatte ich noch nie in meinem Leben behauptet, »der Staat« sei in irgendeiner Weise »heilig«, und daß Martin Sellner »fassungslos« über die »Corona-Hysterie« sei, hatte ich auch nirgends mitbekommen. Zwei Monate zuvor, am 24. Januar, hatte Sellner auf Twitter vor dem Virus gewarnt: »Das Wuhan-Virus verbreitet sich rasend schnell. Offene Grenzen bedeuten auch offene Grenzen für Viren.« Zur selben Zeit forderten auch AfD-Politiker wie Alice Weidel, Reimond Hoffmann und Nicole Höchst die Regierung auf, die Gefahr ernst zu nehmen und »Schutzmaßnahmen« zu ergreifen. Dafür wurden sie und Sellner in einem Artikel des linksradikalen, mit Medienpreisen überhäuften Portals »Volksverpetzer« als rechte Hetzer verspottet, die »mit Fake News Panik vor dem Virus schüren«: »Das Virus ist nicht gefährlicher als SARS oder die ganz normale Grippe«, schrieb der »Volksverpetzer«, »Rechtsextremisten möchten dir aber trotzdem Angst davor machen, in der Hoffnung, daß Menschen das Vertrauen in die Regierung verlieren.« Heute stellt das »Anti-Fake-News-Blog« sogenannte Pandemieleugner, die »Corona verharmlosen« an seinen »Faktencheck«-Pranger: »Fake« sind offenbar immer nur jene Nachrichten, die dazu geeignet sind, dem von der Regierung gewünschten Narrativ zu widersprechen.

Die Kehrtwende der Leitmedien erfolgte Mitte März parallel zum WHO-konformen Corona-Kurs des Bundesinnenministeriums, das nun damit beschäftigt war, interne »Panikpapiere« zu verfassen, um eine Massenquarantäne (»Lockdown«) des gesamten Landes zu rechtfertigen. Zu diesem Zeitpunkt hatte auch das rechte Spektrum begonnen, seine bisherige Positionierung zu überdenken. Ich selbst war zu diesem Zeitpunkt noch der Ansicht, daß es sich hier um einen waschechten »pandemischen Ernstfall« handelt, wie ich auf Twitter schrieb, obwohl ich die mediale Hysterie mit wachsender Skepsis betrachtete. Was nun André F. Lichtschlag angeht, so antwortete er auf meine verdutzte und nicht weniger gereizte Nachfrage: »Es ging bei der Diskussion darum, daß Sie die politische Kriegserklärung gegen ein Virus (die Millionen Existenzen vernichten wird) unterstützt haben, obwohl Sie selbst nicht sicher sind, ob sie begründet ist.« Er unterstellte mir blinde Staats- und Autoritätshörigkeit – »Wartet da jemand auf Befehle vom Oberkommando?« – und empfahl: »Nun, die libertäre Lösung ist, sich selbst und seine Familie jetzt möglichst gut zu schützen.

»Der Staat kommt seiner Pflicht nach, die im 19. Jahrhundert entstanden ist – unter anderem durch den Kampf gegen die Tuberkulose –, solche Maßnahmen zu ergreifen und die Schwachen in der Gesellschaft zu schützen. Diese Fürsorge- und Vorsorgepflicht brauchte es, damit wir unsere Grundrechte tatsächlich ausleben können. Unser liberales demokratisches System besteht daraus, daß Rechte und Pflichten zusammengehören.«

Richard David Precht: »Es gab keine sinnlosen Maßnahmen«, *Augsburger Allgemeine Zeitung,* 16. April 2021.

Würde ich Ihnen auch empfehlen, statt auf die neuen Direktiven des allwissenden Zwangsmonopolisten zu hören.«

Als Dissident, der den Identitären nahesteht (die wiederum vom österreichischen Staat nicht gar so doll geliebt werden), fühlte ich mich hier gelinde gesagt ein wenig verkannt. Es dauerte indes nur wenige Tage, bis ich angesichts der dick aufgetragenen staatlichen Lockdown-Propaganda endgültig ins Lager der »Skeptiker« wechselte, und nach eineinhalb Jahren Dauerausnahmezustand muß ich Lichtschlag im wesentlichen recht geben. Daß wir aneinander vorbeigeredet hatten, hatte freilich mit einer abstrakteren Ebene zu tun. Aus Lichtschlag sprach ein klassisch libertärer Affekt, der im Staat schlechthin einen Allround-Malefizkerl sieht, der insbesondere der marktwirtschaftlichen »Freiheit« tyrannisch im Wege steht. Ich als Rechter hingegen stamme aus der Familie der Verfechter des »konkreten Ordnungsdenkens« (Carl Schmitt) und der staatlichen Souveränität. Wir glauben nicht, daß es eine vernünftige und stabile Gesellschaftsordnung ohne Pflichten und Institutionen, ohne Hierarchie und Erziehung geben kann. Das kann ein radikaler Libertärer wie Lichtschlag nicht nachvollziehen. Er hielt entgegen, daß man den »Zwangsmonopolisten« nicht mit einem »Wunschkonzert« verwechseln sollte: Demnach wäre banalerweise der Staat gut, wenn er tut, was mir gefällt, und böse, wenn er tut, was mir nicht gefällt.

Das ist eine Verwechslung von Staat und Regierung: Wie ein individueller schlechter Monarch nicht das Prinzip der Monarchie widerlegt, so widerlegt eine schlechte Regierung oder ein schlecht organisierter Staat nicht das Prinzip der Staatlichkeit an sich. Als Konservativer denkt man vom Ernstfall, vom Ausnahmezustand aus: »In modernen Gesellschaften gibt es gigantische Apparate, die – von der sozialstaatlichen Versorgung bis zur Haushaltstechnik – keinem anderen Zweck dienen, als den Ernstfall zu verhindern« (*Staatspolitisches Handbuch,* Bd. 1, *Leitbegriffe,* Stichwort »Ernstfall«). Aus dieser Sicht wirken Linke destruktiv, Liberale fahrlässig, Libertäre oft gar kindisch und undankbar. Sie alle leben von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren können und die ihnen häufig gar nicht bewußt sind. Auch die sogenannten Grundrechte existieren nicht in einem voraussetzungslosen und unbedingten Raum.

All dies stand im Hintergrund meines Nachdenkens über das Verhalten der Regierungen im März 2020. Liegt tatsächlich der Ernstfall im eminenten Sinne vor, etwa eine »epidemische Lage nationaler Tragweite«, dann müssen entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Auch ein liberaler Staat wäre dann gezwungen, die Interessen des Kollektivs für die Dauer des Ausnahmezustands über jene des Individuums zu stellen. Wie wir von Carl Schmitt wissen, zeigt sich in solchen Lagen, wer der eigentliche Souverän ist: »Er entscheidet sowohl darüber, ob der extreme Notfall vorliegt, als auch darüber, was geschehen soll, um ihn zu beseitigen.« *(Politische Theologie)* Das heißt, daß auch dann eine Entscheidung getroffen werden muß, wenn es keine hundertprozentige Gewißheit gibt, daß man die Lage richtig eingeschätzt habe. Bis heute hört man von manchen Lockdown-Befürwortern das Argument, daß das Risiko einer Überreaktion dem Risiko einer Unterschätzung der Lage vorzuziehen sei. Dieser Gedanke ist für Liberale und Libertäre, die jegliche Beschränkung der individuellen Freiheit für eine Zumutung halten, schwer zu verdauen, wenn nicht völlig inakzeptabel.

Nun ist es keineswegs so, daß das rechte Spektrum eine grundsätzliche Sehnsucht nach einer durch und durch antiliberalen, autoritär geführten Gesellschaft hätte. Es wird auch kein Rechter das Autoritäre ungeachtet seiner Zielsetzungen anbeten, denn auch kommunistische Staaten werden autoritär regiert. Auf der pragmatischen Ebene stellt sich eher die Frage, an welchen Stellen einer wünscht, daß der Staat liberaler oder restriktiver agieren sollte. Jede Gesellschaft hat die Aufgabe, Freiheit und Sicherheit, Rechte und Pflichten gegeneinander abzuwägen. Man kann sich eine großzügigere Meinungsfreiheit wünschen und eine strengere Einwanderungspolitik, man kann für mehr oder für weniger Regulation der Wirtschaft eintreten, und man kann sich auch wünschen, daß der Staat gegen kriminelle Asylbewerber und arabische Clans schärfer vorgehen möge als etwa gegen Maskenverweigerer, Quarantänesünder und Gedankenverbrecher. Man denke auch an den alten Witz, daß ein Konservativer ein Liberaler ist, der überfallen wurde.

Bestimmte Not- und Extremlagen erzeugen Abwehraffekte, die nicht prinzipieller Natur sind und nur so lange andauern, bis die Gefahr gebannt

»Wer nun glaubt, daß unsere Regierung in einer solchen Situation versuchen würde, solide und belastbare Informationen zu sammeln, um dann mit einem interdisziplinären Expertenteam die Lage zu bewerten, der glaubt an ein professionelles Vorgehen, so wie es sein sollte. […] So hätte ein vernunft- und kompetenzgesteuertes Vorgehen im Rahmen einer drohenden Krise ausgesehen. Ein Vorgehen in einem Land, welches leider nur in unserer Phantasie existiert. Denn man ging anders vor, ganz anders.«

Gunter Frank: *Der Staatsvirus,* Berlin 2020.



»Als nationaler Populist bin ich der Ansicht, daß uns das Coronavirus bemerkenswerte metapolitische und politische Möglichkeiten bietet. Das Globalvirus zeigt, daß globaler Kapitalismus, offene Grenzen, liberaler Individualismus, Multikulturalismus, Xenophilie und Demokratie die Nationen anfälliger für tödliche Pandemien machen. Länder mit protektionistischer Wirtschaft, echten Grenzen, einer Verpflichtung zum Gemeinwohl, ethnischer Homogenität, gesunder Fremdenfeindlichkeit und eher ›autoritären‹ Regimen sind dafür weniger anfällig. Das Coronavirus hat auch das meiste diskreditiert, was heute in den westlichen Gesellschaften als ›rechts‹ gilt: nämlich verschiedene Formen des klassischen Liberalismus.«

Greg Johnson: »I'm Changing My Tune About Coronavirus«, www.counter-currents.com, 9. April 2020.

ist. Die Flüchtlingskrise 2015 hat einen deutlichen Rechtsruck in weiten Teilen der Gesellschaft hervorgerufen, der sich noch Jahre später bemerkbar machte. Viele, die nicht grundsätzlich rechts denken, wurden zu »Notfallrechten«, die einen Defensivnationalismus und -rassismus entwickelten. Analog kann man heute beobachten, daß viele Rechte angesichts der staatlichen Übergriffe und Erpressungen unter dem Banner von »Corona« gleichsam zu »Notfall-Libertären« geworden sind. Das führt zu der skurrilen Lage, daß man sich als Rechter plötzlich in nahezu völliger Übereinstimmung mit einer Ulrike Guérot sieht, die zu den firmsten Verteidigern der Grund- und Menschenrechte vor dem wachsenden Druck des Pandemieregimes zählt. Auf der anderen Seite begegnen wir der Unverschämtheit eines Richard David Precht, der in seinem Buch *Von der Pflicht* (München 2021) mit »konservativen« Argumenten und Appellen an das staatsbürgerliche »Pflichtgefühl« Gehorsam gegenüber den Zumutungen des Corona-Maßnahmenstaates einfordert. Während Politik und Medien versuchen, den Widerstand gegen die Pandemiepolitik in ein »rechtsextremes« Framing zu packen, hat sich eine lagerübergreifende Gegen-Allianz auf der Basis liberaler Werte und Argumente gebildet, wozu auch die alte, idealistische Vorstellung zählt, daß die Vernunft herrschen und jede politische Entscheidung aus rationalen und freien Debatten hervorgehen solle. Zu den Wortführern zählen unter anderem von rechts »Achse des Guten«, von links »Rubikon«, von libertärer Seite Köpfe wie Gunnar Kaiser. Was vom Establishment unter dem Etikett »Querdenker« rechts eingetütet wird, ist also in der Tat eine echte »Querfront«.

Es trifft zu, daß manche Rechte im Frühstadium der Coronavirus-Krise auf eher antiliberale und antiglobalistische Konsequenzen gehofft haben. Das Szenario schien uns von der Flüchtlingskrise her vertraut: Von außen rollt eine Gefahr auf unser Land zu, und der schwache, ernstfallblinde Staat ist nicht imstande, es davor zu schützen, etwa durch Einreisestopps oder Grenzschließungen. Heute erkennen wir deutlich, daß wir es mit einem medial induzierten Kollektivwahn zu tun haben, der eine beispiellose globalistische Machterweiterung ermöglicht hat. In diesem Manöver spielen die Nationalstaaten die Statthalter einer Weltregierung in spe, indem sie die ihnen aufgetragenen repressiven Maßnahmen vor Ort durchsetzen und rechtfertigen. Sämtliche Institutionen wurden nach totalitärer Manier in den Dienst des Regimes gestellt: das Gesundheitssystem, die Schulen, die

Kirchen, die Polizei. Langfristiges Ziel scheint eine Art Menschheitsformatierung durch gentherapeutische Massenimpfungen zu sein.

Die Antwort auf den Spott von Linken und Liberalen, warum wir Rechten als Fans der souveränen staatlichen Durchsetzungskraft und als Kritiker des Individualismus uns nun beklagen, ist also recht einfach: Die Behauptung, daß es eine »epidemische Lage von nationaler Tragweite« gäbe, trifft schlichtweg nicht zu. Damit entbehren die staatlichen Maßnahmen, inklusive der Einschränkung der Grundrechte auf unbestimmte Zeit, jeglicher Legitimität und Verhältnismäßigkeit. Man ist keinem Staat Gehorsam schuldig, der sein Volk vorsätzlich in Panik versetzt, belügt und in die Irre führt. An dieser Stelle haben wir Rechten einen Erkenntnisvorsprung gegenüber jenen, die erst letztes Jahr »aufgewacht« sind. Als Oppositionelle, die seit Jahrzehnten von einem vorgeblich »demokratischen« Staat systematisch bekämpft werden, sind uns seine Heuchelei, Verlogenheit, Willkür und nicht zuletzt Volksfeindlichkeit schon seit langem bekannt. Das hat manche zu einer zynischen Haltung gegenüber der basisdemokratisch-liberalen Rhetorik geführt, die heute das maßnahmenkritische Spektrum dominiert, während andere durch die Krise den ursprünglichen Sinn und den Wert des demokratischen und liberalen Impulses wiederentdeckt haben.

»Plötzlich sind nun die Grenzen wieder wirksam, plötzlich stellt kaum mehr jemand in Frage, was sich vor kurzem noch anhörte wie der Wunsch nach einem Schießbefehl. Es ist falsch, in diesen Gehorsamsorgien einen Sieg der Realität über die Verantwortungslosigkeit zu sehen – oder sind der Belämmerte, der Denunziant und der Panische nun Leitfiguren, an denen man sich gerne orientierte? Das Konservative, der Rechte: Wir sind ein wenig bestätigt, haben aber noch nichts gewonnen. Wir könnten erklären, warum es immer so ist, daß im Notfall handlungsfähige Größen zu handeln beginnen – nicht also ›die Menschheit‹ oder das mit allen Menschen verschwisterte Ich.«

Götz Kubitschek: »Die völlige Verkennung der Lage«, sezession.de, 7. April 2020.

In manchen Appellen an den Staat scheint die Hoffnung durch, daß er sich eines Besseren besinnen und zu den Grundprinzipien zurückkehren möge, zu denen sich seine Repräsentanten ununterbrochen bekennen. Das ist freilich eine naive Vorstellung. Wer genauer hingesehen hat, weiß nicht erst seit »Corona«, daß die liberale Demokratie in ihren letzten Zügen liegt und zunehmend von Herrschaftssystemen abgelöst wird, die eine nie zuvor dagewesene Kontrolle der Köpfe und der Körper der Bürger ermöglichen. Übriggeblieben ist eine Fassade, angepinselt mit Regenbogenfarben, hinter der Menschen regieren, die sich selbst als »liberale Demokraten« und ihre Gegner als »Demokratie-« oder »Verfassungsfeinde« bezeichnen. Wir stellen außerdem fest, daß nur ein wenig Angstmache, verbunden mit gruppenmoralischem Druck, genügt hat, um Millionen von scheinbar »emanzipierten«, frei flottierenden und frei konsumierenden Individuen gewaltlos zur kollektiven Verhaltensänderung und Unterwerfung zu bewegen: »Es ist atemberaubend, wie rasch und wie gründlich sich eine Gesellschaft formieren läßt, die doch gerade noch aus lauter kaum zu bändigenden Ich-Sagern bestand.« (Götz Kubitschek) Das Verhältnis dieser Individuen gegenüber dem Staat gleicht inzwischen einer Art von Stockholm-Syndrom. Sie danken ihm für jede Lockerung der Corona-Schikanen, die er ihnen hin und wieder gewährt, wenn auch nur solange, bis »die Zahlen« wieder steigen und die nächste »Infektionswelle« ausgerufen wird.

Dank der üppigen staatlichen Alimentierung aus mysteriöserweise unerschöpflichen Mitteln kam es bislang trotz aller maßnahmenbedingten wirtschaftlichen Einbußen noch zu keinen größeren sozioökonomischen Spannungen, die ausreichend Zündstoff für eine Revolte gegen das Pandemieregime geliefert hätten. Der Staat bietet den Bürgern finanzielle Kompensationen für eine Notlage an, die er selber bewußt und ohne zwingende Gründe verursacht hat und die er durch fortlaufende Propaganda und Maßnahmenaktivismus aufrechterhält. Das ist natürlich höchst verdächtig und mag auf der Linie der großen globalistischen Agenden liegen: Der Bürger wird zuerst wirtschaftlich ruiniert und bekommt dann ein Angebot zur Grundversorgung, was ihn in eine tiefgreifende Abhängigkeit vom Staat treibt, in der es keinen Platz mehr für Widerspruch oder Widerstand gibt. So wird die Bevölkerung (von einem »Volk« kann schon keine Rede mehr sein) allmählich an ein System gewöhnt, in dem paternalistische »Experten« und Funktionäre bestimmen, welche Medikamente und Informationen ihr verabreicht werden sollen.

»Nie haben die Massen nach Wahrheit gedürstet. Von den Tatsachen, die ihnen mißfallen, wenden sie sich ab und ziehen es vor, den Irrtum zu vergöttern, wenn er sie zu verführen vermag. Wer sie zu täuschen versteht, wird leicht ihr Herr, wer sie aufzuklären sucht, stets ihr Opfer.«

Gustave Le Bon: *Die Psychologie der Massen,* Stuttgart 1951.

»Achse des Guten«-Autor Gunter Frank zeigt sich in seinem Buch *Der Staatsvirus* (Berlin 2021) irritiert über das undemokratische »autoritäre Menschenbild«, das sich in den geleakten »Panikpapieren« des Bundesinnenministeriums offenbart: Sie sollen »Menschen durch Angst gefügig machen«. Man kann in der Tat sagen, daß sich die Preisdemokraten dieser Welt, ob in Davos, Berlin oder Washington, durch ihre Worte, Taten und Propaganda-Offensiven demaskiert haben: Ihr Bild vom Menschen unterscheidet sich mit aller Wahrscheinlichkeit kaum von jenem Gustave Le Bons, insbesondere was die emotionale Beeinflußbarkeit der Massen angeht. Das Problem ist freilich, daß Le Bons Analysen zutreffend waren. ■

Der Staat auf dem Prüfstand – ein Plädoyer, neun Thesen

von Benedikt Kaiser

Die Diskussion über Fragen des Staates und die Positionierung der Rechten zu ihm ist zu begrüßen. Sie birgt nicht nur die Chance in sich, Irrtümer auszuräumen, sondern ermöglicht, Wegmarken einer alternativen Denkweise zu setzen. Diese untermauern den Anspruch, daß es *anders* gehen könnte.

Zwei naheliegende Einwände gegen die bloße Notwendigkeit der Skizze eines alternativen Staatsverständnisses tauchen auf: Erstens, so heißt es in resignierendem Tonfall, argumentiert der zeitgenössische Rechte in einer Situation realpolitischer Ohnmacht, wird zunehmend repressiv in den Fokus genommen und ist zivilgesellschaftlich isoliert. Er steht damit einem allmächtig wirkenden, »total moralischen Gegner« gegenüber, »durch den er sich moralisch total in Frage gestellt« sehe (Reinhart Koselleck), ja durch den er sogar als der wesenhafte Paria nicht nur außerhalb der Moral, sondern auch außerhalb der Gesellschaft plaziert wird. Zweitens müsse man nicht über Staatsbelange reden, wenn man jenseits greifbarer Machtoptionen verortet sei. In Zeiten von restriktiven Corona-Einschränkungen, dem auch »von oben« entgrenzten Kampf gegen rechts und schwarzrotgrünen Allmachtsphantasien über die Alltagsgestaltung des Staatsbürgers gehe es zuvorderst darum, politische Freiheitsräume vor dem Staat zu sichern, und nicht darum, seine mißbrauchte Macht noch zu stärken.

Beide Einwände verdienen ernst genommen zu werden, da sie einer realistischen Lageanalyse entsprechen. Aber sie sind unzureichend und müssen ergänzt werden. Denn obschon die gesamte politische Rechte von einem Nischendasein geprägt ist, der politisch-ideologische Staatsapparat in die Selbstradikalisierung gleitet, moralpolitische Fragestellungen vieles überwölben, man diesem von Lobbygruppen usurpierten Staat keine weiteren Kompetenzen zugestehen möchte und das wichtigste Ansinnen einer praktischen Rechten darin bestehen sollte, lebensweltliche *Safe Spaces* von und für Nonkonformisten zu schaffen (und zwar als »Räume der Freiheit und des Miteinanders«, als Inseln gelebter Alternativität und Solidarität, wie Alain de Benoist postulierte), bleibt ein Faktum davon unbenommen: Wer für ein »Es geht ganz anders« wirbt, muß früher oder später nicht nur begründen können, was er denn anders gestalten würde (und wie), sondern auch, mit welchem Instrument er seine Konzeptionen einst umzusetzen gedenke und ob er eine eigene »große Erzählung« wird stiften können, bei der sich der einzelne »mitgenommen« fühlt.

Die Frage nach dem eigenen Staatsverständnis, der eigenen Vorstellung staatlicher Aufgaben und Nicht-Aufgaben, der eigenen Idee eines zukünftigen verbesserten Staates ist dabei eine zentrale. Sie ist nicht nur zentral, weil auch in der Epoche des Globalismus und der Netzwerkmächte staatliche Akteure eine relevante Rolle spielen und man darauf verweisen darf, daß alle gewichtigen Entscheidungen, die auf regionaler, nationaler und selbst internationaler Ebene getroffen werden, trotz real existierender »Zwänge« und Abhängigkeiten ihrem Wesen nach kontingent bleiben, und das heißt:

»Menschen als sinnsuchende Wesen sind leicht zu bewegen, sich als Träger einer Mission zu verstehen, sobald sie spüren, wie der Appell eines Großproblems durch ihr eigenes Leben hindurchläuft.«

Peter Sloterdijk: *Der Staat streift seine Samthandschuhe ab*, S. 155.

auf menschlichen Entscheidungen beruhen, die man auch anders treffen könnte, wenn andere Entscheidungsträger sich nach anderen Generallinien ausrichteten. Die Frage nach dem Staat bleibt zentral, weil gewichtige Folgefragen – nach dem Menschenbild, nach der Rolle von Markt und Ökonomie, nach Bedeutungshierarchien – damit fest verwoben sind. Kurzum: Wer die Alternativlosigkeit des globalistischen Establishments, dieser kruden Mixtur aus Kapitalfraktionen, linken Gesellschaftserziehern und Charaktermasken der politmedialen Elite, verwirft und wer jenen, die diesem Establishment bereits kritisch gegenüberstehen (und es werden, trotz allem, derer mehr), das Bild einer anderen Zukunftsgestaltung bieten möchte – der wird nicht umhin kommen, zumindest Grundrisse einer alternativen Staats- und Gesellschaftsauffassung zu skizzieren.

Noch einmal: Ein bloßes »Dagegen« wird auf Dauer nicht tragfähig sein und das Abarbeiten an Nebenwidersprüchen ist angesichts der gegenwärtigen Malaise nicht ausreichend. Aufgeschlossenen folglich eine tatsächliche ideelle *Alternative* bieten zu können, zuerst in Umrissen, später als zusammenhängendes Modell, bedeutet im Wortsinne, die Wahl zwischen zwei Möglichkeiten der Staatsauffassung und der Staatspraxis zu offerieren. Die eine Möglichkeit, der Ist-Zustand, ist leidlich bekannt; die andere Möglichkeit, die Alternative zu ihm, nicht. Ebendiese zu eruieren erscheint als ein Auftrag insbesondere für die *Sezession*. Für die Loslösung von allem und jedem, also die Selbstrettung nicht auf kollektive, sondern individuelle Art und Weise, ist bei dauerhaftem Ausbleiben von Erfolg noch reichlich Lebenszeit gegeben.

Vor diesem Hintergrund folgen neun Thesen zu Staat, Staatsidee und Staatsaufgaben. Denn wie Ernst Bloch mit einem philosophischen Augenzwinkern darlegte, »muß die Tante erst tot sein, die man beerben will; doch vorher schon kann man sich sehr genau im Zimmer umsehen«.

1. »Im Ausnahmezustand streift der Staat die Samthandschuhe ab, mit denen er im Normalzustand die Bürger anfasst.«

Erst dann, führt Peter Sloterdijk seinen Gedanken weiter aus, läßt er die »eiserne Faust unter dem Samthandschuh sehen«. Das Kernproblem aus rechter Sicht ist hierbei nicht, wie etwa Antiautoritäre bekritteln würden, die Existenz dieser eisernen Faust. Das Problem enthüllt sich vielmehr in der Frage nach dem Akteur, der sie führt, und in der Parallelfrage nach dem »Gehirn« als Schaltstelle, das die Entscheidungsfindung zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgrund einer bestimmten Situationsbewertung trifft. Konkret auf die deutsche Gegenwart bezogen, meint dies, daß – weit über die Corona-Krise hinaus – falsche Akteure falsche Entscheidungen aufgrund falscher Annahmen treffen und damit die Staatsmaschinerie in Gang setzen. Das Problem ist folglich nicht die Staatsmaschinerie als solche, sondern jener herrschende und mitunter unverhohlen volksverneinende Komplex aus Interessengruppen, der sie lenkt. Mag eine entsprechende Klärung für die Wahrnehmung des einzelnen Bürgers im Alltag nachrangig sein, so ist sie es nicht für eine politische Lageanalyse eines widerständigen Milieus.

»Es gibt ohne Gesellschaft kein Individuum – Kaspar Hauser ist eine Legende, nicht die Realität. Der Mensch ist ein soziales Wesen, die Gemeinschaft seine anthropologische Konstante. Nicht alle Wünsche sind materieller Natur, insbesondere Glück, Gesundheit, Gerechtigkeit und ein positives soziales Umfeld erscheinen den meisten Menschen als wichtig. Unabdingbar jedoch sind ein Dach über dem Kopf, eine sichere Versorgung mit Lebensmitteln und die Möglichkeit, sich an der Erfüllung der eigenen Hoffnungen und Wünsche zumindest versuchen zu können.«

Dirk Ehnts: *Geld und Kredit,* S. 17.

2. Der usurpierte Staat findet im »Verordnungsrausch« (Sloterdijk) zu sich selbst.

Mit seiner paradoxen Lockdown-Politik, in der die persönliche Entscheidungsfindungskompetenz des einzelnen enteignet wird, setzt sich eine Entwicklung fort, die bereits länger im Gange ist. Der Staat erscheint dort abwesend, wo er seine Samthandschuhe abstreifen sollte (von organisierter Kriminalität und militantem Antifaschismus bis hin zur adäquaten Inpflichtnahme und Besteuerung des Großkapitals), während er das Leben der »normalen Menschen« überreglementiert. Der Staat wirkt denaturiert, wurde als Werkzeug neoliberaler Funktionseliten inner- wie außerhalb des Parteienfilzes einerseits seiner Bestimmung entfremdet und andererseits zur Beute antifaschistischer und multikulturalistischer Ideologen gemacht. Dieser neue historische Block birgt in sich nichtantagonistische Widersprüche (also: Gegensätzlichkeiten der beteiligten Akteure, die aber nicht zur Feinderklärung tendieren); somit ist er kein Monolith. Aber solange die gemeinsame Generallinie – das diffuse Ziel einer offenen Gesellschaft, der Kampf gegen gewachsene Gemeinschaften, die zwanghafte Durchsetzung von »Diversity«-Standards – standhält und sich jeder in seinen Primärmetiers hegemonial weiß, erweist er sich als unvermindert wirkungsvoll. Diese

erfolgreiche Komplizenschaft der Staatsübernahme fällt dort leichter, wo Gemeinschaftsbestände bereits in relevanter Größe abgetragen wurden, Identität und Solidarität unter Gleichen erodierten und die Vereinzelung zunahm.

3. »Bemutterungsstaat« (wiederum: Sloterdijk) und Individualismus sind nur scheinbare Gegensätze; tatsächlich bedingen sie einander.

Der Fetisch des von Bindungen und Pflichten befreiten Individuums und der anonyme Bemutterungsstaat als Instrument der Gesellschaftserzieher gehen Hand in Hand. Dort, wo natürliche Gemeinschaften »von unten« allmählich aufgelöst werden und ihre Bindekräfte verlieren, ist die Persönlichkeit dem Zugriff freier ausgesetzt. Das ist keine Corona-induzierte Entwicklung, sondern ein Umstand, der seinen Startpunkt in der erfolgreichen *Reeducation* und *Self-Reeducation* der Deutschen nach 1945 und 1968 durch westlerischen Liberalismus und Linksliberalismus hatte. Familien, lokale und regionale Loyalitätsgefüge, Dorf- und Stadtteilgemeinschaften wichen häufig als Bezugsgrößen und Stabilitätsfaktoren. Der »zufällig« an einem bestimmten Ort wirkende Mensch erschien fortan als das Maß aller Dinge. Diese »Vorstellung des Individuums als außerhalb der Gesellschaft existierend« wurde über die Jahrzehnte als neue Normalität vorausgesetzt, »anstatt anzuerkennen, daß die individuelle Identität zu großen Teilen durch Kultur und soziale Beziehungen konstituiert wird«, wie der Wirtschaftswissenschaftler Stefan Kofner eine (durchaus vielschichtige und verzweigte) Entwicklung zusammenfaßt. Der »befreite« einzelne müsse sich selbst als Individuum optimieren, auf dem Markt durchsetzen, sich neu erfinden. Dies vollzieht sich, wie der bekennende Kommunitarist beschreibt, »ohne Respekt vor dem Staat und ohne Zusammengehörigkeitsgefühl. Jeder kämpft für sich und alle gegen den Staat«. Man darf behutsam korrigieren: Nicht *immer* gegen den Staat, denn man hat dessen Rolle schlechterdings neu festgelegt – als Dienstleister, der mit wirtschaftlichen Begriffen gefaßt und dabei als »unproduktiv« abgetan wird, aber doch jederzeit in Anspruch zu nehmen ist.

»Insoweit beruht eine liberal-individualistische Wirtschaftsordnung nicht nur auf Voraussetzungen, die sie selbst nicht schaffen kann, sondern sie zerstört diese Voraussetzungen auf lange Sicht und damit ist eine solche Ordnung inhärent instabil.«

Stefan Kofner: *Gemeinsinn und Pflicht,* S. 14 f.

4. Der Sündenfall der bis heute verbreiteten Staatsgegnerschaft aus individualistischen und/oder ökonomischen Motiven liegt bei »Klassikern« wie David Ricardo und Karl Marx.

Auch wenn der im frühen 21. Jahrhundert abgeschlossene Wandel des Staatsbegriffs vom preußischen Ideal abwärts zum heutigen unproduktiven Dienstleistungsmodell eine Entwicklung des mittleren und späten 20. Jahrhunderts ist, können die Treiber dieser Umwertung doch auf wirkmächtige Ideen des frühen 19. Jahrhunderts aufbauen. Bereits mit dem britischen Denker David Ricardo kam die Vorstellung des Staates als unproduktiven Molochs in die Sphäre der politischen Ökonomie. Märkte – wertschöpfend, Staaten – wertvernichtend. Diese holzschnittartige Gleichung war schon damals falsch; aber einmal in die Welt gesetzt, konnte sie die Zeiten überdauern und bis heute Vorstellungswelten prägen, indem sie die Mängel eines jeden Staates verabsolutierte und seine Stärken negierte. Denn anders als sein »Vorgänger« Adam Smith »sagte Ricardo nichts über den Teil der Staatsausgaben, der die Voraussetzungen für Produktivität überhaupt erst schuf: Infrastruktur (Straßen, Brücken, Häfen etc.), Landesverteidigung und Rechtsstaat. Indem er so die Rolle des Staates bei der Produktivität außen vorließ, ebnete er Generationen von Ökonomen den Weg für eine ähnliche Vergeßlichkeit«, wie die Forscherin Mariana Mazzucato in ihrer vielbeachteten Studie *Wie kommt der Wert in die Welt?* bekräftigt. Der Staat als »Produzent von Vorleistungen für Unternehmen«, auf Basis derer sie überhaupt prosperieren können, findet in der Gedankenwelt von Ricardo (und in jener all derer, die in seinen Geleisen folgten, mit extremsten Auswüchsen bei Hayek, Mises oder Friedman) nicht statt, obwohl – erneut: damals wie heute – »Bildung, Straßen, die Polizei und Gerichte als notwendiger Input in die Produktion einer Vielzahl von Gütern zu sehen« sind. Aber auch Ricardos feindlicher Bruder, Karl Marx, behielt diesen blinden Fleck trotz kritischer Auseinandersetzung mit seinem Antipoden bei. Während Ricardo aber in seiner Staatsfeindschaft aufgrund selektiver Marktgläubigkeit gefangen war, blieb Marx es auf Basis seiner vulgären Reduktion des Staates auf dessen Bestimmung als klassenpolitisches Instrument

»Genau wie das Wagniskapital in der Biotechnologie erst ins Spiel kam, nachdem der Staat die schwierigen Vorarbeiten geleistet hatte, brachten auch die Genialität und ›Tollkühnheit‹ von Steve Jobs vor allem deshalb Erfolg und hohe Gewinne, weil Apple von den massiven staatlichen Investitionen in die ›revolutionären‹ Technologien profitierte, die das iPhone und das iPad überhaupt erst möglich machten: das Internet, GPS, Touchscreen-Displays und Kommunikationstechnologie. Ohne diese staatlich finanzierten Technologien hätte es keine Welle gegeben, auf der Apple tollkühn reiten konnte.«

Mariana Mazzucato: *Das Kapital des Staates,* S. 116.

der Herrschenden. So findet sich auch im opulenten Werk Marxens keine Vorstellung davon, was der Staat zum Wert einer Ökonomie (geschweige denn zum Volkswohl) beitragen kann. In der binären Logik Ricardos ist der Markt demzufolge produktiv, der Staat unproduktiv; in der binären Logik Marxens ist der Markt demzufolge inhärent ausbeuterisch, der Staat das Instrument zur Absicherung der Ausbeutung.

»Als soziale Entitäten haben Unternehmen dem Wohl von Angestellten, Kunden und Lieferanten Rechnung zu tragen. Sie profitieren vom gemeinsamen intellektuellen und kulturellen Erbe der Gesellschaften, in die sie eingebettet sind, und von der Herrschaft des Rechts, für die der Staat sorgt, ganz zu schweigen von der staatlich finanzierten Ausbildung gebildeter Arbeitnehmer und wertvoller Forschung. Sie sollten im Gegenzug dafür diese Gemeinschaften davon profitieren lassen.«

Mariana Mazzucato: *Wie kommt der Wert in die Welt?*, S. 345.

5. Der Gegensatz von Staat und Markt ist ein ahistorischer Mythos.

Liberale und ihre kommunistischen Pendants sind seit mehreren Jahrhunderten gefangen in ihrer konstruierten Dichotomie, an der sie trotz geschichtlicher Erfahrungen festhalten – ihre Ideologien bedürfen dieser Simplifizierung als Ausgangsbasis. Tatsächlich sind Staat und Markt aber keine unversöhnlichen Gegenspieler, sondern basieren aufeinander. So wie kein abstraktes Individuum denkbar ist, das losgelöst von überlieferten Gemeinschaften auf der Welt erscheint, sondern eingebettet ist in ein vorhandenes Gefüge aus regionalen, religiösen, volklichen (usw.) Identitäten, auf Basis derer ein jeder erst seine eigene Lebensgeschichte schreiben kann, ist auch der Markt als Interaktionsort wirtschaftlicher Akteure nicht im luftleeren Raum denkbar, sondern ist ebenfalls eingebettet in Verhältnisse, die ihm vorangehen und seine reellen Bedingungen gestalten. Nationale Wirtschaftskulturen, völkerpsychologische Konstitutionen, tradierte Vorstellungen etc. sind ebenso zu berücksichtigen wie jene produktive Rolle eines jeden Nationalstaates als Marktschöpfer, auf die Dirk Ehnts verweist. »Der Staat«, so erklärt der Ökonom, »greift nicht in die Wirtschaft ein, sondern erzeugt sie erst« und schafft und gewährt jene Rahmenverhältnisse, die es Marktteilnehmern ermöglichen, auf eine bestimmte Art und Weise zu wirtschaften. Er geht explizit in *Vorleistung,* indem er Bildung, Sicherheit, Infrastruktur und dergleichen zur Verfügung stellt, die unabdingbar für das Prosperieren nationaler Märkte sind, die heute zu oft davon gekennzeichnet sind, daß nicht nur entsprechende Vorleistungen, sondern auch sämtliche Risiken vergemeinschaftet, Gewinne hingegen privatisiert werden. Einmal mehr sind es auch im Kontext Staat/Markt Kontingenzen, die Entwicklungen hervorrufen oder korrigieren: Nicht »der Staat« oder »der Markt« verlangen Festlegungen, sondern konkrete Akteure treffen konkrete Entscheidungen, deren Alternativlosigkeit nur jene behaupten, die von ihnen profitieren. »Es gibt kein Marktverhalten, das unvermeidlich wäre«, stellt Mariana Mazzucato fest, womit Gleichstand mit der Staatspolitik hergestellt ist: Auch in ihr gibt es keine alles determinierenden Überprinzipien, auch sie offeriert Raum für bewußte Entscheidungen, die oftmals das Resultat, nicht die Ursache von Interessenskämpfen sind. Bewußte Entscheidungen in der Praxis aber basieren auf Setzungen in der Theorie.

»Der Kommunitarismus ist nach dem hier vertretenen Verständnis eine Graswurzelbewegung, wobei dem Staat eine aktivierende Rolle zugemessen wird. […] Arbeit und Wirtschaft dienen gar nicht in erster Linie Versorgungszielen, sondern vielmehr der Herausbildung, Festigung und Bewahrung individueller und kollektiver Identitäten. […] Menschliche Arbeit ist identitätsprägendes Gemeinschaftswerk und keine anonyme Produktion austauschbarer Produkte durch austauschbare Arbeitskräfte für anonyme Märkte.«

Stefan Kofner: *Gemeinsinn und Pflicht,* S. 99 f.

6. »Die Wirtschaft hat dem Menschen zu dienen, und nicht andersherum.«

Diese Setzung Dirk Ehnts’ ist streitbar, aber kongruent mit einer genuin *nichtmaterialistischen* Weltauffassung, in der das Primat der Identität und der Gemeinschaft vorherrscht, nicht jenes des Warenfetischismus und der alle Lebensbereiche durchdringenden Ökonomisierung. Ganz ähnlich drückt es demzufolge auch Götz Kubitschek aus: »Die Wirtschaft soll dienen. Sie ist kein Selbstzweck. Sie ist für mich kein deutsches ›Dinge um ihrer selbst willen tun‹.« Man kann diese Hierarchisierung um eine weitere Ebene ergänzen, und Mazzucato leistet dies, wenn sie innerhalb der Märkte konzediert, daß »der Finanzsektor der Wirtschaft dient und nicht die Wirtschaft dem Finanzsektor«. Die Kausalkette gestaltet sich damit wie folgt: Die Finanzwirtschaft (der finanzialisierte Teilbereich des Marktes) dient der Wirtschaft, die Wirtschaft dient dem Volk, der Staat ist dessen höchstentwickelte Organisationsform. Deutlich wird, daß eine solche gemeinschaftsbezogene, genuin »kommunitaristische« Perspektive nicht individuelle Profitmaximierung als Primärziel des Wirtschaftens begreift, sondern das kollektive Werk der Bedarfsdeckung für das große Ganze; nicht Bedürfnis*weckung*, sondern Bedürfnis*befriedigung*. Das Hauptziel ist demnach die Stärkung des nationalen Gemeinwohls und des Miteinanders in identitätsbewußten Vertrauenszusammenhängen. Zweifellos: Der Staat in seiner derzeitigen Konstitution und mit seinem derzeitigen



Vorleistung des Staates: Bildung. Martin-Luther-Universität in Halle (Saale).

Personal schadet diesem Vorhaben, anstatt es zu forcieren. Deshalb geht es langfristig um seine umfassende Korrektur.

7. Anzustreben ist weder ein schlanker noch ein fetter Staat, sondern ein muskulöser.

Das auch unter Konservativen beliebte Bild des »schlanken Staates« eignet sich für diese Korrekturen mitnichten. Mit ihm verbreitet man explizit liberalen Jargon und implizit liberale Inhalte, da der Begriff aus den nachhaltig erfolgten Setzungen von FDP und den Kapitallobbyisten der INSM (Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft) hervorgeht. Der Begriff ist daher kein »leerer Signifikant«, den man in einem metapolitischen Ringen »anders« besetzen könnte, da er von seinen Ursprüngen her elementar mit der Logik des Liberalismus verbunden ist. Ihn inhaltlich zu kolonisieren, weil man nach einiger Anstrengung positive Deutungen hervorzubringen imstande ist, wäre ebenso aussichtslos, wie sich beispielsweise – nun auf der anderen politischen Seite – den Terminus »Klassenkampf« anzueignen. Denn obschon heute »Klassenkampf« geführt wird, etwa seitens der politisch und wirtschaftlich herrschenden *Anywheres* gegen die zunehmend fragmentierten *Classes populaires* (oder *Somewheres*), ist auch dieser Begriff elementar mit seinen Urhebern verwoben, in diesem Fall mit Kommunisten. Wie der »schlanke Staat« bedürfte es also einiger zusätzlicher Erläuterungen, weshalb man ihn zu nutzen gedenke, ohne sich die Anliegen der Wortschöpfer zu eigen zu machen. Benötigt werden daher in solchen Fällen andere Begriffsprägungen. Im staatspolitischen Beritt anzustreben wäre für das Vorhaben einer gemeinschaftsbezogenen Kehre ein handlungsfähiger, dynamischer, souveräner Staat ohne den omnipräsenten Einfluß rotgrüner Ideologieproduzenten und Gesellschaftserzieher auf der einen Seite und lobbyistischer Kapitalvertreter auf der anderen Seite. Sprich: Schluß mit Milliardenausgaben für Gender Mainstreaming, Multikulturalismus und Linksförderung, Schluß mit wirtschaftsdevotem und Lobby-anfälligem Verhalten. Statt dessen »sollte der Staat in die Entwicklung seiner Muskelmasse investieren, seiner Fähigkeiten in entscheidenden Bereichen wie etwa der produktiven Kapazität (dem maximalen Output einer Wirtschaft), in die Entwicklung seiner Kompetenzen im Bereich Beschaffung, einer tatsächlich im öffentlichen Interesse liegenden öffentlich-privaten Zusammenarbeit sowie den sachverständigen Umgang mit Daten (Schutz der Privatsphäre und Sicherheit)«, wie Mariana Mazzucato die *Mission* beschreibt. Erstrebt wird als Fernziel der *muskulöse* Staat, und das heißt: kein schlanker (entkernter, outgesourcter, liberalisierter), aber auch kein fetter (befehlsadministrativer, aufgeblähter, klientelistischer) Staat. Ziel muß es sein, daß »staatliche Ressourcen planvoll, gezielt und effizient eingesetzt werden können« (Kofner) – und zwar jederzeit. Ein Staat, der nur im Notfall eingreifen soll und ansonsten minimalistische Schrumpfformen einnimmt, wird diese dreifache Pflicht nicht bewältigen können. Training hält Muskeln in Form, nicht aufgezwungene Zurückhaltung. Das Problem, und einmal mehr trifft Mazzucato damit den Punkt, ist nicht »zu viel« oder »zu wenig« Staat: »Das Problem ist die *Art* von Staat: Was tut er und wie?«

»Nur ein Privatleben führen heißt in erster Linie, in einem Zustand leben, in dem man bestimmter, wesentlich menschlicher Dinge beraubt ist. Beraubt nämlich der Wirklichkeit, die durch das Gesehen- und Gehörtwerden entsteht, beraubt einer ›objektiven‹, d. h. gegenständlichen Beziehung zu anderen, die sich nur dort ergeben kann, wo Menschen durch die Vermittlung einer gemeinsamen Dingwelt von anderen zugleich getrennt und mit ihnen verbunden sind, beraubt schließlich der Möglichkeit, etwas zu leisten, das beständiger ist als das Leben.«

Hannah Arendt: *Vita activa,* S. 73.

8. ES GIBT EIN RICHTIGES LEBEN IM FALSCHEN.

Nun sind wir mit dem eingangs erwähnten Problem konfrontiert, daß *dieser* Staat das, was er nach unserem Dafürhalten tun soll, unterläßt, und daß er das, was er zwingend lassen sollte, tut. Nichts wäre aber falscher, als Quintessenz politische Enthaltsamkeit zu predigen oder sich in die Sicherheit des Schweigens einer verkümmerten Neuauflage der inneren Emigration zu begeben. Theodor W. Adornos Diktum aus *Minima Moralia* (1951), wonach es kein richtiges Leben im falschen gebe (er meinte, es lasse sich privat und politisch nicht mehr »richtig« wirken), geziemt sich nicht für Akteure, die an dem festhalten, was immer gilt, und nach dem streben, das zu erhalten sich lohnt, weil es »beständiger als das Leben« ist (Hannah Arendt). Gewiß: Die staatspolitischen Rahmenbedingungen, die uns umgeben und das Leben in vielen Belangen beeinflussen, wo nicht in feste Bahnen lenken, sind bekanntermaßen defizitär. Auch als prinzipiell staatsbejahender Mensch traut man »den politischen Institutionen nicht mehr zu, daß sie dem Gemeinwohl dienen«, wie Gernot und Rebecca Böhme konstatieren, ja »der Staat wird eher als Administration verstanden« – bestenfalls. Doch geben der Philosoph und die Neurowissenschaftlerin selbst die korrekte Teilantwort auf diese Problematik: »Wie immer es jedoch mit den großen Ideen und der Veränderung der Gesellschaften im ganzen steht: Der einzelne kann sie nicht abwarten, dafür ist das Leben zu kurz.« Eine *Teil*antwort ist es deshalb, weil weitere Aspekte hinzukommen, die das richtige Leben im falschen Ganzen ehrsam machen: das Wirken für und mit einer Familie, die Umsetzung realisierbarer Projekte im Nahfeld, die Freude an nichtpolitischen Gütern (sprich: der Natur, dem Genuß, dem Sport usf.), die Selbstfindung in Sinnzusammenhängen unterhalb des Staates – auch in Zeiten der Zuspitzung der Lage bleiben zu gestaltende Räume der Freiheit und des Wohlbehagens jenseits des absoluten Rückzugs ins Private. Der Versuch der produktiven Teilhabe an einer verteidigenswerten Normalität bleibt in Zeiten des abnehmenden Lichts *radikal* im Wortsinne, ja geradezu experimentell.

9. ES GILT, EIN »EXPERIMENTELLES LEBEN« ZU FÜHREN.

Gernot und Rebecca Böhme stellen diese Prämisse mit einiger Berechtigung auf. Denn wenn man, zumal aus nonkonform-rechter Sicht, akzeptiert hat, daß das große Ganze nicht ohne weiteres anhand eines Masterplans zu bewältigen ist, daß also das Fernziel am Horizont nur bedingt näherrücken will, so gilt es, sich in die Erprobung von Umsetzungen der Nahziele zu vertiefen, über die man immerhin einige Verfügungsgewalt besitzt. Bejaht man eine derartige, aufgrund der augenblicklichen Verhältnisse skeptisch geratene Selbstbeschränkung und integriert diese realistisch-pessimistische Bestandsaufnahme in seine Weltanschauung, so schützt das dreifach: erstens vor kurzfristigen Engagements nach dem Schema »alles oder nichts«; zweitens vor Selbstversenkungen in vermeintlich bahnbrechende Projekte, nach deren zumeist raschem Ende wieder einige Beteiligte »von Bord gehen«; drittens vor temporären Energieexplosionen, die in der Regel verpuffen und ausgebrannte Seelen auf dem Friedhof des Aktivismus zurücklassen. Stand jetzt werden wir keine Tore schließen und den Staat bauen, doch können wir »die uns gegebenen Bedingungen von technischer Zivilisation, Leistungs- und Konsumgesellschaft aushalten oder ausgleichen, wenn wir wenigstens im Kleinen und Regionalen und in uns selbst Alternativen realisieren« (Böhme). Ebendies schließt den Kreis zu Alain de Benoists Empfehlung der Schaffung von Inseln der Alternativität inmitten des Meeres des Niedergangs. Wer selbst im kleinen jene Veränderungen durchexerziert (Nahziele), die er im großen für den Staat erhofft (Fernziel), dabei realistisch ob der eigenen Chancen und des Risikos des Scheiterns bleibt, der kann sowohl den Staat auf den Prüfstand stellen als auch erste Vorstellungen des eigenen Anspruchs »Es geht ganz anders« als Gegenbild zum falschen Ganzen präsentieren, ohne vor diesem auf die Knie zu gehen.

Die Tante, die man beerben will, erweist sich in Zeiten der Corona-Krise als lebendiger denn je – aber auch mit uns hat es noch kein Ende genommen. Wenn Resilienz bedeutet, daß manche besser mit Streß umgehen können als andere, gibt es gute Gründe für die Annahme, daß die Neue Rechte in ihrem Kern auch dann resilient bleibt, wenn andere längst das Handtuch geworfen haben. ■

»Die Unternehmen und besonders global agierende Konzerne stehen als Machtzentren zum Teil auf Augenhöhe mit nationalen Regierungen. Das ist aber eine Rolle, die ihnen gar nicht zukommt. Es gilt immer das Primat der nationalen, regionalen und lokalen Gemeinschaft, die sich in den Handlungen des Staates verkörpert.«

Stefan Kofner: *Gemeinsinn und Pflicht,* S. 136.

Literaturhinweise:

Hannah Arendt: *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (1958), München [5]2007;

Ernst Bloch: *Erbschaft dieser Zeit* (1935), erw. Ausgabe, Frankfurt a.M. [4]2016;

Gernot Böhme, Rebecca Böhme: *Über das Unbehagen im Wohlstand,* Berlin 2021;

Dirk Ehnts: *Geld und Kredit: eine €-päische Perspektive,* 4., überarbeitete und aktualisierte Aufl., Marburg 2020;

Stefan Kofner: *Gemeinsinn und Pflicht. Der Kommunitarismus als Fundament für eine neue Wirtschaftsordnung,* Lüdinghausen/Neuruppin 2021;

Reinhart Koselleck: *Kritik und Krise. Eine Studie zur Pathogenese der bürgerlichen Welt* (1959), Frankfurt a.M. [15]2021;

Götz Kubitschek: »Konstruktive Theorieschwäche«, in: *Sezession* 82 (April 2018), S. 8–11;

Mariana Mazzucato: *Das Kapital des Staates. Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum,* München 2014;

dies.: *Wie kommt der Wert in die Welt? Von Schöpfern und Abschöpfern,* Frankfurt a.M. 2019;

dies.: *Mission. Auf dem Weg zu einer neuen Wirtschaft,* Frankfurt a.M. 2021;

Peter Sloterdijk: *Der Staat streift seine Samthandschuhe ab. Ausgewählte Gespräche und Beiträge 2020–2021,* Berlin 2021.

Nietzsches Kritik am Staat

von Erik Lehnert

Als das IfS vor einigen Jahren auf seinen Veranstaltungen ein Banner zeigte, auf dem ein Zitat zu lesen war, in dem sich Nietzsche positiv über den Staat äußert, sorgte das für Irritationen. War Nietzsche nicht derjenige, der den Staat als das »kälteste aller kalten Ungeheuer« bezeichnet hatte, der den Staatsdienst für eine Dummheit gehalten und der dem »Tod des Staates« das Wort geredet hatte? Das alles hat Nietzsche gesagt, aber auch das Gegenteil davon – was wiederum die weitverbreitete Auffassung bestätigt, man finde bei Nietzsche immer ein Zitat, egal wofür man ein Autoritätsargument brauche.

Eine Autorität ist Nietzsche in rechten Kreisen allerdings erst lange nach seinem Tod geworden. Zunächst war er ein Ärgernis, mit dem sich vor allem Leute bewaffneten, denen der Wilhelminismus zu lebensfeindlich war. Armin Mohler hat Nietzsche in seiner Arbeit über die »Konservative Revolution« rückblickend zum wichtigsten gemeinsamen Bezugspunkt dieser so vielgestaltigen Geistesbewegung gemacht. Er bezog das vor allem auf Nietzsches Lehre von der ewigen Wiederkehr des Gleichen, der noch die von der Umwertung aller Werte und die vom Willen zur Macht an die Seite zu stellen wären. Die Hochschätzung Nietzsches in konservativ-revolutionären Kreisen hängt auch damit zusammen, daß Nietzsche als politischer Denker verstanden wurde. Das mag zunächst im Widerspruch zu seiner Intellektuellenexistenz stehen, die sich, abgesehen von den obligatorischen Stationen Schule, Universität und Militär, von allem fernhielt, was mit praktischer Politik in Verbindung gebracht werden könnte. Seine 1869 erfolgte Übersiedlung in die Schweiz ermöglichte ihm den Blick auf die Dinge, die sich vor allem in Deutschland vollzogen, von der Warte des Beobachters aus.

»Irgendwo gibt es noch Völker und Herden, doch nicht bei uns, meine Brüder: da gibt es Staaten.

Staat? Was ist das? Wohlan! Jetzt tut mir die Ohren auf, denn jetzt sage ich euch mein Wort vom Tode der Völker.«

Alle Zitate aus Nietzsches *Also sprach Zarathustra.*

Alfred Baeumler charakterisierte Nietzsche in seiner Einführung von 1931 als »Philosophen und Politiker«. Das sorgte nach 1945 für eine Verurteilung Nietzsches als NS-Vordenker, weil Baeumler sich (und damit auch Nietzsche) in den Dienst des NS-Staates gestellt hatte. Seine Herausstellung des Politikers Nietzsche bleibt dennoch gültig, wie die Rezeption Nietzsches in den letzten Jahrzehnten gezeigt hat. Daran hat auch seine so oft bemühte Widersprüchlichkeit nichts geändert. Friedrich Georg Jünger, der 1949 eine Ehrenrettung Nietzsches vornahm, sah in dieser Widersprüchlichkeit kein Argument gegen seine Philosophie, sondern einen Beweis für die Lebendigkeit von Nietzsches Denken.

Da der Staat ein Hauptbegriff der Politik ist, stößt man natürlich auch bei Nietzsche darauf. Allerdings gibt es, neben unzähligen Erwähnungen, nur drei Stellen, an denen Nietzsche ausführlich auf den Staat zu sprechen kommt. Im ersten Band von *Menschliches, Allzumenschliches* (1878), im ersten Band des *Zarathustra* (1883) und in der Vorrede zu seinem ungeschriebenen Buch *Der griechische Staat* (1872), aus der das obenerwähnte Zitat stammt: »Der Staat, von schmählicher Geburt, für die meisten

Menschen eine fortwährende fließende Quelle der Mühsal, in häufig wiederkommenden Perioden die fressende Fackel des Menschengeschlechts – und dennoch ein Klang, bei dem wir uns vergessen, ein Schlachtruf, der zu zahllosen wahrhaft heroischen Taten begeistert hat, vielleicht der höchste und ehrwürdigste Gegenstand für die blinde und egoistische Masse, die auch nur in den ungeheuren Momenten des Staatslebens den befremdlichen Ausdruck von Größe auf ihrem Gesichte hat!«

Die ambivalente Haltung Nietzsches dem Staat gegenüber wird bereits hier deutlich. Einerseits von unklarer Herkunft und für die meisten Menschen Knechtschaft bedeutend, ist er dennoch die einzige Größe, die in der Lage ist, die Massen emporzureißen. Über den Ursprung des Staates hat Nietzsche an anderer Stelle recht konkrete Vorstellungen geäußert. Er polemisiert gegen die Vertragstheorie, nach welcher der gegenseitige Schutz, die »Unterordnung unter die Gerechtigkeit des Staates«, der erste Impuls zu seiner Gründung gewesen sei. Daß sich ihm Schwächere unterwerfen und er diese unterwirft, weil er die »souveräne Gesinnung« fürchte, liege nahe. Entscheidend sei aber die Frage, warum sich Leute dem Staat unterwerfen, die es nicht nötig haben. Für sie bedeutet die Unterwerfung ein Opfer, das sie eben nicht aus Nützlichkeitserwägungen bringen. Nietzsche sieht daher schon am Ursprung des Staates einen Appell an eine »höhere Empfindung«. Es könnte sich um eine nur gemeinsam zu bestehende Gefahr handeln, die den Impuls zur Staatengründung gibt und ein Gefühl gemeinsamer Macht erzeugt, das jeden mitreißt. Der Staat erreiche Dinge, die dem einzelnen unmöglich seien, durch Delegierung von Verantwortung, durch Befehl und Gehorsam, durch »Aufrechterhaltung des Stolzes, der Strenge, der Stärke, des Hasses, der Rache«. Er entlastet den einzelnen moralisch.

Der Glaube an die »Ehrwürdigkeit des Staates« müsse älter sein als alles andere. »Nicht Gesichtspunkte der Klugheit, sondern Impulse des Heroismus sind in der Entstehung des Staates mächtig gewesen: der Glaube, daß es etwas Höheres gibt, als Souveränität des Einzelnen.« Die älteren Staatsformen hätten nicht vom Zwang, sondern vom »Fortströmen nobler Regungen« gelebt. Allerdings ist die Ehrfurcht vor dem Staat nicht durch Einsicht, sondern durch Gewalt in die Welt gekommen, weil die Errichtung eines Staates gegen die menschlichen »Raubtierinstinkte« erfolgte. Dementsprechend war der »älteste Staat« eine reine Tyrannei, die notwendig war, um den »Rohstoff von Volk und Halbtier« durchzukneten und zu formen.

Nietzsche ist bewußt, daß der Staat, von dessen Ursprung er redet, mit dem Staat, den seine Zeitgenossen herauslesen werden, nämlich den gegenwärtigen, nicht identisch ist. Daher formuliert er drastisch, daß er unter Staat »irgend ein Rudel blonder Raubtiere, eine Eroberer- und Herren-Rasse« versteht, die »unbedenklich ihre furchtbaren Tatzen auf einer der Zahl nach vielleicht ungeheuer überlegene, aber noch gestaltlose, noch schweifende Bevölkerung legt.« Das ist der Beginn des Staates, an dem Nietzsche Künstler tätig sieht, die keinerlei Rücksicht nehmen müssen, sondern rücksichtslos ihrer Idee Form verleihen. Doch dieser Schöpfungsakt hat seinen Preis. Im Ursprung des Staates sieht Nietzsche das »schlechte Gewissen« in die Welt kommen. Weil der Mensch gezähmt und gezwungen wird, in Gesellschaft zu leben, verrät er seine Raubtierinstinkte und wird zum Massenmenschen.

Das Schicksal des Staates scheint damit vorgezeichnet, zumindest dann, wenn er seinen Zweck aus den Augen verliert. Der Staat darf sich, so Nietzsche, nicht Selbstzweck sein, aber auch nicht das Volk allein oder die »Zukunft der Menschheit« sind sein Zweck. Sein Ziel liege in den »Spitzen, in den großen ›Einzelnen‹, den Heiligen und Künstlern«. Es gebe »keine höhere Kulturtendenz als die Vorbereitung und Erzeugung des Genius«. Der Staat ist Mittel zu diesem Zweck. Allerdings darf man sich diese Forderung nicht als eine praktische vorstellen. Nietzsche verortet dieses Ziel »außerhalb der Zeit«. Der Staat ist daher, so muß man Nietzsche verstehen, gar nicht in der Lage, dieses Ziel zu erreichen. Nicht nur, weil es außerhalb der Zeit liegt, sondern auch, weil der Staat Ziele, die über »sein Wohl und seine Existenz« hinausweisen, nicht begreift. Allerdings gebe sich der Staat den Anschein, indem er als Förderer der Kultur auftritt. Aber, so Nietzsche, der »Kultur-Staat« sei nur eine moderne Idee, in Wirklichkeit sind Staat und Kultur Antagonisten.

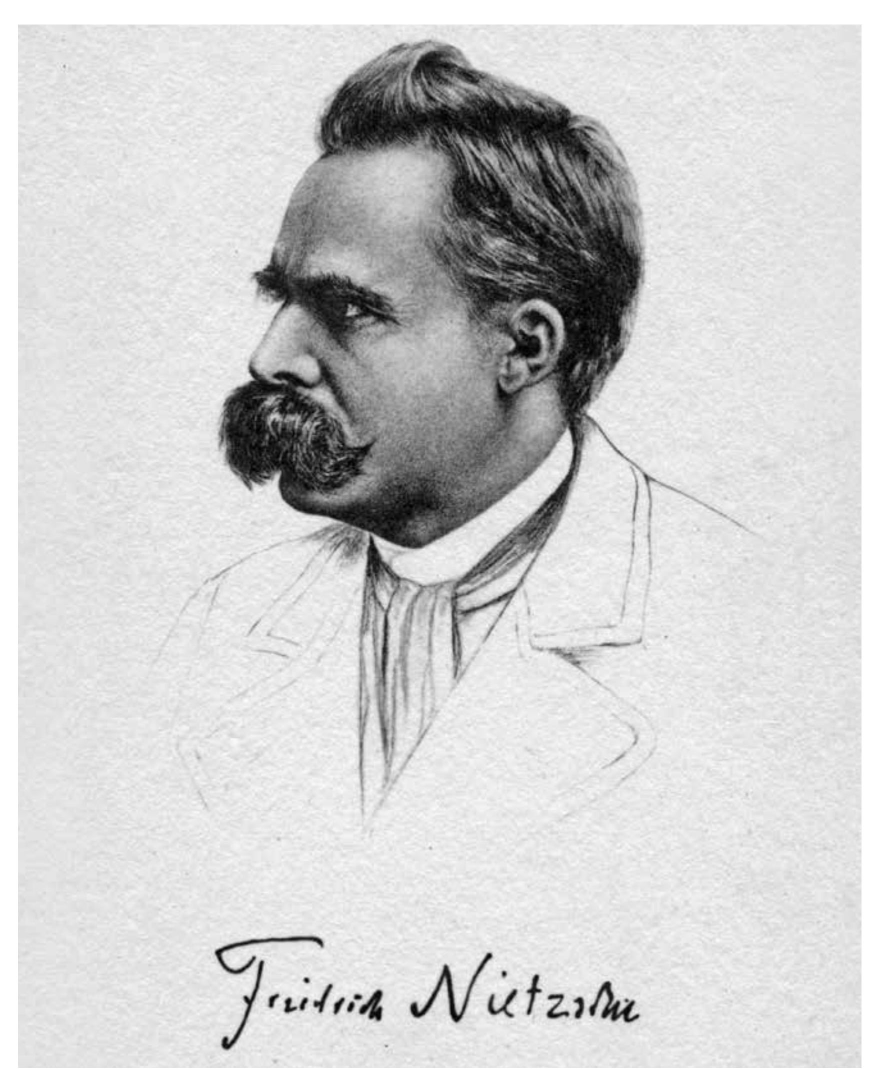
Die Verschleierung dieses Widerspruchs ist für den Fortbestand des Staates von entscheidender Bedeutung, und der Staat tut mittels seiner

»Seht mir doch diese Überflüssigen! Sie stehlen sich die Werke der Erfinder und die Schätze der Weisen: Bildung nennen sie ihren Diebstahl – und alles wird ihnen zu Krankheit und Ungemach!

Seht mir doch diese Überflüssigen! Krank sind sie immer, sie erbrechen ihre Galle und nennen es Zeitung. Sie verschlingen einander und können sich nicht einmal verdauen.

Seht mir doch diese Überflüssigen! Reichtümer erwerben sie und werden ärmer damit. Macht wollen sie und zuerst das Brecheisen der Macht, viel Geld – diese Unvermögenden!«

Institutionen, Nietzsche nennt vor allem Schule und Heer, alles dafür, daß diese Sinnstiftung Bestand hat. »Ehre bei der Gesellschaft, Brot für sich, Ermöglichung einer Familie, Schutz von oben her, Gemeingefühl der gemeinsam Gebildeten – dies alles bildet ein Netz von Hoffnungen, in welches jeder junge Mann hineinläuft: woher sollte ihm denn das Mißtrauen angeweht sein?« Dieses mangelnde Interesse an Aufklärung legt Nietzsche dem Mann als Dummheit aus, das Streben in den Staatsdienst als Rückfall in die Dummheit, die Nietzsche zerstören will. Hier kommen wir langsam zum Staatskritiker Nietzsche, der die »Staatsvergottung«, die Erhebung des Staates zum höchsten Ziel der Menschheit als Ursache dafür erkennt, daß der Staat seine eigentliche Aufgabe verfehlt.



Der Staat ist eine rationale Einrichtung, an die keine irrationalen Heilserwartungen geknüpft werden dürfen. Er wird durch Menschen repräsentiert, deren Anbetung Nietzsche als das »größte Verhängnis der Kultur« bezeichnet. Im Hintergrund steht das schlechte Bild, das die »herrschenden Stände« abgeben und das in der Konsequenz dazu führt, daß keine klare Vorstellung von Herrschaft mehr existiert: Der »große Mensch fehlt, an dem gemessen werden kann«. Die Herrschenden selbst haben durch die offensichtliche Beliebigkeit ihrer Herrschaft und die gleichzeitige Schutzbehauptung der Heiligkeit der Herrschaft eine Unsicherheit erzeugt, die dazu führt, »daß die Menschen vor jeder Willenskraft, die befiehlt, in den Staub fallen«.

Unter der Überschrift »Vom neuen Götzen« hat Nietzsche im *Zarathustra* der Staatskritik eine ganze Rede gewidmet. Das berühmteste Zitat lautet dort: »Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: Ich, der Staat, bin das Volk.« Der Staat will, so heißt es an anderer Stelle, das »wichtigste Tier auf Erden sein«, der Staat lügt und stiehlt, er ist ein »Heuchelhund«, er ist falsch. Er tut also das, was uns heute vielfach zum Staat einfällt. »Staat nenne ich's, wo alle Gifttrinker sind, Gute und Schlimme: Staat, wo alle

sich selber verlieren, Gute und Schlimme: Staat, wo der langsame Selbstmord aller – ›das Leben‹ heißt.« Der Staat ist der Gleichmacher, der jeden in seinen Dienst zwingt, das Prokrustesbett, aus dem sich niemand unbeschadet erhebt. Daher ist klar, daß der Staat nicht für die großen Menschen, sondern für die Überflüssigen, unter deren Herrschaft alle leiden müssen, erfunden wurde. Von dort her ist auch das Ende der Predigt Zarathustras zu verstehen, wenn er sagt, daß erst dort, wo der Staat aufhöre, der Mensch beginne, »der nicht überflüssig ist, dort beginnen die ›Brücken des Übermenschen‹«.

Insofern ist für Nietzsche der von ihm konstatierte Verfall und Tod des Staates kein Grund zur Klage. Der Verfall folge notwendig aus dem demokratischen Staatsbegriff. Die Demokratie sei die historische Form, in welcher der verfallende Staat auftrete. Nietzsche versteht Demokratie nicht als Herrschaftsform, sondern als Prinzip der Freiheit, das im Gegensatz zum Prinzip des Staates steht. Das Ziel der Staatskunst sei die Dauer, »welche alles andere aufwiegt, indem sie weit wertvoller ist als Freiheit«. Auch hier legt Nietzsche Wert auf die Feststellung, daß diese Demokratie nichts mit der gegenwärtigen Demokratie gemein habe. »Das, was jetzt schon so heißt, unterscheidet sich von den älteren Regierungsformen allein dadurch, daß es mit neuen Pferden fährt: die Straßen sind noch die alten, und die Räder sind auch noch die alten.« Die Demokratie, die er meine, sei etwas Kommendes.

»Meine Brüder, wollt ihr denn ersticken im Dunste ihrer Mäuler und Begierden? Lieber zerbrecht doch die Fenster und springt ins Freie!

Geht doch dem schlechten Geruche aus dem Wege! Geht fort von der Götzendienerei der Überflüssigen!

Geht doch dem schlechten Geruche aus dem Wege! Geht fort von dem Dampfe dieser Menschenopfer!«

Nietzsche warnt aber davor, das Kommende als etwas zu betrachten, das man herbeiführen könne. Er plädiert nicht für eine aktive Beseitigung des Staates, weil es eine Überschätzung der Vernunft und die Unkenntnis der Geschichte bedeuten würde, »schon jetzt die Hand an den Pflug zu legen, –während noch niemand die Samenkörner aufzeigen kann, welche auf das zerrissene Erdreich nachher gestreut werden sollen.« Im Gegenteil: Der Umsturz aller Ordnungen ist eine gefährliche Sache, weil sich aus dem Chaos nicht »sofort das stolzeste Tempelhaus schönen Menschentums« von selbst erheben werde. Vielmehr wird so ein Umsturz von Leidenschaften, Maßlosigkeiten und Furchtbarkeiten begleitet, die bislang als überwunden galten. Ein solcher Umsturz ist daher eine »Kraftquelle«, weil sie eine matt gewordene Menschheit emporreißen kann, sie kann aber kein »Ordner, Baumeister, Künstler, Vollender der menschlichen Natur sein«.

Aber diese Ordnung braucht es, solange nicht alle Menschen Künstler geworden sind. Denn der Staat ist vor allem eine zweckmäßige Einrichtung, »eine kluge Veranstaltung zum Schutz der Individuen gegeneinander«. Mehr, so wird man Nietzsche verstehen dürfen, darf man aus ihm nicht machen, insbesondere keine Heilsanstalt, was er den Sozialisten unterstellt. Diese wollen ein »Wohlleben« für möglichst viele und sehen im »vollkommenen Staat« die Heimat dieses Wohllebens. Hier ist ein Moment erreicht, wo der Zweck des Staates sich in sein Gegenteil verkehrt. Das Wohlleben, als der totale Umverteilungsstaat, würde den Boden zerstören, auf dem der »große Intellekt« und das »mächtige Individuum« wachsen. Nietzsche spricht auch von der »starken Energie«, die dadurch zerstört würde. Die übermäßige »Veredelung des Individuums« führe nicht zu seiner Stärkung, sondern zu seiner Schwächung und Auflösung, womit der eigentliche Zweck des Staates in sein Gegenteil verkehrt würde. Der »sogenannte rationale Staat« ist ein Aufhalter im Chaos, der keine Wirkung entfalten kann, wenn alle auf der Jagd nach dem persönlichen Glück sind, was unweigerlich in die »atomistische Revolution« führe.

»Frei steht großen Seelen auch jetzt noch die Erde. Leer sind noch viele Sitze für Einsame und Zweisame, um die der Geruch stiller Meere weht.

Frei steht noch großen Seelen ein freies Leben. Wahrlich, wer wenig besitzt, wird um so weniger besessen: gelobt sei die kleine Armut!«

Nietzsche in diejenigen einzureihen, die den Staat grundsätzlich als etwas sehen, das es abzuschaffen oder zu überwinden gelte, dürfte trotz der drastischen Worte, mit denen er ihn stellenweise charakterisiert, schwerfallen. Ganz offensichtlich hat Nietzsche eine Idee vom wahren Staat, dem es gelingt, das Volk zu erhalten, die Kultur zu fördern und den Freiraum des einzelnen zu schützen. Die Verkehrung dieser Idee sieht er in dem Moment gegeben, wenn sich der Staat zum Selbstzweck erhebt und seine Ziele vergißt. Daß Nietzsche darüber hinaus viel am Staat seiner Gegenwart auszusetzen hat, liegt an seinem solitären Standort: »Im Staate kann und darf nicht volle Willensfreiheit sein. Wer letzte Dinge zu sagen hat, muß außerhalb des Staates stehen, das ist sein Kennzeichen. Es ist sein Schicksal und, wo die Sterne zwingen, sein Untergang« (Ernst Jünger). Aber er ist besser geeignet als jeder, der in die Forderungen des Staates verstrickt ist, an die wahre Idee des Staates zu erinnern. ■

Abseits der Vormarschstraße

aus dem Kriegstagebuch Jochen Kleppers

Der Schriftsteller Jochen Klepper (1903–1942) war 37 Jahre alt, als er zum Nachschub eingezogen wurde, eine Grundausbildung absolvierte und – ohne je Feindberührung zu erleben – den Balkanfeldzug und den Vormarsch der 76. Infanterie-Division durch Bessarabien und die Südukraine mitmachte. Klepper war in Militärkreisen berühmt als Verfasser des Preußenromans Der Vater *und erhielt den Sonderauftrag, eine Nachschubgeschichte seiner Division zu verfassen. Es blieb bei einigen Prosaskizzen, denn Klepper wurde bereits im Oktober 1941 wieder entlassen, weil er mit der Jüdin Johanna Stein 1931 eine Ehe eingegangen war und dadurch als wehrunwürdig galt. Wir dokumentieren aus dem umfangreichen Tagebuch Kleppers drei Tage, die er in der für ihn typischen Weise aus Wahrnehmung, Reflexion und Urteil beschreibt.*

11. AUGUST/MONTAG · SUCHARJA WERBA

Verzettelter, morgendlicher Aufbruch. 40 Kilometer nach Sucharja Werba. Den neuen Orten gegenüber empfindet man schon gar keine Spannung mehr. Einer ist immer elender als der andere.

Bei dem raschen Vormarsch durch immer öder werdende Steppenlandschaft scheint nicht so heftig gekämpft worden zu sein; nur wenig Spuren: ein paar verlassene russische Feldküchen und Geschütze; und in Brand gesteckte, verkohlte Garben und Feldstreifen. Die Wege fürchterlich – an Erdrissen entlang, durch tiefe Gruben, übers Feld. Immer wieder an den Rumänen vorbei, die alles so erschweren.

Mittags in Sucharja Werba. Das ärmste aller armen Dörfer. Nur noch Lehmhütten, mit jenen Gras- und Sanddächern. Die Brunnen wasserarm. Mit ihren Schwengelbäumen wie Galgen in der Einöde. (In der Pußta gaben sie in ihrer Menge der leeren Landschaft einen skandierenden Rhythmus wie Noten.)

Zum erstenmal haben wir auf der Fahrt gefröstelt; dann wurde der Tag wärmer, regnerisch; Abendsonne.

Hier sind deutsche Bauern seit 170 Jahren angesiedelt. Denen hat der Sowjetstaat fast alles genommen; von dem Kollektivbesitz haben sie nur Last und Mühe und keinerlei Nutzen gehabt.

Nahe Gebiete lagen mittags noch unter Artilleriebeschuß. 3 Kilometer von uns soll ein Wolkenbruch gewesen sein; der Divisionsstab soll steckengeblieben sein.

Zweimal von russischen Fliegern überflogen. Schwacher, flüchtiger Abwehrbeschuß. Deutsche Jäger.

Da das Zusammenarbeiten von Kommandantur und Adjutantur – alle so nervös – im Bus räumlich einfach nicht möglich ist, haben wir uns eine der kleinen, leeren Lehmhütten eingerichtet: Schlafstätte, Küche, Arbeitsstube, mit Schulbank. Ali, »die Biene«, kocht schon wieder vom letzten Zucker Pudding für die an jedem Ort in alter Weise aus- und eingehenden Gäste.

Heute ist der zweite Teil der Ferntrauung von Dr. Braun, die Trauung der Braut. Man schlachtet fürs »Kasino«, schmückt mit Weinranken und Feldblumen, einer Fülle von Sonnenblumen, auf einer Truhe in Krügen, an den Türpfosten der Bauernstuben gebunden. Einfache Männer schmücken so naiv, reflexionslos – so schön.

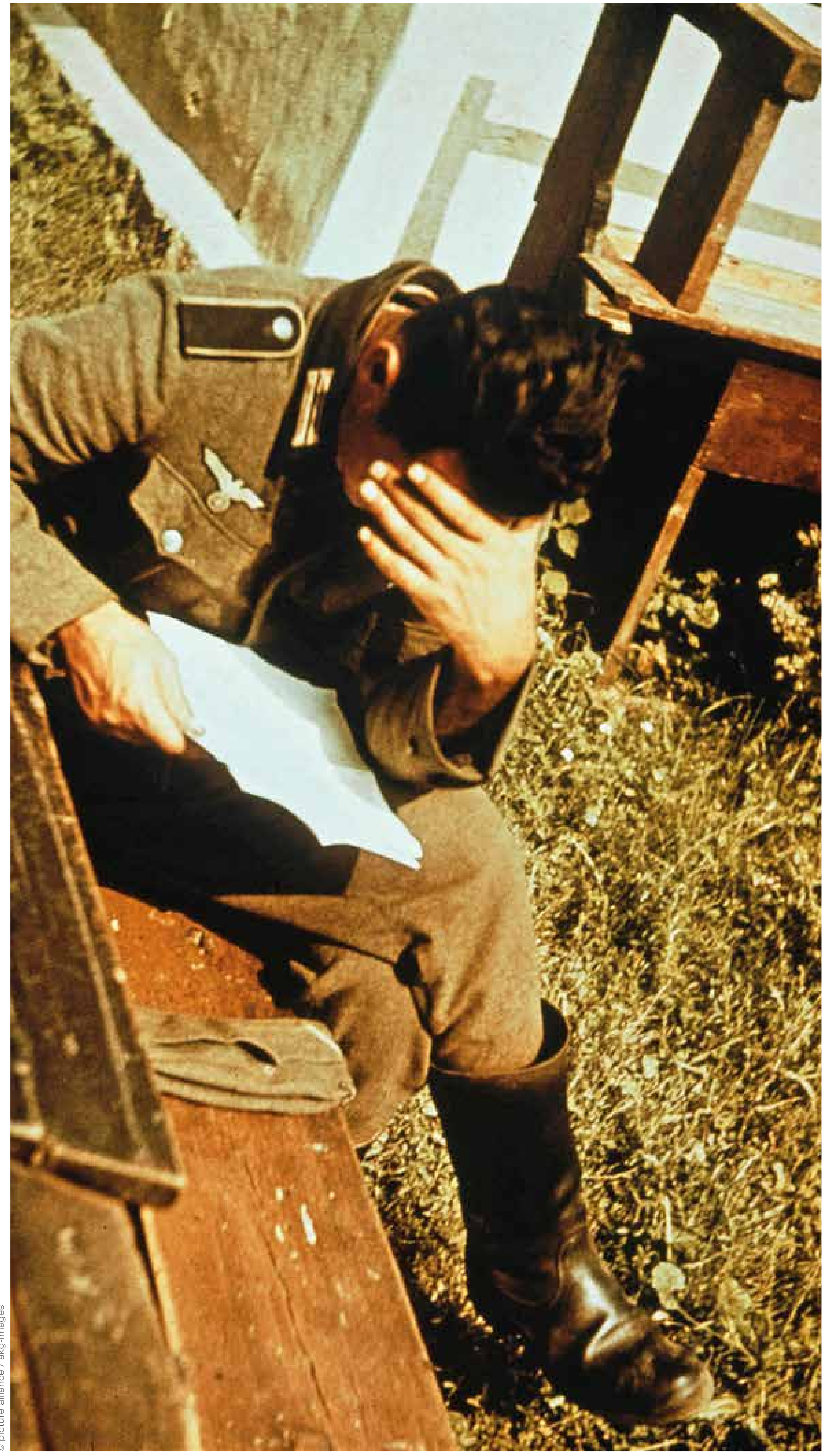
Das Getreide steht hier elend. Fast nur Weideland für Kühe. Sehr, sehr stark Steppencharakter.

Auch die Offiziere müssen sich nun mit den mit sehr viel Geschick der Burschen hergerichteten Lagern in Zelt und Scheune begnügen; auf manchem Bett sah ich den »Vater« bereitgelegt.

Besonders interessevoll, weil bei meinem Vortrag nicht dabei, unterhielt sich heute wieder der netteste aller Offiziere, Philologe, Hauptmann Alpes, z.b.V. und Stellvertretender Kommandeur, mit mir, wie ich ja überhaupt in all die zum Teil berechtigten Klagen über den Snobismus der Offiziere für meine Person nicht einstimmen kann.

Unsere Männer schicken viel Geld heim, weil sie nichts mehr mit Wehrsold und Frontzulage beginnen können.

Abendliche Skatrunde in dem »Büro«; in der Schlafstube fremder Unteroffizier, weither gekommen, ohne alles, als Schlafgast; in der »Küche« bei mir Werner Ewert, Harry und Jupp





zu Besuch. Wie es fast allabendlich notwendig ist, auch heute Mahlzeit und Lager für Durchgänger, Versprengte, Melder bereitzuhalten, macht mir als ein wichtiges Stück Fürsorge im Kriege viel Freude. Freilich auch da Blick in Abgründe, selbst wenn ein Mensch, nach und vor langer Steppenwanderung, für Nachtstunden auftaucht.

12. AUGUST/DIENSTAG · SUCHARJA WERBA – LICHTENFELD

In die erste Morgenfrühe schien der Mond. Der Morgen: Spätsommer, zarte kühle Sonne, Wind. Beim Frühstück im Hof entbehrten wir zum ersten Male nicht den sonst so geliebten Schatten eines großen Baumes. Hier sind keine Bäume. Hier ist eine Steppenöde. Und doch etwas von Dünenstimmung. Ein gefangener Russe hilft uns heute mit Abwasch und dem Wasserholen – das Wasser ist schmutzig, der Brunnen erschöpft – in unserem Adjutantenhäuschen. Immer wieder machen wir es uns heimisch und sauber, mit Energie und Geduld.

Erst nachdem ich alle die internen Spannungen beim Stabe, Mannschaften wie Offizieren, überblicke und mich zwischen ihnen unangefochten hindurchfinde, bin ich wohl ganz zugehörig. In unserer engsten, aus dem Bus vertriebenen Adjutanturfamilie mit ihren Schützlingen Walter Greiner, Ali Kerkau und Sanitätsunteroffizier Werner Kurz herrscht aber tiefster Friede. Das liegt weithin daran, daß Martin Ninas als der Dienststellenleiter dieselbe Einstellung zur »Schütte« hat wie ich. – Täglich werden uns (200) Gefangene gebracht; sie werden bis zur Weiterleitung bei uns freundlich und fürsorglich behandelt und zeigen sich nach dem ersten Augenschein gefällig und dankbar.

Unser Divisionsstab soll doch schon 20 Kilometer weiter sein, sonst aber werden nahe von uns endlose Wegverstopfungen gemeldet, und wir haben vorerst noch keinen Befehl zum Weitermarsch.

Ich habe nun zwangsläufig schon 160.– M gespart, da es nichts, nichts zu kaufen gibt; nirgends. Nur den Honig und das Geflügel bei den Bauern (manche unserer Soldaten requirieren es leider doch). Auch der Spritmangel soll ein Grund sein, daß wir noch nicht weiterkönnen.

Doch fuhren wir nachmittags 5 Kilometer weiter – es war sehr schön und sonnig geworden – nach dem großen, klar angelegten, wenn auch wenig schönen Dorfe Lichtenfeld, das noch von deutschen Siedlern bewohnt ist, die seit Generationen hier ansässig sind. Jedoch nichts Altertümliches. Bevölkerung mit süddeutschem Idiom; arm. 24 Männer von den Russen verschleppt. Die Lehrerin hat seit vier Jahren nichts von Mann und Kind gehört. –

Große, saubere Dorfschule mit zum Teil deutschsprachiger kommunistischer Bibliothek; z.B. »Soldat Schwejk«. IIa, wir von der Adjutantur haben die mittelgroße Physikklasse für uns als Büro und Schlafraum zur Verfügung – und den Brunnen vor der Tür, den Schulhof, verwildert,

für die Mahlzeiten; mehr wollen wir nicht. Im Gegensatz zum vorigen Ort hier wieder viel und sauberes Wasser. Bis auf eine Obstplantage vor dem Dorfausgang eigentümlich baumlos.

Umwölkter, sehr windiger Mittag und Nachmittag; heißer Spätnachmittag; klare Abendsonne in unserem nach Westen liegenden Physikzimmer.

Päckchen von Hanni, die immer noch das Unmögliche möglich zu machen wußte, zeigen, daß es in Berlin gar nichts mehr gibt: Lichterreste, altes Polohemd, Rasierlappen.

Major Eras hocherfreut über die neuen Lieder; das Nachschublied ihm gewidmet, das Lied vom Helm dem Adjutanten. Längere Unterhaltung mit Eras, der die Lieder morgen dem General mitnimmt.

Elektrische Lichtanlage, auch auf der Dorfstraße; funktioniert aber nicht.

Bevölkerung hilft einrichten; liest sich, recht schwerfällig, deutsche Zeitungen vor. Die deutsche Leistung trotz der Kollektivierung nicht zu verkennen.

Sehr eigentümlich, mit der Bevölkerung deutsch sprechen zu können; natürlich durften sie es nur in der Familie. Männer kommen uns im Büro mit Handschlag begrüßen, bringen uns Strohsäcke für die Nacht.

Wir finden hier die deutschen Übersetzungen der bisher aufgestöberten russischen Parteigeschichten.

Zerschlagenes Lenindenkmal. Immer Gips. Kinder singen abends für sich deutsche Lieder, die wir jedoch nicht kennen.

Großer, roter, herrlicher Sonnenuntergang.

Wir finden Gutscheine als Arbeitslohn, die nie eingelöst wurden.

Mit uns liegt Kasino und Zahlmeisterei in der Schule.

Für das Kollektiv Zwangsabgaben an Produkten in solcher Höhe, daß man seine letzte Habe verkaufen mußte, um die fehlenden Mengen zu beschaffen. Was einem gemäß der Rationierung zustand, wurde einem nicht verkauft und ging in den Schleichhandel, der ganz in den Händen harter Juden war wie der Handel überhaupt. In der Stadt Anstehen zu Tausenden um ein paar Meter Stoff; bei den Schlägereien darum kam es oft zu Todesfällen. Kein Haß der Volksdeutschen gegen die russische Bevölkerung – nur gegen Regierung, Partei und Juden furchtbare Verbitterung (nur alte Kleider zu Wucherpreisen).

Wir hören von der großen Not des feindlichen Heeres, das hier durchkam: Hunger und planloses Rückgehen. Man weiß nichts mehr von den anderen.

Aber die immer wiederkehrende, wichtigste Klage, den Menschen noch viel wichtiger als das Materielle: »Wir haben Gott verleugnen müssen –«. »Nie mehr Kirche!« »Wir durften kein Gesangbuchlied singen.« – »Wo sind unsere Geistlichen hingekommen – ?!«





Den ganzen Abend über Volksdeutsche bei uns, die uns erzählen. Noch etwas ungläubig, ob es ihnen nun besser gehen wird. Schöne Frauenköpfe, aber so verhärmt; arme, ordentliche Kleidung. Viel Lebensart. Auch Intelligenz.

Sehr seltsam, als zu diesen Gesprächen die Kerzenreste von Advent und Geburtstag brannten, die Hanni mir bei dem Lichtermangel sandte.

Hier wird nun von den Dörflern Tee getrunken. Aber nur von dem, was in ihren Gärten wächst.

Kurzer Abendspaziergang mit Ninas und Greiner durchs dunkle Dorf unter den Sternen. Überall Landser und Bevölkerung in der Unterhaltung. Die Landser hatten vom Bauernelend keine Vorstellung gehabt, unsereins ja.

Tiefer Schlaf.

13. AUGUST/MITTWOCH · RASTATT

Um 10 Uhr früh wieder weitergezogen. Früh halfen uns die junge Lehrersfrau und eine Bäuerin beim – wieder einmal blitzsauberen – Abwasch; hoffend, noch ein wenig ungläubig nahm man unsere Kreditkassenscheine hier als Präsent, dort als Bezahlung entgegen: für Honig, Eier, Milch, Tomaten, mit denen wir, samt einer köstlichen süßen Suppe, Frühstück hielten im Schulhof.

Der früheste Morgen war von zarter Kühle und klarem Leuchten gewesen, dann wurde die Sonne immer stärker; glühender Steppenaugust. In diesem Dorf waren wir abseits der Vormarschstraße gewesen, in die wir nun wieder einbogen. Die saubere und arm gekleidete Bevölkerung winkte uns freundlich zum Abschied.

Heiße, öde Fahrt. Durch Zelte in kahler Schlucht sehr starke Erinnerung an Expeditionsstraßen etwa in Tibet. Nur einmal ein Schloß aus der Jahrhundertwende und ein Park.

Spuren des Kampfes: kaputte, umgestürzte LKWs; einige tote Pferde; wenige Ruinen, von denen man nicht einmal weiß, ob der Krieg in diesen Tagen sie schuf; LKW mit halbverbranntem Russen davor; niedergebrannte Feldstreifen.

Mit anderen Einheiten und anderem Stab liegen wir nun in Rastatt (wie München, Leipzig usw. Dorf). Ärmer und kleiner als das gestrige. Die Leute haben von allem nur ein Stück. Beschaffung der Tische, Stühle, Betten für die Offiziere macht viel Mühe. Überhaupt das tägliche Packen, Räumen. Frauen aus dem Dorf säubern uns das »Kontor« der Partei. Nun ist's ein ziemlich sauberes, geeignetes Bürogebäude für unser Ib und IIa, Kommandantur und Adjutantur geworden, mit Schlafraum für die Melder und einsamen Schützlinge und Wirtschaftsraum. Männer bringen uns Stroh, Frauen Milch und wunderbares Brot, wie hohe Napfkuchen, und Eier. Bevölkerung ist erst von der Flucht zurückgekehrt. Kein noch so minimaler russischer Sprachanklang. Aber Herkunft der Vorfahren müssen wir aus Dialekt und Namen der Orte schließen: die Heutigen wissen es nicht mehr. Ein Mann erzählt mir, daß ihm zwei kleine Kinder verhungert sind. – Vor vier Tagen waren noch die Russen hier. Zur Arbeit kamen wir erst vom Nachmittag an. Es heißt, daß wir hier ein paar Tage bleiben sollen.

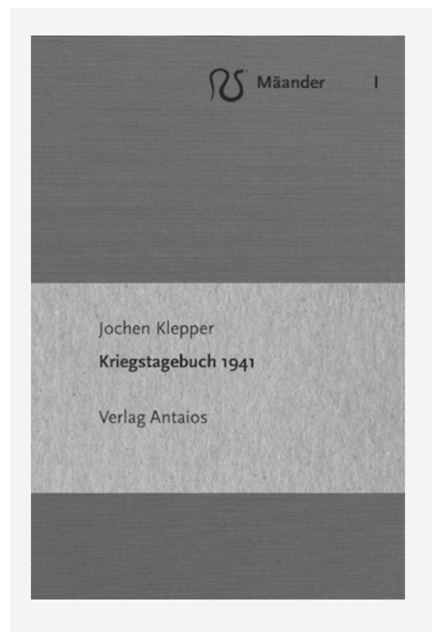
Beim Vorbeifahren bei einer Panjekolonne Heinz Hinze gesehen, der wohl und munter aussah; es mag ihm aber doch schmerzlich gewesen sein.

Torsos von dachlosen Lehmrundmühlen in holländischer Art und kleinen quadratischen Fensterlöchern. Seltsamerweise verstärken sie den Eindruck: Tibet. Wie einsame Wachtürme. Die Brunnen wie Galgen.

Heißes Nachmittagsgewölk. Staub. Kein großes Vormarschtreiben.

Kruzifixe von der Bevölkerung wieder hervorgeholt, oder nie verschwunden?

Zum Mittagbrot in dieser Woche Kalbsbraten, Schmorbraten, Schweinebraten – alles das beste, zarteste Fleisch. Aber wir sind wie versessen auf Gemüse. Was bedeutet uns das kostbare Brot! Und Milch, wie man sie nicht einmal mehr in Erinnerung hatte.



Kleppers Kriegstagebuch 1941 *erscheint bei Antaios als Band 1 der neuen Reihe* Mäander, *mit Anmerkungen versehen von Erik Lehnert und einem Nachwort von Götz Kubitschek. Diese Reihe ist nicht für den Buchhandel vorgesehen, sondern ausschließlich bei Antaios selbst erhältlich.*

Wie einem das vorkommt: daß uns wieder mit heißem Wasser und sauberem Handtuch abgewaschen und Wäsche sogar gebügelt wird. Und da wir nun so viel Wäscherinnen und etwas, wenn auch schlechte, Beuteseife haben, können wir uns auch mitten in der Woche noch einen zweiten Wäschewechsel gestatten. Es ist eben sofort wie eine Berührung mit Deutschland.

Noch sechs Stunden Autofahrt, und wir wären am Schwarzen Meer. Doch werden wir es sehen? Oder parallel daran vorbeifahren, nach dem alten Landsermotto, daß es »Brei regnet, und wir keinen Löffel da haben«? – Landung eines Flugzeuges auf der Dorfstraße. ■

Katholische Soziallehre

von Moritz Scholtysik

Spätestens mit den wirtschaftlichen Verwerfungen durch die Corona-*Lockdowns* kehrt die soziale Frage ins politische Bewußtsein zurück. Allerdings mangelt es gerade auf diesem Feld vielen Vertretern der parteipolitischen Rechten an einem geistigen Fundament und einem positiven Gegenentwurf zu den herrschenden Verhältnissen. Selbst grundsätzliche Auseinandersetzungen um die soziale Frage bewegen sich meist nur innerhalb des Dualismus von liberalem Kapitalismus und sozialer Marktwirtschaft samt starkem Eingriffsrecht durch den Staat. Es wird diskutiert, ob man nun »mehr Markt« oder »mehr Staat« wagen müsse und somit unentwegt zwischen den beiden Polen der liberalen Moderne gependelt. Deren Postulat von der Unabhängigkeit des Menschen von Gott, Volk, Heimat, Familie und Geschlecht hat jedoch über Jahrtausende gewachsene Gesellschaftsordnungen zerstört und an ihre Stelle ein verheerendes Wechselspiel von Ideologien gesetzt.

Die tiefgreifenden Umwälzungen im Zuge der Französischen Revolution, des Zusammenbruchs des Heiligen Römischen Reiches und der Industrialisierung veranlaßten katholische Gelehrte im 19. Jahrhundert dazu, die geistigen Grundlagen der vormodernen europäischen Gesellschaften wiederzubeleben und neu zu begründen. Dies war die Geburt der katholischen Sozialwissenschaft oder Sozialethik. »Sie gründet auf einem Fundament, das in der Ewigkeit verankert ist. Sie baut eine neue, oder vielleicht besser gesagt, die uralte, aber in Vergessenheit geratene Ordnung auf. Die vom Schöpfer in die Welt hineingelegte Ordnung, […] das objektive vorgegebene Sein ist die Zentralidee der kirchlichen Soziallehre« (Emil Muhler). Ihre Intention war nicht, Neues zu erfinden, sondern an Bewährtes anzuknüpfen und daran zu erinnern, was Europa begründet und aufgebaut hatte. Daher beriefen sich die Soziallehrer auf die praktische Erfahrung katholischer Gemeinwesen sowie antike und christliche Werke über das menschliche Zusammenleben, vor allem von Aristoteles, Augustinus und Thomas von Aquin. Zentral ist überdies das klassische Naturrecht, aus dem der Anspruch folgt, für alle Menschen zu gelten. Jedoch geht es der katholischen Soziallehre nicht um die Errichtung eines sowieso nicht möglichen irdischen Paradieses, sondern darum, die aufgrund der christlichen Heilsordnung bestehenden Ordnungsstrukturen der menschlichen Gesellschaft darzulegen und anzuwenden.

Die Grundpfeiler, um die sich herum die katholische Soziallehre durch Forschungsinstitutionen, Verbände, Hilfswerke, Autoren und Politiker aufbaut, sind die päpstlichen Sozialenzykliken. Unter diesen stechen *Rerum novarum* (1891), *Immortale Dei* (1885) und *Libertas praestantissimum donum* (1888) von Leo XIII. sowie *Quadragesimo anno* (1931) von Pius XI. hervor. Im deutschsprachigen Raum waren Zahl und Einfluß der katholischen Sozialethiker groß. Ihr Wirken fand auch Eingang in die Praxis. So gründete etwa der Priester Adolph Kolping 1850 den Katholischen

»Wenn wir gegen diesen Liberalismus kämpfen, dann kämpfen wir für alle Güter, die uns das Christentum gebracht hat, nicht nur für die ewigen, auch die zeitlichen […]. Dieser Kampf ist das erhabenste Ziel für hochherzige, christliche Jünglinge, die sich für ihre Lebensaufgabe vorbereiten. O, möchte Gott viele unter ihnen für diesen Kampf mit heiliger Begeisterung erfüllen! Dieser Kampf ist eine große Aufgabe für jeden deutschen Mann, der sein Vaterland liebt.«

Wilhelm Emmanuel von Ketteler: *Liberalismus, Sozialismus und Christentum*, S. 186.

Gesellenverein und ein Gesellenhospiz zur Versorgung von Handwerkern auf Wanderschaft. Der »Arbeiterbischof« Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler war 1870 Mitbegründer der Zentrumspartei und später der katholischen Arbeitervereine. Der Jurist Karl Freiherr von Vogelsang gab ab 1878 die spätere *Monatsschrift für christliche Sozialreform* heraus und organisierte einen einflußreichen Studienkreis in Wien. Der Priester Franz Hitze war Abgeordneter des Zentrums, 1890 Mitbegründer des Volksvereins für das katholische Deutschland und ab 1893 in Münster der erste deutsche Professor für Christliche Gesellschaftslehre.

Die Themenfelder und die Arbeitsgebiete dieser und anderer Autoren sind vielfältig, beispielsweise Entproletarisierung, Armenfürsorge, Lohngerechtigkeit, Eigentumsbildung und internationale Zusammenarbeit. Trotz unterschiedlicher Nuancierungen von Inhalt und Begrifflichkeiten beziehen sich die Autoren dabei stets auf die gleichen sozialethischen Prinzipien. Um heute ganzheitliche und naturrechtlich fundierte Antworten auf die neue soziale Frage geben zu können, werden im folgenden drei zentrale Prinzipien einführend erläutert. Alle Prinzipien sind dem Namen nach aus politischen Diskussionen bekannt, allerdings inhaltlich ausgehöhlt und ihrer ursprünglichen Bedeutung beraubt. Um so wichtiger, diese wieder in Erinnerung zu rufen und zu betonen, daß sie einander notwendigerweise ergänzen.

»Nur der föderative Aufbau entspricht demgemäß christlichem Denken, das an der sozialorganischen Idee orientiert ist und jeglichen liberalistischen und sozialistischen Zentralismus, der zu Majorisierung, Bürokratisierung und Diktatur zu führen pflegt, mit Rücksicht sowohl auf prinzipielle Bedenken als auch auf üble Erfahrungen strikt ablehnt.«

Otto Schilling: *Christliche Gesellschaftslehre,* S. 103.

Das Gemeinwohl *(bonum commune)* ist das Ziel einer jeden Gemeinschaft, nach dem die Glieder dieser Gemeinschaft ihr Handeln ausrichten. Gemeinwohl und Gemeinschaft bedingen einander in ihrer Existenz. Das Ziel muß in sich gut und allen Gliedern gemein sein, also nicht Partikularinteressen dienen. Zudem wird das Ziel von der Natur des Menschen bestimmt. Anders ausgedrückt: Das gemeinschaftliche Sollen ergibt sich aus dem naturhaften Sein. Darin zeigt sich ein fundamentaler Unterschied zu subjektivistischen oder konstruktivistischen Konzepten sowie die Notwendigkeit einer Autorität, die das Ziel der jeweiligen Gemeinschaft sichert: vom Familienvater über den Unternehmer, Offizier und Priester bis zum Staatsoberhaupt. Die letzte und höchste Autorität jedoch, »die den Sinngehalt sicherstellt, kann nur dort sein, wo dieser Sinngehalt gesetzt wird« (Manfred Hättich), nämlich im Schöpfer.

Konkret ist das Gemeinwohl der »Inbegriff aller Voraussetzungen (Vorbedingungen) und Veranstaltungen (Einrichtungen) allgemeiner oder öffentlicher Art, deren es bedarf, damit die einzelnen als Glieder der Gesellschaft ihre irdische Bestimmung zu erfüllen und durch Eigentätigkeit ihr irdisches Wohlergehen erfolgreich selber zu schaffen vermögen« (Oswald von Nell-Breuning). Das Gemeinwohl ist dabei mehr als nur die Summe der Einzelwohle, nämlich die »Erhöhung des einzelnen durch Kooperation« (Muhler). Es ist kein materieller Wert, sondern ein sozialer Gleichgewichtszustand zwischen den verschiedenartigen Mitgliedern der Gesellschaft.

Auch wenn jede Gemeinschaft ein Gemeinwohl besitzt, ist meist vom Gemeinwohl des Staates die Rede, denn dieser ist die grundlegende politische Ordnung eines Volkes und umrahmt dessen kulturelles Schaffen. Als höchste weltliche Autorität umfaßt der Staat die Gemeinwohle der ihm zugeordneten Gemeinschaften. Er muß die nötigen äußeren Bedingungen schaffen, wie zum Beispiel den Frieden erhalten und das Handeln aller Gemeinschaften auf das Gemeinwohl hinordnen. Das Gemeinwohl des Staates besteht also im »Gesamt der Einrichtungen und Zustände, die es dem Einzelmenschen und den kleineren Lebenskreisen ermöglichen, in geordnetem Zusammenwirken ihrer gottgewollten Sinnerfüllung (der Entfaltung der Persönlichkeit und dem Aufbau der Kulturbereiche) zuzustreben« (Joseph Höffner).

Diese Formulierung deutet ein weiteres Prinzip an: die Subsidiarität. Dieses Prinzip entspringt der Kardinaltugend der Gerechtigkeit *(suum cuique)* und besagt, daß jede Gemeinschaft und die darin organisierten Personen Aufgaben besitzen, die ihnen von Natur aus eigen sind und das Recht begründen, diese Aufgaben eigenverantwortlich zu erfüllen. Die in der Hierarchie des Sozialgefüges höherstehende Institution oder Person darf nur in dem Falle und Maße eingreifen, in dem diese eigene Aufgabe nicht erfüllt werden kann. Die höhere soll dabei der niedrigeren Instanz helfen, ihre von Natur aus zukommenden Aufgaben selbst erfüllen zu können. Ein Beispiel ist das Verhältnis von Staat und Familie. Der Staat muß der Familie ermöglichen, eigenständig zu leben, etwa in finanzieller Hinsicht, aber vor allem in der Erziehung der Kinder. Eingreifen darf der Staat

nur in Form ersatzweiser Hilfestellung. Zwischen den Ebenen besteht dabei ein Abhängigkeitsverhältnis, das den organischen Aufbau von Gesellschaft und Staat ermöglicht. Damit diese wechselseitige Beziehung nicht verletzt wird, müssen die Grenzen der jeweiligen Zuständigkeit berücksichtigt werden.

Hier kommt das dritte Prinzip, die Solidarität, zum Vorschein. Sie beschreibt das gemeinsame Hinwirken von Personen und Gemeinschaften auf das Gemeinwohl. Dieser Vorgang wird durch eine Autorität und deren Gesetz geregelt und gesichert, wobei dies nicht notwendigerweise der Staat sein muß, sondern auch eine kleinere Gemeinschaftsform sein kann. Das Besondere am Solidaritätsprinzip ist die gleichzeitige Berücksichtigung und Betonung der Personal- und Sozialnatur des Menschen. Auch wenn die Gemeinschaft mehr als nur die Summe ihrer Mitglieder ist, bilden Personen die Substanz der Gemeinschaft und müssen in ihrer Eigenständigkeit geschützt werden. Zugleich kann das Einzelwohl nur in Gemeinschaft verwirklicht werden. Individuen und Gemeinschaften bilden ein natürliches Ganzes und stehen in einer ontologischen Beziehung zueinander, die ihnen wechselseitige Verpflichtungen auferlegt.

»Wenn die zentralistische Planwirtschaft im kommunistischen Bolschewismus zur Versklavung und Vermassung der Menschen führt, so bewirkte die liberale Marktwirtschaft des Kapitalismus die Zerreißung der Gesellschaft in zwei gegensätzliche Klassen, in die Klassen von Kapital und Arbeit, die verschiedene Interessen anstreben und deshalb einander entgegengesetzt und zu Feindseligkeiten und Streitigkeiten geneigt sind.«

Jakob Fellermeier: *Abriß der katholischen Gesellschaftslehre,* S. 174.

Diese Wechselbeziehung hat zur Folge, daß, wenn einer der beiden Pole überbetont wird, sowohl Einzelpersonen als auch Gemeinschaft darunter leiden und im schlimmsten Fall zerstört werden. An die Stelle der solidarischen und subsidiär gegliederten Gemeinschaft tritt dann eine diffuse Masse isolierter und unterdrückter Individuen. »Damit sind sowohl der Individualismus, der die Sozialnatur des Menschen leugnet und in der Gesellschaft nur einen Zweckverband zum mechanistischen Ausgleich der Einzelinteressen sieht, als auch der Kollektivismus, der den Menschen seiner Personwürde beraubt und zum bloßen Objekt gesellschaftlicher, vor allem wirtschaftlicher Prozesse erniedrigt, als gesellschaftliche Ordnungsprinzipien abgelehnt.« (Höffner)

Auf Basis von Gemeinwohl, Subsidiarität und Solidarität zieht sich eine tiefgreifende Kritik an liberalem Kapitalismus und marxistischem Sozialismus durch die Werke der katholischen Soziallehre. Diese Kritik ergibt sich aus der scharfen Verurteilung ihres »gemeinsamen Vaters« (Muhler), dem Irrtum des Liberalismus, der aufgrund seines grenzenlosen Freiheitsbegriffs die Trennung der Wirtschaft von Naturrecht und Religion fordert. Die Wirtschaft ist jedoch kein »Mechanismus, der nach ehernen Naturgesetzen abläuft, sondern ein zweckbezogenes Ordnungsgefüge«, somit »braucht es eine höhere Lenkung, die zwar die Wirtschaft in ihrer eigenen Gesetzmäßigkeit beläßt, sie aber doch zugleich ihrer inneren Bestimmung zuführt« (Fellermeier). Dementsprechend wenden sich die Sozialethiker einerseits gegen die Anonymität und die Dominanz des Kapitals gegenüber der Arbeit, die Ausbeutung des Arbeiters, die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und die Profitgier. Andererseits gegen Zentralismus, die Zerstörung des Privateigentums, die Unterdrückung von Eigenverantwortung und Privatinitiative und die völlige Abhängigkeit des einzelnen und kleiner Gemeinschaften vom Staat.

»Klassen trennen sich im ›Verdienst‹, Stände einigen sich im ›Dienst‹. Klassen sind kausal orientiert, Stände final. Klassen gehen waagerecht, horizontal durch die Gesellschaft hindurch, Stände bauen sich senkrecht – hierarchisch auf. Klassen entstehen durch Besitz oder Nichtbesitz von Materie, Stände verdanken ihr Entstehen menschlichen Handlungen.«

Emil Muhler: *Die Soziallehre der Päpste,* S. 327.

Als Ausweg stellen die katholischen Sozialwissenschaftler die berufsständische Ordnung vor, die als Gliederung der Gesellschaft nach Berufszugehörigkeit und in Form von Leistungsgemeinschaften beschrieben wird. Ein Berufsstand ist eine selbständige Körperschaft öffentlichen Rechts, bestehend aus verschiedenen Berufen, die gemeinsam an der gleichen Leistung arbeiten. Darunter können materielle Produkte, Dienstleistungen oder geistig-kulturelle Güter fallen. Die Organisation in Berufsständen soll die Spaltung von Arbeit und Kapital in Klassen verhindern, die »Kompetenzen des intermediären gesellschaftlichen Bereichs zwischen Individuum und Staat« stärken und »den Staat zugunsten seiner originären Funktionen als Rechtsgemeinschaft und seiner Gemeinwohlaufgabe« (Alois Baumgartner) entlasten. Die Aufgaben der Berufsstände können daher Richtlinien für berufliche Aus- und Weiterbildung, Vergabe der Berufszulassung, Stellenvermittlung, Regulierung von Löhnen und Preisen sowie soziale Absicherung der Mitglieder in Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Berufsunfähigkeit sein. Durch die Übertragung dieser Aufgaben auf die Berufsstände werde der Vorrang des Politischen vor dem Wirtschaftlichen sichergestellt, Staatsausgaben würden gesenkt, Bürokratie werde abgebaut und der soziale Aspekt aufgrund persönlicher und beruflicher Nähe erhöht. Der Staat ist dabei die einende Klammer der einzelnen Berufsstände. Weder aber ist

der Staat ein eigener Stand, noch sind die Berufsstände staatliche Organe. Das heißt, die Eigenständigkeit der Berufsstände gegenüber dem Staat bleibt gewahrt, ihr Handeln wird jedoch unter Berücksichtigung von Subsidiarität und Solidarität auf das Gemeinwohl hin ausgerichtet. Die Wahrung einer naturgemäßen Ordnung ist insofern der Zweck berufsständischer Wirtschaftspolitik.

In den 1950er Jahren wurde das Konzept der berufsständischen Ordnung allerdings zunehmend zugunsten der sozialen Marktwirtschaft aufgegeben. Auch die Übernahme liberaler und damit von der Kirche verurteilter Ideen im Zuge des Zweiten Vatikanischen Konzils machte vor den Soziallehrern nicht Halt: Viele gaben das Naturrecht als philosophische Grundlage auf. Eine Anpassung an den Zeitgeist setzte sein, sie mündete in totale Beliebigkeit und führte dazu, daß man die katholische Soziallehre heute fälschlicherweise mit den globalistischen Ideen von Papst Franziskus assoziiert.

Modelle wie die berufsständische Ordnung wurden dagegen nicht weiterentwickelt. Eine Debatte findet derzeit nicht statt. Auch nicht im Rahmen der wenigen katholischen Denkfabriken, die sich weiterhin auf das Naturrecht beziehen, wie zum Beispiel das Bonner Institut für Gesellschaftswissenschaften Walberberg oder die Wiener Johannes-Messner-Gesellschaft. Denn diese können sich bisher nicht von ihrer christdemokratischen Prägung lösen und bleiben daher einem nicht zukunftsfähigen Strukturkonservatismus verhaftet. Eine größere Offenheit diesbezüglich gibt es etwa in Frankreich um die Organisation Civitas oder in den USA, wo über die Möglichkeit eines »katholischen Integralismus« diskutiert wird. Dennoch lohnt sich auch hierzulande der Versuch, die unverfälschte katholische Soziallehre erneut aufzugreifen. Die berufsständische Ordnung ist ein positiver, ganzheitlicher Gegenentwurf zu modernen Gesellschaftstheorien. Er beruht auf dem Naturrecht, läßt den Dualismus von Kapitalismus und Sozialismus hinter sich und befördert das Zusammenwirken der gesellschaftlichen Interessen auf das Gemeinwohl hin. Die katholische Soziallehre bietet die Möglichkeit, der heutigen gesellschaftlichen Spaltung und Vereinsamung, der Ausgrenzung der *Somewheres* (David Goodhart), der Globalisierung und dem *Outsourcing* von Arbeit und Kapital sowie dem Niedergang ländlicher Räume entgegenzuwirken. Zudem könnten in der berufsständischen Ordnung aktuelle Ansätze zu einer fruchtbaren Synthese zusammenfinden: ein starker, aber auf seine Kernaufgaben beschränkter Ordnungsstaat (Dimitrios Kisoudis), eine durch lokale Gemeinschaften getragene »nachbarschaftliche Marktwirtschaft« (Felix Menzel) und eine auf das Gemeinwohl ausgerichtete Wirtschaftspolitik im »Solidarischen Patriotismus« (Benedikt Kaiser). Zugleich muß diesen gegenüber betont werden, daß Parteiprogramme, Staatshilfen oder Unternehmensinitiativen die soziale Frage nicht werden lösen können. Ebenso bedarf es des organischen Aufbaus lokaler und nachhaltiger Strukturen aus Kirche, Familien, Vereinen und Genossenschaften, wofür teilweise auch an zeitgenössische Konzepte wie Bioregionalismus, Solidarischer Landwirtschaft oder *Transition Towns* angeknüpft werden kann. Diese Strukturen können sich ideell, strukturell und materiell in der Umsetzung der katholischen Soziallehre gegenseitig unterstützen, ohne dabei den disruptiven Mechanismen globalisierter Wirtschaft zum Opfer zu fallen oder der Versuchung zu erliegen, sich den Staat zur Beute zu machen. Die räumliche Nähe begünstigt die Wiederherstellung eines Gemeinsinns als grundlegende Voraussetzung und läßt die Soziallehre in ihrer konkreten Praxis erfahrbar werden. Darüber hinaus steht eine solche Entwicklung in enger Wechselbeziehung mit einer sittlichen Erneuerung, die zur Verwirklichung der anspruchsvollen Ideale Gemeinwohl, Subsidiarität und Solidarität mehr denn je notwendig ist.

In diesem Sinne forderte Papst Pius X. in *Il fermo proposito* (1905) die katholischen Laienverbände zur »praktische[n] Lösung der sozialen Frage gemäß den christlichen Prinzipien« auf und mahnte an, sie sollten »von echter Frömmigkeit, mannhafter Tugend, reinen Sitten und so untadeligem Lebenswandel [sein], daß sie allen ein wirkungsvolles Beispiel geben können.« ■

Pius X.

Literaturhinweise:

Jakob Fellermeier: *Abriß der katholischen Gesellschaftslehre,* Freiburg 1956;

Joseph Höffner: *Christliche Gesellschaftslehre,* Kevelaer 1962;

Erwin Iserloh (Hrsg.): *Bischof Ketteler in seinen Schriften,* Mainz 1977;

Alfred Klose (Hrsg.): *Johannes Messner, 1891–1984* (= *Beiträge zur Katholizismusforschung*), Paderborn 1991;

Emil Marmy (Hrsg.): *Mensch und Gemeinschaft in christlicher Schau,* Freiburg i. d. Schweiz 1945;

Emil Muhler: *Die Soziallehre der Päpste,* München 1958;

Josef Pieper: »Thesen zur Gesellschaftspolitik. Die Grundgedanken der Enzyklika Quadragesimo anno«, in: Berthold Wald (Hrsg.): *Josef Pieper. Frühe soziologische Schriften,* Hamburg 2004;

Anton Rauscher (Hrsg).: *Gustav Gundlach, 1892–1963 (= Beiträge zur Katholizismusforschung),* Paderborn 1988;

Otto Schilling: *Christliche Gesellschaftslehre. Sozialistische oder christliche Kultur?* München 1949;

Eberhard Welty: *Herders Sozialkatechismus* (Bd. 1–3), Freiburg i. Br. 1951–1958.

Verwundbarkeit

von Caroline Sommerfeld

Am 3. Juni 2020 lancierte das World Economic Forum (WEF) ein anderthalbstündiges Video, titelnd »The Great Reset«. In den ersten Minuten wird die Richtung unmißverständlich klar: »Our world has changed«, heißt es, unsere Welt habe sich gewandelt, als wäre dieser »Wandel« der Lauf der Natur. Auffällig ist, daß bestimmte beklemmende Elemente (Schutzmasken, Videokonferenzen, Dekontamination, zwei durch eine Glasscheibe getrennte Alte etc.) bereits oktroyierte Maßnahmen darstellen, die aber durch schnelle Schnitte mit Katastrophenbildern vermischt werden. Der Satz »our fragilities exposed« (»unsere Zerbrechlichkeiten haben sich gezeigt«) wird eingeblendet. Die »fragility« changiert in der Bildsprache dieses Propagandafilms zwischen Naturkatastrophe und menschengemachtem Leiden.

Fragility und *vulnerability* (Verwundbarkeit) sind in den letzten Jahren aus der Erdbebenwissenschaft, in welcher sie tektonische Schwachstellen und katastrophenversorgungstechnische Diagnosekriterien bezeichnen, in inzwischen unzählige sogenannte humanwissenschaftliche Diskurse eingewandert. Unter Berufung auf die postmodernen Philosophen Emmanuel Lévinas und Judith Butler kommt man in einer kultur-, gender- oder minderheitenkundlichen Fachpublikation gegenwärtig kaum mehr um »Verwundbarkeiten«, »Fragilitäten« (beides im Plural billiger) und »Vulnerabilitätsdiskurse« herum.

Der Weltklimarat (IPCC) definiert »Vulnerabilität« als Anpassungsfähigkeit von betroffenen Systemen, Regionen oder Gruppen, mit den Folgen und Risiken des Klimawandels zurechtzukommen. Die notorische Wikipedia präsentiert einen Textbaustein, der in allerhand abrufbare fach- und laientheologische Statements eingefügt wurde: »In der christlichen Theologie wird Vulnerabilität derzeit zu einem Schlüsselbegriff entwickelt. So wird in gesellschaftsrelevanten Themen wie Migration, Armutsbekämpfung, Widerstand gegen Rechtsextremismus, sexueller Mißbrauch an Minderjährigen, Überwindung von Gewalt und Engagement für Menschenrechte eine neue Anschlußfähigkeit gewonnen.«

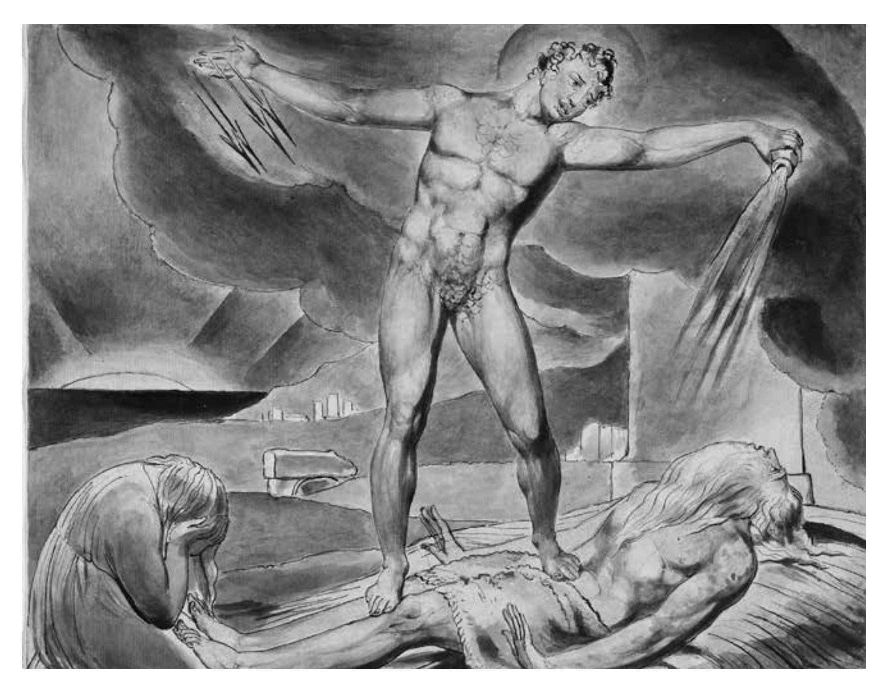
Was haben Lévinas und Butler da angerichtet? Lévinas beschloß, nach dem »Holocaust« könne, ja dürfe es kein abendländisches Subjekt mehr geben. Der Mensch sei als Individuum nicht frei (er spricht diesbezüglich sogar von einer anmaßenden »Totalität der Freiheit«), sondern immer nur im »Anderen« existent. Was zunächst Grundzug jeglicher Phänomenologie ist, von Heideggers Kritik am modernen »Rumpfsubjekt« über Ferdinand Ebners Phänomenologie der Begegnung mit dem »Du« (die er vor Martin Buber ausgeführt hat) bis zu Maurice Merleau-Pontys »Zwischenleiblichkeit« des Menschen, wird bei Lévinas moralisch aufgeladen. Der Mensch ist stets »angeklagt« als Person, die »schuldig« bleibt, weil sie den unendlichen ethischen Ansprüchen des »Anderen« nie genügen kann. »Die beste Art, dem Anderen zu begegnen, liegt darin, nicht einmal seine Augenfarbe

»Billionaire philanthropist Bill Gates says he is crossing his fingers that a deadly flu epidemic does not strike in the next 10 years because the world is ›a bit vulnerable right now‹.« (»Der Milliardär und Philanthrop Bill Gates sagt, er drücke die Daumen, daß uns innerhalb der nächsten zehn Jahre keine tödliche Grippe heimsucht, denn die Welt ist im Moment noch ein bißchen verletzbar«.)

www.bbc.com vom 30. Dezember 2016.

zu bemerken«, schreibt er und zielt damit auf die »inkommensurable« Existenz des »Anderen«, die man im selben Akt vergewaltigt, foltert und verwundet, indem man ihn mit rationalen Kategorien wahrzunehmen wagt.

Nach Judith Butler hinwiederum sind wir Wesen, deren Körper verletzbar und sterblich sind *(vulnerable)*, weshalb der menschliche Körper die moralische Grundlage der Ethik bildet (gemessen an Kant und der gesamten christlichen Tradition ist diese Begründung völlig unzureichend, gemessen an Humes Gefühlsethik und derjenigen des Utilitarismus ist sie nur einen Zacken hochgedreht). Doch nicht jeder Mensch ist gleichermaßen verwundbar: äußere Ereignisse (Hungersnöte, Krieg, Umweltverschmutzung, Klimawandel) und »vorenthaltene Anerkennung der Vulnerabilität« (Butler nennt dies »precarity«), etwa durch rassistische Vorurteile oder paternalistische Behandlungsweisen von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, erzwingen nach Judith Butler egalitäre Verteilung von »food, shelter, work, medical care, rights of mobility and expression, protection against injury and oppression« (»Nahrung, Obdach, Arbeit, medizinische Versorgung, das Recht auf Freizügigkeit und freie Selbstdarstellung, Schutz vor Ungerechtigkeit und Unterdrückung«).



Die Prüfung des Hiob: Satan schüttet die Plagen über Hiob aus (William Blake).

Hier wird die Wurzel des »Vulnerabilitätsdiskurses« in der postmodernen Ethik erkennbar. Daß Sozialwissenschaften, Ökonomie und schließlich auch die globalistische Ideologie solcherart ethische Begründungen zusammenspannen mit einer höchst konkreten politischen Agenda (Leon Wilhelm Plöcks nennt just diesen Zusammenhang in seinem *kaplaken* die »Allianz«), weist darauf hin, wie die Vulnerabilitätsethik politisch umgesetzt wird. Richard Rorty, hier nun als Dritter im Bunde der postmodernen Ethiker angeführt, definiert in seinem Hauptwerk *Kontingenz, Ironie und Solidarität* (1989) Linke *(liberals)* als solche Leute, die »mehr Angst hätten davor, grausam zu sein, als vor irgend etwas anderem«. Die Vulnerabilitätspolitik sitzt genau diesem fundamentalen Irrtum auf: Verletzung vermeiden zu müssen, Verwundbarkeit als etwas aufzufassen, das aus der Welt geschafft gehört.

Lévinas' »Anderer« ist verwundbar in einem fundamentalanthropologischen Sinne, es wäre also begrifflich unmöglich, ihn unverwundbar machen zu wollen. Sein Menschsein würde ihm dadurch abgesprochen. Ihn jedoch als lebendigen moralischen Vorwurf zu denken impliziert, daß ein richtiger Umgang mit ihm ihn eben niemals verwunden dürfe. Butler folgert aus der Körperlichkeit als solcher durch einen veritablen naturalistischen Fehlschluß eine komplette linke Utopie, in der zur Behebung aller Fragilitäten verteilungsgerecht Vorsorge getroffen werden muß, um keine potentiell verwundbare Opfergruppe unberücksichtigt zu lassen. Die über die USA hinaus wirkmächtige Schneeflöckchen-Mentalität der *safe spaces* für »vulnerable Menschengruppen« speist sich direkt aus Judith Butlers Denkfehler.

Die Menschheit ist verwundbar, verletzlich, fragil. Im WEF-Video basiert auf diesem Axiom die moralische Forderung nach dem großen Neustart, derselbe naturalistische Fehlschluß wie bei Butler ist auch hier unübersehbar. In allen Bereichen der kreisförmig im Regenbogenemblem angeordneten Great-Reset-Agenda sollen Verwundbarkeiten durch den revolutionären Umbruch überwunden und fürderhin vom Erdboden getilgt werden. Alle Bereiche der hybriden Kriegsführung werden über diesen Kamm geschoren: Klima, Umweltzerstörung, Frauen, Flucht, Armut, Pandemien, Überbevölkerung, Minderheiten, Cyberspace, Finanzsystem usw.

Dies konstatierend liegt es nahe, einen Gegenentwurf zu formulieren, um die elementare menschliche Verwundbarkeit denen, die Schindluder mit ihr treiben, wieder zu entreißen und dem falschen Heilsversprechen die menschliche Heilungsbedürftigkeit entgegenzusetzen. Doch es liegt in der verdrehten Natur der Sache, daß dies so leicht nicht ist.

Ought implies can. Eine Sollensforderung muß davon ausgehen können, daß etwas Gesolltes auch machbar ist. Denn denkt man den Zugriff des weltumspannenden Systems bis hinein ins biopolitische Körperregime (wie es zuerst Michel Foucault mit durchaus anderer Absicht herauspräpariert und Giorgio Agamben vor allem in seinen unlängst erschienenen Texten noch einmal neu gedacht hat), richten metapolitische Rückeroberungsversuche wenig aus. Den Transhumanismus in seinem Lauf halten weder konservative Philosophen noch Rechtspopulisten auf. Chinesischer Blockchain-Software für das Völkermanagement fallen alle Völker zum Opfer (dies haben David Lehmann und Yannic Weber in den letzten beiden Ausgaben der Zeitschrift *Tumult* beschrieben). Selbstdisseminierter Nanopartikel-Gentherapie kann man weder mit alternativmedialer Aufklärungsarbeit noch durch politische Opposition entkommen, ja nicht einmal durch Abbruch der Beziehungen zu allen Geimpften. Diese Dinge werden uns ereilen, wir entkommen ihnen nicht.

»Die Verwundbarkeit der Dinge ist schön, weil die Verwundbarkeit ein Merkmal von Existenz ist.«

Simone Weil: *Schwerkraft und Gnade.*

Der verwundende Zugriff auf den menschlichen Leib unter dem Deckmantel des umfassenden Schutzes vor Verwundbarkeit darf als ausgemachte Sache gelten. Es kommt also darauf an, nicht nur gegen die Macht zu argumentieren und ihr das Mitmachen zu verweigern. Verwundbarkeit bedeutet, *die Verwundungen selbst* auf sich zu nehmen, den Schmerz auszuhalten, hilflos zu bleiben.

Es gilt zunächst, sich bewußt dafür zu entscheiden, nicht vom Staat und seinen über- und untergeordneten Fürsorgesystemen totgepflegt, durchgeimpft, digitalisiert und hygienegeprüft werden zu *wollen*. Das versprochene physische Heil dankend abzulehnen, weil man sich bereits für ein anderes entschieden hat, mit allen schmerzhaften Konsequenzen, die dies mit sich bringen kann. Das bedeutet keinesfalls, dem Arzt grundsätzlich den Rücken zuzukehren – das Prinzip der Heilung des menschlichen Leibes ist etwas zutiefst Notwendiges und wird von jedem Kranken natürlicherweise erstrebt. Die bewußte Entscheidung besteht darin, einem *System*, das die persönliche Integrität und die Selbstheilungskraft fundamental in Frage stellt und durch seine eigenen Mechanismen ersetzen will, eine Absage zu erteilen.

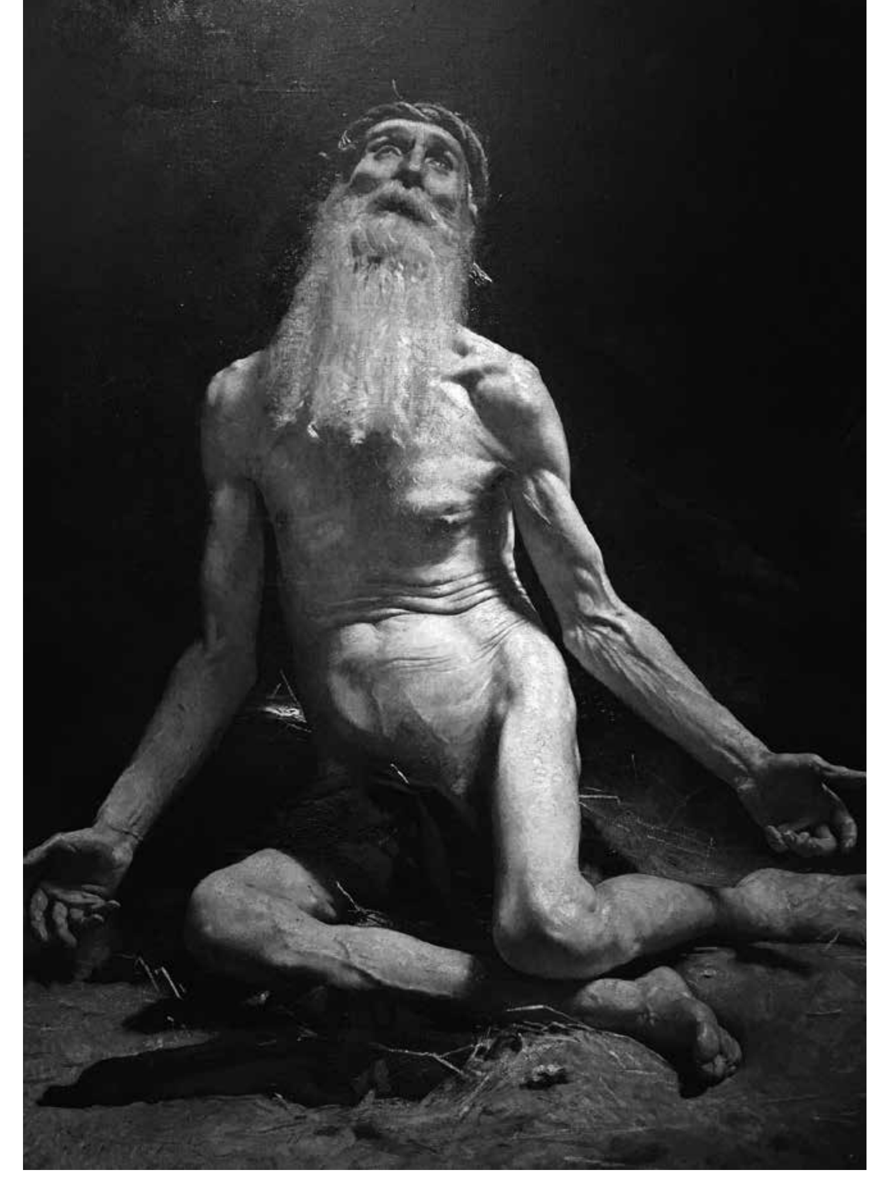
»Auf dem Gebiet der Medizin, auf dem Gebiet der Jurisprudenz, aber auch auf allen sonstigen Gebieten erklären sich die Menschen von vornherein für unzuständig, und nehmen dasjenige hin – nun, was ›die Wissenschaft‹ sagt. Bei der Kompliziertheit des modernen Lebens ist das ja auch schließlich begreiflich. Aber die Menschen werden unter dem Einfluß einer solchen Autorität immer hilfloser und hilfloser.«

Rudolf Steiner: »Wie kann die seelische Not der Gegenwart überwunden werden?« Vortrag in Zürich am 10. November 1916.

Wenn für Simone Weil die Verwundbarkeit ein Merkmal von Existenz ist, meint sie dies in einem radikal christlichen Sinn. Was auf Erden inkarniert ist, was als Mensch fleischgeworden ist, ist ephemer. Es ist nie ganz von dieser Welt, nämlich immer nur mit einem Teil seiner selbst, dem Leib. Daß der leibliche Teil verwundbar ist, verweist auf seinen unverwundbaren anderen, nämlich den geistigen Teil.

Der Satan bekommt von Gott die Erlaubnis, sich an Hiob schadlos zu halten und dessen Leib fürchterlich zu malträtieren. Er geht davon aus, daß Hiob dem Herrn im Augenblick der größten physischen Pein ins Angesicht fluchen werde, weil er aufgrund seiner Verwundbarkeit erpreßbar und verführbar ist. Hiob hockt im Staub, schabt seine Gebresten mit einer Scherbe und klagt. Als seine Freunde ihn obendrein durch Hohn zermürben wollen, spricht er: »Ohne meine Haut, die so zerfetzte, und ohne mein Fleisch werde ich Gott schauen. Ihn selber werde ich dann für mich schauen; meine Augen werden ihn sehen, nicht mehr fremd.« (Hiob 19,26–27) Die Wunden bringen ihn Gott näher, statt daß sie ihn an den schmerzenden Leib fesseln.

Wenn nun der leibliche Teil angegriffen wird, das System sich ihn einverleibt, indem es ihn registriert (biometrischer Fingerabdruck), modifiziert



Hiob (Léon Bonnat).

(gentechnisch umbaut), patentiert (gentechnisch veränderte Organismen, GVOs, sind fremdes Eigentum) und dezimiert (Biowaffen lassen sich populationsspezifisch designen), erweist sich der Mensch als unverfügbar, gerade insofern er verwundbar ist. Seine Verwundbarkeit kann ihm nicht genommen werden – mögen sich die Herren dieser Welt auch noch so salbungsvoll bemühen, alle Vulnerabilitäten zu beseitigen im irdischen Paradies.

Zum äußeren Willensakt, das irdische Heilsversprechen abzuweisen und sich dessen Zugriffen, so gut es irgend geht, aktiv zu entziehen, tritt der innerseelische Antrieb hinzu: niemals gleichgültig werden zu wollen, niemals schlafen zu wollen, niemals sediert werden zu wollen. Ständig gewahr zu sein, was da am Menschen vollzogen werden soll, den Autoritätsglauben insbesondere gegenüber dem »Ärztestand«, wie Rudolf Steiner nicht müde wurde zu betonen, zu überwinden, mehr und mehr seine eigene Autorität in diesen Dingen zu werden.

Doch es sollte auch noch ein dritter Akt dazugehören. Diese Verwundungen mit vollem Wachbewußtsein zu erwarten, gewissermaßen: sich sicher zu sein, daß sie da sind, zunehmen werden und genau in unserem Äon *dazugehören* zur irdischen Existenz.

Den Menschen und zuallererst sich selbst als verwundbar zu begreifen bedeutet, allen äußeren Heilungsversuchen gegenüber skeptisch zu werden und der Verwundung im Fall des Ernstfalles nichts entgegenzusetzen, sie zu erdulden. Dann erst ist der Mensch wirklich verwundbar, bis dahin redet er nur davon und erhofft sich doch in einem Winkel seines Herzens die von den mächtigen Neustartern versprochene Unverwundbarkeit. Es ist nahezu unmöglich, wirklich im Vollsinne des Wortes verwundbar zu sein.

Der drohenden Verwundung des Leibes keine anmaßende Ataraxie und keine politische Lösung entgegensetzen zu *wollen* sollte sich als Entwicklungsaufgabe des Menschen erweisen, als seine »Zone der nächsten Entwicklung« (Maria Montessori). Als Hiob aufhörte zu wollen, wurde er erhört. ■

Literaturhinweise:

Judith Butler: *Gefährdetes Leben. Politische Essays,* Frankfurt a.M. 2005;

Elias Canetti: *Die Provinz des Menschen. Aufzeichnungen 1942–1972,* München 1973;

Johann Georg Hamann: *Aesthetica in nuce* (erscheint 2021 im Karolinger Verlag Wien in einer neueditierten Ausgabe);

Emmanuel Lévinas: *Die Spur des Anderen. Untersuchungen zur Phänomenologie,* Freiburg i.Br. 1983;

ders.: *Jenseits des Seins oder anders als Sein geschieht,* Freiburg i.Br. 1998;

Blaise Pascal: *Gedanken über die Religion und einige andere Themen,* Stuttgart 1987;

Richard Rorty: *Kontingenz, Ironie und Solidarität,* Frankfurt a.M. 1989;

Rudolf Steiner: »Wie kann die seelische Not der Gegenwart überwunden werden?« Vortrag, gehalten in Zürich am 10. November 1916, in: ders.: *Gesamtausgabe* Band 168, Dornach 1976;

Simone Weil: *Schwerkraft und Gnade,* München 1983.

Staat und Leib. Fünf Thesen aus theologisch-ethischer Perspektive

von Thomas Wawerka

Im folgenden werde ich den Versuch unternehmen, die christliche Vorstellung vom Gehorsam des Untergeordneten gegenüber der Obrigkeit auf der Grundlage der Leiblichkeit von Unter- und Übergeordneten zu beleuchten und dadurch Schlußfolgerungen für die politische Lage der unmittelbaren Gegenwart zu ziehen.

1. EXTRA CORPORA NULLA VERITAS – Das Christentum ist in seiner Grundverfassung, also von seiner apostolischen Norm her – wie sie im Kanon der biblischen Schriften und in den altkirchlichen Symbolen formuliert ist –, spezifisch leibbezogen. Es bekennt die Inkarnation, also Einleibung Gottes in die Welt (Joh 1,14), die Kreuzigung des gottmenschlichen Leibes und die leibhaftige Auferstehung Christi. Die Auferstehungshoffnung ist Hoffnung nicht auf ein wie auch immer geartetes Weiterleben nach dem Tod, sondern Hoffnung auf die Wiedererweckung und die Verwandlung der Leiber (1 Kor 15,35–49). Der Leib ist Gegenstand, Zeuge und Bürge des göttlichen Handelns, und daraus folgend ist auch die christliche Ethik vor allem anderen eine leibbezogene Ethik. Der Sinn von Begriffen wie etwa »Nächstenliebe« oder »Diakonie« wird verdunkelt, verfremdet oder ins Gegenteil verkehrt, wenn sie nicht in der Sphäre kommunizierender Leiber gegründet sind. Kommunizieren bedeutet theologisch zweierlei: sowohl Kommunikation als auch Kommunion, sowohl zwischenmenschliche Verständigung als auch Teilhabe am Herrenmahl. »Dies ist mein Leib«: Der in der Kommunion sakramental festgehaltene Leib ist auch ein Symbol, in dem unauflöslich verankert ist, daß Kommunikation im Sinne wahrer zwischenmenschlicher Verständigung ein Geschehen ist, das sich zwischen Leibern abspielt. Theologisch ist dies die Gegenposition nicht etwa zur Geistigkeit, sondern zur Scheinleiblichkeit, also der Irrlehre des Doketismus.

Da der Begriff der »Obrigkeit« (vorläufig auch: »Regierung«, »Staat«) aus theologischer Perspektive ein Gegenstand der Ethik ist, muß folglich auch er von der Sphäre der »Zwischenleiblichkeit« (Maurice Merleau-Ponty) her begriffen werden.

»Denn am Abend, an dem er ausgeliefert wurde und sich aus freiem Willen dem Leiden unterwarf, nahm er das Brot und sagte Dank, brach es, reichte es seinen Jüngern uns sprach: Nehmet und esset alle davon. Das ist mein Leib, der für Euch hingegeben wird.«

Wandlungsformel in der katholischen Liturgie.

»Doketismus: ›die Negierung des wirklichen Menschseins des Erlösers durch die Behauptung, seine irdische Gestalt wäre ein Trugbild bzw. Schein ([…] dokésis) ohne empirische Realität. […] Manche nahmen eine Trennung zwischen dem himmlischen Christus und dem irdischen Jesus an (bzw. dem oberen und dem unteren Christus); ersterer habe sich letzterem bei der Taufe nur äußerlich verbunden und sich bei der Kreuzigung wieder von ihm getrennt, weil er als göttliche Natur leidensunfähig war.«

Hauschild: *Lehrbuch*, S. 166.

2. DIE OBRIGKEIT IST TEIL EINER HIERARCHISCHEN ORDNUNG – Das Christentum verhandelt politische Herrschaft, also auch das, was wir »Staat« nennen, unter dem Begriff »Obrigkeit« (Röm 13,1–7, vgl. 1. Petr 2,13–3,17). Es gibt also ein Machtgefälle zwischen »oben« und »unten«, Hierarchie wird sowohl vorausgesetzt als auch bestätigt. Obrigkeit erschöpft sich jedoch nicht in der politischen Herrschaft. Neben dieser Herrschaft, die sich geschichtlich entwickelt und kulturell in dieser oder jener Form ausprägt (ohne daß einer Form ein göttlich legitimierter Vorrang einzuräumen wäre), erkennt das Christentum die natürliche bzw. kreatürliche Obrigkeit

der Eltern über die Kinder (meist verquickt mit der sozialen Obrigkeit des Hausvaters über Familie und Gesinde) und die göttlich gestiftete Obrigkeit des Bischofs über die Gemeinde an. »Obrigkeit« erweist sich dadurch als dynamische und reziproke Herrschaft (im Unterschied zur Autokratie, die linear aufgebaut und statisch ist): Jeder Leib hat sich irgendeinem anderen Leib unterzuordnen, und es gibt keinen Leib, der allein die Herrschaft über alle anderen Leiber hätte. Diese hierarchische Ordnung ist als »Erhaltungsordnung« bzw. »katechontische Ordnung« zu verstehen.

3. DIE UNTERORDNUNG UNTER DIE OBRIGKEIT IST ETHISCHES GEBOT – »Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat!« (Röm 13,1) Auch diese Anweisung ist apostolische Norm, und man hat sich – so man denn mit Ernst Christ sein will – nicht daran vorbeizumogeln. Die Anerkennung der Obrigkeit sowohl als Phänomen an sich als auch im je gegebenen Fall ist ethisches Gebot. Im Hinblick auf die gegenwärtige politische Diskussion darf man wohl von einem Allgemeinplatz sprechen, wenn man sich im Sinne der Abwehrrechte gegen die Übergriffigkeit des Staats grundsätzlich als Subjekt im Widerspruch zur Obrigkeit definiert. Dies ist jedoch ein Phänomen der Moderne, in der es wegen eines depravierten Herrschaftsbegriffs notwendig wurde. Versteht man das Verhältnis von Herrschaft und Unterordnung auf der Grundlage des Leibs, genauer: der Zwischenleiblichkeit, ergibt sich ein anderes, durchaus würdevolleres Bild.

»Wo nicht mehr gewagt wird, oben zu sein, und wo man nicht mehr ›nötig zu haben glaubt‹, unten zu sein, wo das Obensein seine Begründung nur von unten her sucht – also wo der Vater seine Autorität aus dem Vertrauen der Kinder oder die Obrigkeit die ihre aus der Popularität herleitet –, und wo dementsprechend im Untensein immer nur die Anwartschaft auf das Obensein, also der Sprengstoff für alles Obensein, gesehen wird – dort entsteht kein echtes ethisches Reden mehr, dort bricht schon das ethische Chaos herein.«

Bonhoeffer: *Ethik,* S. 291.

Zum einen bedeutet dies: Es gibt nicht einfach nur »Beherrschte«, also passive Leiber, sondern Herrschaft konstituiert sich sowohl aus dem Leib, der Macht ausübt, als auch aus dem, der sich dieser Macht unterordnet bzw. ihr im »vernünftigen Gottesdienst« (Röm 12,1) hingegeben wird. Beide Leiber sind jeweils aktiv: sie kommunizieren. Beide Leiber haben ihre »Herrlichkeit« und ihren »Glanz« (1 Kor 15,40): ihre je eigene Würde. Im einen wie im anderen Fall wird etwas am und durch den Leib deutlich, kenntlich, offenbar – durch den Macht ausübenden Leib im gelingenden Fall Gerechtigkeit, am sich unterordnenden Leib im gelingenden Fall Ehrbarkeit, Demut, Anstand. Man kann derlei leibphänomenologische Wirkungen zuweilen unmittelbar wahrnehmen, wie auch das Gegenteil – im mißlingenden Fall der Unterordnung etwa Trotz, blinde Wut, Aufsässigkeit, sprachloses Leiden, Gebrochenheit, masochistische Unterwerfung; im mißlingenden Fall der Machtausübung eine hinterfotzige oder wankelmütige oder niederträchtige oder unentschlossene oder despotische, gar sadistische Art. In jedem Fall wird etwas am und durch den betreffenden Leib »zur Kenntlichkeit entstellt«; im gelingenden Fall bietet sich ein Bild zweier ineinander verschränkter Prinzipien. Die Stabilität dieser Verschränkung entsteht dadurch, daß die Würde des einen Leibs nicht ohne den anderen haltbar ist: Der Untergebene benötigt Anerkennung durch die Herrschaft und Hin-Ordnung auf etwas Größeres, die Obrigkeit benötigt die Anerkennung ihrer Herrschaft durch die Einstimmung des Untergebenen in die ordnende Macht.

Zum anderen: Das Gebot des Gehorsams gegenüber der Obrigkeit gilt auch dann, wenn ein Leib die Macht über einen anderen mißbräuchlich und zu dessen Schaden ausübt. Das unschuldige Leiden, das in so einem Fall am und durch den Leib des sich Unterordnenden deutlich wird, ist Zeugnis für die Nachahmung Christi, das Urbild des unschuldig Leidenden (1 Petr 2,18–21). Es ist aber mehr als Christusmystik, die das duldende, hinnehmende Leiden rechtfertigt, denn die hierarchische Ordnung wird ja ebenso durch die Unterordnung konstituiert wie durch die Machtausübung. Die Aufrechterhaltung dieser Ordnung ist wichtiger als das zeitweilige Wohl oder Wehe eines einzelnen Leibs (vielleicht funktioniert eine Gesellschaft überhaupt viel öfter und besser durch das beharrliche und geduldige Weitermachen des Volks als durch das kluge Regieren seiner Machthaber). Auch das unschuldige Leiden ist deshalb anzunehmen (bis zu gewissen Grenzen selbstverständlich), und es ist auf eine bestimmte Art und Weise anzunehmen: als heroisches, starkmütiges Leiden, als Leiden in der Ermächtigung wider die Gewalt. Aus diesem Grund bedarf der Leib der internen Herrschaft über sich selbst, der Selbstbeherrschung, damit er auch im Fall des Leidens sich nicht aufgebe und in etwas dinglich Beherrschtes verwandle, sondern sich der externen Herrschaft in voller Souveränität beuge.

4. MODERNE ETHIK IST DOKETISTISCHE ETHIK – Der Satan der Versuchungsgeschichte Christi argumentiert mit Bibelzitaten (Mt 4,1–11; Luk 4,1–13); er zeigt, was Christus alles hätte sein können, wenn er seinen Leib nicht »zum Kreuz hinaufgetragen« hätte (1. Petr 2,24). Allein der Leib am Kreuz verbürgt jedoch Christus, alles andere ist Doketismus, also Lehre vom Scheinleib: Es sei demnach gar nicht Christus gewesen, der da am Kreuz hing. Der Leib Christi kommuniziert dann nicht mit den Leibern der Gläubigen, die Gläubigen kommunizieren nicht den Leib Christi. Es ist nur noch eine entleiblichte Scheinkommunion und Scheinkommunikation.

»Und wegen ihrer Rede: ›Wir haben den Messias, Jesus, den Sohn der Maria, den ›Gesandten Allahs‹, getötet‹, während sie ihn doch weder erschlugen noch den Kreuzestod erleiden ließen, sondern er erschien ihnen nur gleich (einem Gekreuzigten); und jene, die in dieser Sache uneins sind, sind wahrlich im Zweifel darüber; sie haben keine (bestimmte) Kunde davon, sondern folgen bloß einer Vermutung; und sie haben darüber keine Gewißheit. Vielmehr hat ihm Allah einen Ehrenplatz bei Sich eingeräumt, und Allah ist allmächtig, allweise.«

Koran, Sure 4.

Der Doketismus war eine der frühesten Häresien, mit denen sich das Christentum auseinanderzusetzen hatte. Er war keine einheitliche Lehre, sondern ein Denkansatz, der zu disparaten Ergebnissen führte: So wurde etwa angenommen, Jesus habe seinen Leib mit dem des Simon von Kyrene getauscht, oder er sei überhaupt nur als Phantasma in der Welt gewesen. Auch der Islam hat den Doketismus übernommen. Das Verbindende ist die Ablehnung der Vorstellung, Gott sei in Jesus tatsächlich und leibhaftig Mensch geworden, habe als solcher gelitten und sei als solcher gestorben. Doketismus bedeutet: Das, was Leib ist, wird nicht wie ein Leib behandelt, und das, was nicht Leib ist, wird wie ein Leib behandelt. Das Simulacrum ersetzt den Leib, und zwar in vielerlei, durchaus unterschiedlichen Spielarten. Dieser »kleine Austausch« setzt sich in den Bereich der Ethik hinein fort und vervielfältigt sich dort.

Das Denken der modernen Zeit erweist sich als äußerst anschlußfähig an den Doketismus, besonders im ethischen Urteil. Doketistische Ethik betreibt nicht Imitatio (Nachahmung), sondern Mimikry (Vortäuschung). Die Täuschung ist dabei manchmal so fein, daß sie als solche kaum noch zu erkennen ist. Der christlichen Nächstenliebe beispielsweise wird nicht etwa offen widersprochen, aber sie ist dann keine Sache mehr, bei der ein Leib auf die Begegnung mit einem anderen, leidenden Leib reagiert, sondern ein Lippenbekenntnis zu »Werten«. Oder: Die natürlich-kreatürliche Obrigkeit der elterlichen Leiber über den aus ihnen gezeugten Leib eines Kindes wird in der Scheinelternschaft in einer »gleichgeschlechtlichen Beziehung« vorgetäuscht (egal, was man sonst davon halten will: ein Elternleib fehlt). Oder: Der Leib des ungeborenen Kindes wird zu einem »Zellhaufen« oder gar »Tumor«, d. h. indirekt zum Scheinleib erklärt. Oder, par excellence: »Genitalien wohnt kein Geschlecht inne. Sie wurden von Menschen vergeschlechtlicht. Das ist ein Unterschied. Es gibt kein ›biologisches Geschlecht‹. Es gibt Körperteile, die sozial benutzt werden, um Menschen ein Geschlecht zuzuweisen. Diese Körperteile haben kein Geschlecht und machen kein Geschlecht. Sie werden benutzt, um Geschlecht zu konstruieren.« (Facebook-Fund)

Der Doketismus ist in unserer Zeit deshalb so erfolgreich, weil er die dritte Option zu und zwischen Wahrheit und Lüge darstellt – die Indifferenz, das »Als-ob«, das *tertium (non?) datur,* mit dem sich schon Christus auseinandersetzen mußte (Mt 5,37). Er bietet jedem die Möglichkeit, zurückzutreten und nicht mehr leiblich kommunizieren zu müssen, sozusagen »ganz selbst« und »ganz da« sein zu müssen, sondern in den Modus der Scheinleiblichkeit ausweichen zu können. Der Märtyrer der antiken Christenverfolgung hätte es beispielsweise nie als legitime Option ansehen können, dem Glauben öffentlich abzuschwören und dennoch, insgeheim und für sich selbst, am Glauben festzuhalten – er war als Gläubiger leiblich präsent, der Leib verbürgte den Glauben, er konnte nicht einen Schritt dahinter zurücktreten (und wenn er es dennoch tat, wußte er, daß er sich außerhalb der Wahrheit befand). Für das moderne Denken und Urteilen ist die doketistische Option selbstverständlich, das Verhalten des Märtyrers dagegen unverständlich. Nach der Infragestellung des Leibs ist es nur noch ein kleiner Schritt zum bloßen Körper, d. h. zum beliebig formbaren Rohstoff, sei es durch virtuelle Welten, durch den Transhumanismus, durch Optimierung der Körperfunktionen oder durch Abschaffung von Krankheiten per Genmanipulation, durch die Vorstellung, alles Leibliche sei lediglich »soziale Konstruktion« etc. pp.

5. AUCH DER STAAT FUNKTIONIERT NACH DOKETISTISCHER ETHIK – Das Imperium war einst Herrschaftsbereich eines Leibs, der mit den Insignien der Macht eingekleidet wurde, bis an seine Stelle der gestalt- und gesichtslose

moderne Staat trat: eine Institution, die nicht mehr vom Leib eines Herrschers bestimmt wurde, hinter die der Leib des Herrschers vielmehr zurückzutreten hatte. Historisch faßbar wird diese Entwicklung in der Mitte des 17. Jahrhunderts – das Genre des »Fürstenspiegels« verläuft im Sand, statt dessen erhebt Hobbes' »Leviathan« sein Haupt. Der moderne Staat ist gekennzeichnet durch einen doketistischen Herrschafts- und Verantwortungsbegriff. Herrschaft kommt in diesem Staat nicht mehr zustande, wenn der Macht ausübende Leib und der sich unterwerfende Leib miteinander kommunizieren, sondern mittels eines verwaltungstechnischen Apparats, bei dem es im Grunde egal ist, wer ihn bedient. Jeder kennt z. B. die Erfahrung, bei einer Behörde vorstellig zu werden und dort nicht mit einem Leib zu kommunizieren, sondern mit der Funktion eines Systems, und zwar wiederum nicht als Leib, sondern als Fall. Der moderne Staat ist nicht auf Kommunikation mit mir angelegt, jedenfalls nicht auf die leibliche. Die Unterordnung hat hier deshalb weder Sinn noch Adresse, ebensowenig das Aufbegehren – beides führt zu nichts. Gefordert ist die Einfügung. Ebenso entsteht auch echte Verantwortung nur, wenn ein Leib mit einem anderen kommuniziert, wenn ein Leib dem anderen zur Antwort verpflichtet ist (Mt 25,14–30) – heute ist sie zum Moral-verbal-Signal herabgesunken, zur Scheinangelegenheit ohne Verankerung in der Sphäre kommunizierender Leiber.

Dem modernen Staat wohnt deshalb die Tendenz inne, Ideen wichtiger zu nehmen als Leiber, und es fällt ihm leichter, diese Ideen bis zum Absoluten, Leibfeindlichen hin durchzusetzen. Die politischen Exzesse des 20. Jahrhunderts sind deswegen nicht als Gegenteil des modernen Staats anzusehen, sie treiben ihn vielmehr auf die Spitze, und die berechtigte Frage muß lauten, warum so etwas statt »nie wieder« nicht »jederzeit wieder« geschehen können sollte. Aus »Herr und Knecht« (Hegel) wird »Staat gegen Leib«. Aktuelles Beispiel ist die staatliche Kampagne des »Durchimpfens« der Leiber: Hier wird nicht leiblich kommuniziert (wie es in der Arztpraxis zwischen dem Mediziner und dem Patienten der Fall wäre), hier wird vielmehr zugerichtet und damit gleichzeitig einhergehend der untergeordnete Leib zum dinglich Beherrschten erniedrigt, die leibliche Souveränität wird von seiten des Staats aufgehoben und von seiten des Bürgers aufgegeben. Der Leib eines Günther Jauch, Sepp Maier oder Ranga Yogeshwar, wie er uns überlebensgroß auf Plakaten präsentiert wird, legitimiert nun im Namen staatlich definierter Gesundheit die masochistische Unterwerfung unter ein Programm der nur mäßig kaschierten Zwangspenetration.

»Dementsprechend gehört zu den massivsten Verletzungen der Würde nicht die Gewaltanwendung als solche, sondern die demütigende Brechung der leiblichen Souveränität, wie sie vor allem durch Vergewaltigung oder durch die Folter erreicht wird. Solche Würdeverletzungen wirken in besonderer Weise beschämend und nachhaltig traumatisierend. Sie durchbrechen die Barrieren der Intimität und reduzieren das Opfer auf seine nackte Körperlichkeit, ohne ihm eine Möglichkeit zu lassen, seine Würde in seinem Leib darzustellen. Ähnlich entwürdigende Wirkung hatten frühere Strafen wie der Pranger oder die Kreuzigung, die den Delinquenten in beschämender Pose zur Schau stellten. Aus jüngster Zeit ist die Folter durch erzwungene Einnahme sexueller Posen zu trauriger Berühmtheit gelangt. Solche Verfahren berauben die Opfer ihrer leiblichen Souveränität und zwingen sie auf demütigende Weise in ihre Körperlichkeit zurück.«

Thomas Fuchs: »Die Würde des menschlichen Leibes«, S. 210.

Wenn es bereits so weit gekommen ist, wie ich hier umrissen habe, stellt sich die alte Frage nach dem Gebot des Obrigkeitsgehorsams neu. Wem unterwerfe ich meinen Leib? Insofern die meisten Sozialbeziehungen gegenwärtig in keiner für beide Seiten heilsamen, heiligen Verschränkung, in keiner Sphäre der Zwischenleiblichkeit mehr stattfinden, ist der Mensch aus der ihm gemäßen Ordnung geworfen. Sich deshalb befreit zu dünken hieße, auf das Angebot Satans, jenes Doketisten der ersten Stunde, bereitwillig einzugehen. Der Staat ist dabei nur Teil eines Systems, das durch die doketistische Ethik bestimmt ist. Er ist damit Teil unseres geschichtlichen Schicksals, das uns zu tragen und zu ertragen auferlegt ist. Dem Verhängnis kann man sich nicht durch Flucht in die Utopie entziehen, etwa durch die Vorstellung einer revolutionären Umwandlung oder die einer libertären Abschaffung. Aus meiner Sicht besteht der individualethische Auftrag in der Loslösung der inneren Anhaftung an den Staat, in der Emanzipation vom »Großen Bruder«, in der beständigen Schärfung des Verstands, um bestimmen zu können, wann ich mich in einer je konkreten Situation einer je konkret auftretenden Obrigkeit souverän unterordnen muß, um die Reliquien jener heilsamen Ordnung zu wahren oder sie gar wieder in ihr Recht zu setzen – und sei es nur zeichen- und zeugnishaft –, d. h. von mir aus leiblich zu kommunizieren, meinen Leib in Stellung zu bringen, wo es womöglich gar nicht vorgesehen ist; um aber auch bestimmen zu können, wann das Spiel zu verweigern ist, weil man es beim Gegenüber mit einem Scheinleib monströsen Ausmaßes zu tun hat. Der realpolitische Auftrag besteht aus meiner Sicht in der größtmöglichen Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips, wie es in der katholischen Soziallehre maßgeblich formuliert wurde. ■

Literaturhinweise:

Wolf-Dieter Hauschild: *Lehrbuch der Kirchen- und Dogmengeschichte. Band 1: Alte Kirche und Mittelalter,* Gütersloh 1995;

Dietrich Bonhoeffer: *Ethik,* München 1988;

Thomas Fuchs: »Die Würde des menschlichen Leibes«, in: Wilfried Härle, Bernhard Vogel (Hrsg): *Begründung von Menschenwürde und Menschenrechten,* Freiburg i. Br. 2008, S. 202–217.

Stammhalter: der Überlebenskampf der US-Indianer

von Marcel Kehlberg

Sich mit den Indianern zu beschäftigen heißt, sich mit Besiegten zu beschäftigen, oder in der Sprache ihrer Gegner: mit den Unterlegenen im Kampf gegen den Fortschritt. Den Schweregrad ihrer Niederlage kann man dabei nicht nur an der (offiziös durchaus gewollten) Verwahrlosung der ihnen zugewiesenen Reservate festmachen, sondern mehr noch an den Klischees und Projektionen, die sie in der Phantasie der meisten bis heute hervorrufen. Um so lohnender ist daher der Blick auf die Indianer von der rechten Seite.

Die Geschichte des Untergangs der indianischen Kulturen in Nordamerika (es gab dort an die 1000 Stammesgruppen) ist die Abfolge von Migrationsdruck, befeuert durch die Gier nach Bodenschätzen und daraus resultierende Vertragsbrüche und einseitige Annullierungen der jeweils »endgültigen« Verträge durch die Regierungen in Washington.

Die ersten englischen Siedler, die sich 1607 im heutigen Bundestaat Virginia niederließen, waren noch auf wohlgesinnte Indianer getroffen. Ohne formelle Verträge einzugehen, für die zu diesem Zeitpunkt keinerlei Notwendigkeit bestand, lebte man in Frieden und guter Nachbarschaft. Die zunehmende Besiedlung des nordamerikanischen Kontinents zwang die britische Krone erstmals 1763 zu einem Indianergesetz, das eine sogenannte Indianergrenze festlegte, die kein Weißer willkürlich verletzen durfte. Dies mag ein Grund dafür gewesen sein, daß sich manche Stämme im folgenden Unabhängigkeitskrieg auf die britische Seite schlugen. Die Sieger, die sich gern als Vertreter von Aufklärung und Fortschritt jenseits des Atlantiks sahen, waren den Ureinwohnern nicht allzu wohlgesinnt. Der siebte Präsident der USA, Andrew Jackson, hatte in seiner Militärzeit einige Feldzüge gegen die Stämme mitgemacht und glaubte nicht an eine friedliche Koexistenz beider Lebensformen. Er war es auch, der einen Kommissar für indianische Angelegenheiten berief und dem Kriegsministerium unterstellte. Daraus sollte mit der Zeit das Bureau of Indian Affairs (BIA) werden, das später ins Innenministerium eingegliedert wurde und noch eine unrühmliche Rolle in der kulturellen Umerziehung der Indianer nach den Kriegen spielen sollte. Als ideologische Grundlage für den begonnenen Raubbau galt die Doktrin *Manifest Destiny,* die später ein Bestandteil der Monroe-Doktrin werden sollte und auf puritanische Überzeugungen zurückging. Darin wurde eine göttliche Vorbestimmung für die Beherrschung der neuerschlossenen Gebiete mitsamt ihren Ureinwohnern durch den weißen Mann postuliert. Sie wurde zur geistigen Munition radikaler Indianerbekämpfer, wie des Gouverneurs von Colorado, John Evans, der eine gewaltsame »Endlösung« der Indianerfrage anstrebte. Eine Folge war das Massaker an den Cheyenne am Sand Creek im Jahr 1864.

Bereits in einem frühen Stadium der Verdrängung durch immer neue Wellen von Siedlern überkamen einzelnen Häuptlingen Vorahnungen vom Untergang ihrer Kultur. Immer wieder wurde versucht, die ansonsten

rivalisierenden Stämme zu einem großen Verteidigungsbündnis gegen die Weißen zu vereinen. Der erste namhafte Häuptling, dem dies gelang, war Tecumseh von den Shawnee, der 1813 im Kampf gegen die Weißen fiel. Er ist der erste einer Reihe berühmter Krieger-Häuptlinge, deren Namen die Zeiten überdauerten und Eingang in das Gedächtnis der westlichen Kultur gefunden haben. Neben ihm stehen Gestalten wie der Apache Geronimo, der Comanche Quanah Parker (ein weiß-indianisches Halbblut) oder der große Sitting Bull von den Lakota-Sioux.

Am 30. Juni 1834 verabschiedete der Kongreß ein Gesetz, das alles Land (mit Ausnahmen) westlich des Mississippi zu Indianerland erklärte. Das bedeutete, daß es dort keine weißen Ansiedlungen geben und daß kein Weißer ohne Lizenz dort Handel treiben durfte. Eine erste Grenzverschiebung legte den 95. Meridian als Grenze fest. Eine Kette von Militärstützpunkten, auch Forts genannt, sollte Unbefugten den Zutritt verwehren. Die vertraglich zugesicherte Selbstbeschränkung des weißen Fortschritts hielt allerdings nur bis zu den ersten Goldfunden. Der Goldrausch zog Scharen in das Indianergebiet, es wurden Rodungen durchgeführt und illegal Siedlungen errichtet. Eine der gravierendsten Konsequenzen dieser Vorstöße war, daß den von der Jagd lebenden Stämmen die Nahrungsgrundlage streitig gemacht wurde. Gewalt von beiden Seiten war die Folge, die auch von Indianern mit unerhörter Grausamkeit ausgeübt wurde.

Ab 1851 kam es in Fort Laramie zu Neuverhandlungen und neuen Verträgen zwischen den Vereinigten Staaten und einigen der Chiefs großer Stammesverbände wie der Cheyenne, der Arapaho und der Sioux, in denen die Eigentumsrechte der Stämme zwar nicht abgetreten, doch dahingehend aufgeweicht wurden, daß den Weißen erlaubt wurde, weitere Militärposten und Straßen durch das Territorium zu bauen. Schon dieser erste Vertrag sorgte für Unmut unter den Indianern, so daß manche Häuptlinge der Unterzeichnung fernblieben. Nach dem Bürgerkrieg wurde 1868 wiederum in Fort Laramie eine Neufassung des Vertrages aufgesetzt, in welcher South Dakota bis zu den Black Hills, die gleich einem indianischen Olymp als heilig galten, zum Reservatsgebiet der Sioux und der mit ihnen verbündeten Stämme deklariert wurde. Auch dieser Vertrag blieb umstritten. Nichtabgesprochene Erkundungsexpeditionen der US-Kavallerie und erneute Goldfunde im Gebiet der Black Hills (in den 1950er Jahren sollte Uran das Gold ersetzen) riefen wiederholt den Zorn der Stämme hervor.

»Der Große Geist hat sowohl den Weißen Mann als auch den Indianer geschaffen. Ich glaube, den Indianer hat er zuerst geschaffen. Er hat mich in diesem Land geschaffen, und es gehört mir. Der Weiße Mann wurde jenseits des großen Wassers geschaffen, und sein Land ist dort.

Seit sie über das Meer gekommen sind, habe ich ihnen immer mehr Platz gemacht. Jetzt sind überall um mich Weiße. Mir ist nur noch ein kleines Stück Land geblieben.

Der Große Geist hat mir gesagt, ich soll es behalten.«

Lakota-Häuptling Red Cloud aus: Dee Brown: *Begrabt mein Herz an der Biegung des Flusses.*

Personifiziert wurde diese Auflehnung durch Sitting Bull, der als Schamane und Krieger gleichermaßen hohes Ansehen bei vielen Indianern, auch außerhalb seines eigenen Stammes, genoß. Er verstand es, vor allem die indianische Jugend zu mobilisieren, welche die unterwürfigen Häuptlinge verachtete, die sich in den Reservaten von ihrer angestammten Lebensweise zu entfremden begannen. Ausgestattet mit einem göttlichen Ruf des »Großen Geistes« *(Wa-Kantanka),* der ihm in einer Vision den baldigen Sieg über die Weißen versprochen hatte, sammelte Sitting Bull die gesamte Lakota-Sioux-Nation mitsamt den verbündeten Cheyenne und Arapaho um sich und plante den Krieg. Es zeigte sich, daß die technisch unterlegenen Indianer gelernt hatten, gegen die US-Schwadronen effektiv zu kämpfen, und das, obwohl sie im Kampfgeschehen keine koordinierte Befehlskette kannten, was ihre Gegner wiederum zu einer fatalen Unterschätzung verführte. Ein legendäres Beispiel hierfür ist die Schlacht am Little Bighorn im Jahr 1876, in welcher der vorpreschende General George A. Custer zum Varus der US-Mythologie aufstieg, als er mit seinen Soldaten von 2000 Sioux, Cheyenne und Arapaho umzingelt und niedergemacht wurde. Am Little Bighorn errangen die Indianer einen fulminanten Sieg, der für großes Aufsehen sorgte, doch war ihre Niederlage in diesem Ringen bereits besiegelt. Der Eisenbahnbau, die Erschließung des Wilden Westens und die siedelnden Zuwanderer konnte man in einer Schlacht nicht besiegen. Militärische Strafexpeditionen der Regierung taten ihr übriges, worunter das Massaker von Wounded Knee am 29. Dezember 1890 an 300 wehrlosen Frauen, Kindern und Greisen der Sioux-Nation, die unter dem Befehl eines Halbbruders von Sitting Bull standen, einen Tiefpunkt bildete.

Nach der militärischen Niederwerfung der Indianer begann der eigentliche Krieg. Die US-Regierung erkannte, daß ein Gegner erst dann als besiegt gelten konnte, wenn man seine Kultur besiegt hatte, wenn man seinen Geist okkupieren konnte. Von den Verheißungen des *American way of life,* der materialistischen Lesart des einstigen *Manifest Destiny,* überzeugt,

»Sie wollten uns begraben, aber sie haben vergessen, daß wir Samenkörner sind.«

Volksmund aus Mexiko

ging man daran, die »Wilden« unter dem fast schon paulinisch klingenden Slogan »kill the indian, save the man« (töte den Indianer, erlöse den Menschen) umzuerziehen. Die Reservate wurden zu öffentlich mehr schlecht als recht versorgten Homelands, deren Verwahrlosung zur Abwanderung animieren sollte. Die traditionelle Tracht der Indianer wurde ebenso verboten wie die Riten und die Kulte ihrer Religion. In Zusammenarbeit mit dem BIA und einer korrumpierten Indianer-Elite sollten langfristig eine Urbanisierung und eine Individualisierung der Indianer erreicht werden (Stichwort *detribalized,* ent-tribalisiert). Ansiedlungen von Weißen in unmittelbarer Nähe sollten zudem als Magnet dienen, um die frühere Lebensweise aufzugeben. Die sozialen Folgen dieser Entfremdungskampagnen waren Kriminalität und Alkoholismus. Besonders letzterer breitete sich geradezu endemisch unter den Entwurzelten aus.

In der Zeit der Bürgerrechtsbewegung erwachte mit einem Mal auch der alte indianische Selbstbehauptungswille wieder zu neuem Leben. Im Stillwater-Gefängnis in Minnesota gründeten 1962 drei Mitglieder des Ojibwa-Stammes, die wegen räuberischer Delikte einsaßen, eine Art Selbsthilfegruppe für die insgesamt 46 Insassen indianischer Abkunft. Aus dieser Gefangenenorganisation wurde 1968 das American Indian Movement (AIM), das mit Dennis Banks (1937–2017, ebenfalls Ojibwa) einen charismatischen Sprecher erhielt. Das AIM wollte die Interessen der Ureinwohner offensiver vertreten als das indianische Establishment aus dem BIA. Gleichzeitig wollte man sich durch Selbstorganisation die Würde zurückerobern. In den Reservaten wurden eigene Bildungseinrichtungen eröffnet, welche die Indianer von Kindesbeinen an mit ihrer Geschichte und ihrer Kultur vertraut machen sollten. Viele der Aktivisten kehrten demonstrativ zur traditionellen Haartracht zurück und manche entdeckten ihre Ahnenreihe. Daneben wurden Lebensmittelkooperativen gegründet und eigene Arbeitsprogramme erstellt, ein eigener Rechtsbeistand wurde organisiert und eine Bürgerwehr aufgestellt, zum Schutz vor kriminellen Übergriffen, die im Grenzgebiet der Reservate immer wieder vorkamen. Die umgedrehte US-Flagge war das provokative Symbol dieses neuen Widerstandes und sollte der Assimilierung den Kampf ansagen. Prominente Unterstützung kam unter anderem von Marlon Brando und Johnny Cash.

Es war die turbulente Zeit der Bürgerrechtsbewegungen, der Anti-Vietnamkrieg-Proteste, der Black Panther und diverser linksterroristischer Untergruppen. Eine »Red-Power-Bewegung« wurde aus diesem Grund vom FBI besonders argwöhnisch registriert, obgleich sie niemals den Bekanntheitsgrad erreichte, auf dem die Bewegungen der Afroamerikaner segelten. Das AIM suchte die Loslösung vom staatlichen BIA und strebte gar eine Neuverhandlung der Verträge von 1868 an. Besonders an den Zuständen im ärmsten Reservat Pine Ridge mit seinem korrupten wie autoritären Vorsteher Dick Wilson (1934–1990), einem Oglala-Sioux, entzündeten sich immer wieder die Proteste.

»Die staatenlosen Völker und Minoritäten, die Inuit und die Sami, die Indianer und die Juden, die Sinti und die Mentawaier sind die ersten in dieser Mühle. Wir in den Metropolen sind bereits im Visier. Der industrielle Diskurs über die Deportation und Produktivierung der Steinzeitmenschen, der Parasiten und der Unproduktiven mündet ein in die Fabrik des Verschwindens der Identität aller.«

Henning Eichberg: *Abkoppelung.*

Das AIM entschloß sich 1973 zu einer großangelegten Besetzung des symbolträchtigen Ortes Wounded Knee und konnte für diese Aktion ein Stammesbündnis wie zu Sitting Bulls Zeiten schmieden. 200 Besetzer aus verschiedenen Stämmen waren angereist, hielten bis zum 8. Mai 1973 den Ort 71 Tage lang besetzt und zwangen das FBI zu einer martialischen Polizeiaktion, die aus dem Ruder lief. Die Polizei und dubiose örtliche Milizen hatten die Aktivisten umzingelt und lieferten sich aus bis heute nicht restlos aufgeklärten Gründen Feuergefechte mit den Eingekreisten. In der Presse war schnell von einem »Wounded Knee II« die Rede. In den juristischen Nachspielen wurde seitens der Behörden fälschlicherweise auf eine kommunistische Unterwanderung des AIM und dessen Steuerung aus Kuba hingewiesen, die zu den größten Befürchtungen Anlaß gegeben hätten.

Ein anderes Nachspiel dieses Showdowns mit dem FBI ereignete sich am 26. Juni 1975. Während eines Schußwechsels im Reservatsgebiet von Pine Ridge starben zwei Beamte des FBI. Der festgenommene Leonard Peltier (*1944, ein Lakota-Halbblut mit franz. Vorfahren) wurde 1977 in einem fragwürdigen Prozeß, der wiederholt angefochten wurde, zu zweimal lebenslänglich verurteilt und gilt seinen AIM-Mitkämpfern seitdem als eine Art indianischer Nelson Mandela. In und außerhalb Nordamerikas blieb er hingegen weitgehend unbekannt.

Das bürgerliche Zeitalter hat mit jeder Form von Stammesdenken gründlich aufgeräumt. Selbst »retardierende Momente« wie die Totalitarismen



Massengrab für die Toten des Massakers von Wounded Knee.

des letzten Jahrhunderts, in denen eine moderne Abart des Phyletismus noch einmal zum Ausbruch gelangte, konnten den Gang der Geschichte nicht stoppen. Am Ausgang der bürgerlichen Epoche, wie er sich in unseren Tagen ankündigt, wird das Denken in Solidar- und Kampfgemeinschaften von außereuropäischen Kulturen mit Vehemenz in den alten Kontinent hineingetragen. Im Vergleich zu den indianischen Kulturen Nordamerikas sind die Rollen in Europa allerdings klar vertauscht: Eine robuste, selbstgewisse Stammesmentalität erdrückt eine erschöpfte, überzivilisierte Bürgerlichkeit.

Der französische Soziologe Michel Maffesoli fragt sich angesichts dieses tiefgreifenden Paradigmenwechsels, welchen kollektiven Ausdruck eine bedrängte Kultur noch erreichen könne. Er sieht, ähnlich wie das auf deutscher Seite schon Henning Eichberg getan hat, den bisher kaum hinterfragten Individualismus einmünden in neue Geflechte, die keinen intellektuellen Konzepten mehr gehorchen. Weder Bourgeoisie noch Proletariat oder ähnliches sind die Bezugspunkte der Zukunft, sondern ein als Schicksalsgemeinschaft erfahrenes alltägliches, lokales Beziehungsgeflecht. Diese neu erfahrbare Gemeinsamkeit fußt auf Grundlagen längst überholt geglaubter Werte wie Abkunft, Sprache, Religion, Verwurzelung. Im Fokus steht nicht mehr allein das Individuum, sondern das, was allen innerhalb dieser Gemeinschaft gemeinsam ist. Vermittelnde und damit Distanz schaffende Institutionen, wie sie für die bürgerliche Zeit mit ihrer primär juridischen Mentalität charakteristisch waren, werden schrittweise (Maffesoli rechnet mit einer Übergangszeit) von neuen Unmittelbarkeiten abgelöst. Verbindlichkeiten und Pflichten werden anders erlebt, da sie immer im unmittelbaren Lebenshorizont erscheinen und dort ihre existentielle Notwendigkeit offenbaren. Damit propagiert Maffesoli keinerlei neototalitäre Uniformität, sondern ein organisches Ganzes, in welchem das Individuum seinen Platz und sein Recht erhält, in welchem es aber durch seine Verwurzelung eine Erweiterung an sich erfährt, ohne hierbei zu verwahrlosen. Der Mensch wird in dieser Vision nicht mehr zusammenhanglos vor sich hin leben.

Sein Vorgänger in Deutschland, Henning Eichberg, erblickte in dieser sozio-tektonischen Grundverschiebung vom Staatlichen zum Volklichen überdies eine Bewegung »auf ein matriarchalisches Selbstverständnis« hin. Das staatlich verfaßte (und so verstandene) Vaterland werde zum nährenden Mutterland werden. Eine so konnotierte Loyalität werde, so die Annahme, weder zu korrumpieren noch leichthin aufzukündigen sein, wie es in unseren Tagen im Land der »Mutti« leider geschieht. ■

Literaturhinweise:

Dee Brown: *Begrabt mein Herz an der Biegung des Flusses,* Hamburg 1974;

Henning Eichberg: *Abkoppelung. Nachdenken über die neue deutsche Frage,* Koblenz 1987;

Michel Maffesoli: *Le temps des tribus. Le déclin de l'individualisme dans les sociétés postmodernes,* Paris 2019;

Peter Matthiessen: *In the Spirit of Crazy Horse. The history of Leonard Peltier and the FBI's war on the American Indian Movement,* New York 1991.



Baustelle der umstrittenen Eyyüb-Sultan-Moschee in Straßburg

Assimilation – eine unrealistische Forderung?

Thomas Hennetier *(éléments)* im Gespräch mit Vincent Coussedière und Michel Geoffroy

Niemals wurde – vor allem auf seiten der politischen Rechten – mehr über Assimilation gesprochen als seit der Zeit, da sie nicht mehr funktioniert. Von allen Plädoyers, die sich neuerdings mit ihr befassen, ist jenes von Vincent Coussedière, *Éloge de l'assimilation. Critique de l'idéologie migratoire* (»Lob der Assimilation. Eine Kritik der Migrationsideologie«, Monaco 2021), sicherlich das originellste und gehaltvollste. Doch konnte Coussedière Michel Geoffroy nicht überzeugen, der seinerseits eine kompromißlose Abrechnung mit dem Status quo, *Immigration de masse. L'assimilation impossible* (»Masseneinwanderung. Die unmögliche Assimilation«, Paris 2021), verfaßte. Wir stellen beide einander in einer Debatte gegenüber.

ÉLÉMENTS: Wie Raphaël Doan in *Le Rêve de l'assimilation. De la Grèce antique à nos jours* (»Der Traum von der Assimilation. Vom antiken Griechenland bis heute«, Paris 2021) unterstreicht, wird die Forderung nach Assimilation politisch rechts, ja sogar am äußeren Rand der Rechten verortet, wo sie doch eigentlich auf eine erst durch die Aufklärung ermöglichte universalistische Auffassung zurückzuführen ist. Wie kam es zu dieser Verschiebung?

VINCENT COUSSEDIÈRE: Es ist die Linke, die die Assimilation als ein rechtes, ja radikal rechtes Phänomen erscheinen läßt! Sie wirft der Rechten vor, mit ihrer Forderung nach Assimilierung die Andersartigkeit der Fremden zu leugnen, und brandmarkt sie als rassistisch und xenophob. Sartre ist der Pionier dieser radikalen Assimilationskritik, die heute von Einwanderungshistorikern und -soziologen wie Gérard Noiriel oder Patrick Weil aufgegriffen wird.

Die identitäre Rechte ihrerseits kritisiert die Assimilation auch, aber vom entgegengesetzten Standpunkt: Sie befürchtet, daß durch Assimilation der Fremden die nationale Identität zerstört wird. In beiden Fällen prangert man also die Assimilation im Namen der Identität an – der Identität des Einwanderers auf der einen Seite, der nationalen Identität auf der anderen Seite.

Meiner Meinung nach kann aber die Assimilation weder der Rechten noch der Linken zugeschrieben werden, weder dem universalistischen Prinzip noch einem, das die Unterschiede betont. Ich versuche sie als »Nachahmungsassimilation« begrifflich neu zu fassen, und zwar ausgehend von einer Überlegung Gabriel Tardes, der in der »Nachahmung« eine universelle soziale Tatsache sieht. Wenn wir nun in diesem Sinne von der Assimilation als »universellem« Phänomen sprechen, heißt dies keineswegs, daß sie »universalistisch« wäre – wenn man unter »Universalismus« den Willen versteht, der ganzen Welt die eigenen Gebräuche und die eigenen Gesetze, die eigene Moral und die eigene Politik aufzuzwingen. Insofern sie Nachahmung bestimmter Vorbilder in Absetzung von anderen ist – Vorbilder sind nicht beliebig kumulierbar, da sie sich widersprechen –, geht Assimilation »aussondernd« vor und trägt zur Vielfalt menschlicher Gemeinschaften bei.

MICHEL GEOFFROY: Wenn man in unseren Tagen die Assimilation aufs Tapet bringt, beklagt man damit im Grunde genommen nur die verlorengegangene Homogenität unserer Gesellschaft. Ihre Thematisierung zeugt also eher von wohlfeiler Nostalgie – vor allem wenn sie sich mit den »Werten der Republik« schmückt! – als von einer real umsetzbaren Forderung im Zeitalter der Masseneinwanderung. Ja, ich ginge noch weiter und würde sagen, daß es sich hier um eine Art Tagtraum handelt: Tatsächlich hätte man sich die Assimilationsfrage vor 30 Jahren stellen müssen, in den 1980er Jahren, zu einer Zeit, als wir der Zuwanderung zum Zwecke der Ansiedlung Tür und Tor geöffnet haben! Aber damals mußte man, wollte man salonfähig bleiben, die Einwanderungsfrage geradezu leugnen – sie galt als Obsession der radikalen Rechten.

Es mutet surreal an, die Assimilation heute zu thematisieren, da Frankreich in verschiedene Gemeinschaften zerfällt, wo 20 Prozent der männlichen Neugeborenen einen muslimischen Vornamen tragen und offiziell jahraus, jahrein 450 000 Personen nach Frankreich einwandern, wobei in dieser Zahl die illegalen Immigranten noch gar nicht erfaßt sind. Es kann nicht verwundern, daß sich einige in der Rechten dieses Themas annehmen: Die Rechte in Frankreich hatte schon immer die Neigung, die Straße im Rückspiegel zu betrachten …

Éléments: Besteht das Problem nicht in der Doppeldeutigkeit der französischen Politik? In der Praxis – dies sagen Sie ja beide – hat man (wobei noch zu erläutern wäre, wer unter diesem »man« zu verstehen ist) auf die Assimilation verzichtet; offiziell jedoch ist sie nach wie vor – ohne sich als solche zu »outen« – die Stichwortgeberin bei der Erlassung der jüngsten Gesetze, die das Tragen des Schleiers in der Schule oder der Burka im öffentlichen Raum verbieten.

Vincent Coussedière: Die Gesetze bezüglich des Schleiers oder der Burka überspielen den Verzicht auf eine Assimilationspolitik und ihre Ersetzung durch eine Politik, die der »Laizität« eine Rolle zuschanzen will, die diese nicht erfüllen kann. 1989 entdeckt die französische Gesellschaft mit der »Kopftuch-Affäre von Creil« (nordafrikanische Einwanderer konnten einen Etappensieg gegen den Laizismus erzielen, d. Red.) die Probleme, die bald schon im Zusammenhang mit einem Teil der muslimischen Einwanderungsgemeinde akut werden sollten, da letztere nicht gewillt ist, ihre religiösen Praktiken auf die Privatsphäre zu beschränken, sondern sie im Gegenteil zur Schau stellt und verbreitet. »Alles beginnt 1989«, schreibt Alain Finkielkraut in *L'identité maheureuse* (»Die unglückliche Identität«, Paris 2013): Das heißt, diese »republikanischen« Intellektuellen werden sich schlagartig der Folgen einer islamischen Zuwanderung bewußt, deren Menge oder Assimilierbarkeit bis dahin nicht problematisiert wurde. Dies erklärt auch den Erfolg und den beginnenden Siegeszug des Konzepts der »Integration«: Man verzichtete auf die Forderung nach Assimilierung an die Nation, um sich mit einer Pseudo-Forderung nach Integration in die Republik zu begnügen. Der Zugewanderte sollte zwar die gesetzlich festgeschriebenen Rechte und Pflichten beachten, doch stand es ihm frei, seine Sitten in der Privatsphäre zu praktizieren. Der Gegensatz zwischen privat und öffentlich wurde damit zur Zauberformel der gelungenen Integration. Statt die enge Verbindung zwischen unseren Gesetzen und unseren Sitten zu begreifen, errichtete man eine abstrakte Trennwand zwischen ihnen. Dabei ging man von der Tabula rasa der Republik und der laizistischen Neutralität aus, die, so glaubte man, fortan auch die Assimilation überflüssig machen würden.



Verbotene Pro-Palästina-Demonstration am Platz der Republik in Paris (Mai 2021).

Michel Geoffroy: Dies ist eine französische Spezialität: Die Regel unbeugsam, die Praxis nachgiebig … Bei einem unlängst stattgefundenen Audit stellte der Rechnungshof *(Cour des comptes)* fest, daß der Einbürgerungstest »kurz und formell« sei und einer Überprüfung des Assimilationsgrades, vorgeschrieben von den Paragraphen 21 bis 24 des *Code civil,* »äußerst lax nachgegangen werde«. Hinsichtlich des Vertrags für republikanische Integration *(contrat d'intégration républicaine),* der insbesondere die Beherrschung der französischen Sprache garantieren sollte, räumt derselbe Gerichtshof ein, daß ungeachtet der Tatsache, daß die einzige Verpflichtung in der gewissenhaften Teilnahme an den Sprachkursen besteht, es »unmöglich ist, die Nichtbeachtung [dieser Verpflichtung] mit dem Nichtaushändigen einer mehrjährigen Aufenthaltsgenehmigung zu korrelieren.«

Mit anderen Worten: Die Einrichtungen, die ein Minimum an Assimilation garantieren sollten, funktionieren nicht, weil sie einem ununterbrochenen Zustrom von zu vielen Neuankömmlingen ausgesetzt sind, deren Status von der Verwaltung nicht mehr vernünftig bearbeitet werden kann – vorausgesetzt, daß dies überhaupt gewollt ist. Es genügt, die langen Warteschlangen vor unseren Präfekturgebäuden Ende des Monats zu sehen!



Übrigens darf man nicht vergessen, daß im Gegensatz zur offiziellen Propaganda *Frankreich niemals ein Einwanderungsland war* und schon gar nicht ein Masseneinwanderungsland wie heute. Damit wird auch verständlich, warum unser Land weder über die nötigen Mittel noch über die Erfahrungen verfügt, um den ständigen Zustrom der außereuropäischen Einwanderer zu assimilieren. Darüber hinaus wird auch klar, daß die berühmte »Assimilation à la française« schlechterdings ein Märchen ist, denn unser Land hat immer nur eine überschaubare Anzahl von Fremden assimiliert, unter Berücksichtigung seiner Bevölkerung und seiner Geschichte.

ÉLÉMENTS: Wenn man eine Assimilierung an Frankreich fördern will, die nicht beziehungsweise nicht nur eine Assimilierung an die »Republik« sein soll, ist es da notwendig, die französische Identität zu definieren, oder kann man davon ausgehen, daß diese selbstevident ist?

VINCENT COUSSEDIÈRE: Man »definiert« Frankreich nur über in vielfältiger Weise erfolgte Nachahmungen der Vorbilder, die von den vorangegangenen Generationen auf uns gekommen sind, aber daneben auch durch Innovationen angesichts der neuen geschichtlichen Herausforderungen. Die Assimilierung an Vorbilder erfolgt über zwischenmenschliche, auf Nachahmung basierende Beziehungen über alle Institutionsgrenzen hinweg. Ohne solche Beziehungen verkommen die Institutionen zu geistlosen, toten Einrichtungen. Frankreich »definiert« sich also durch seine Assimilierung an sich selbst – ohne diese unablässig zu erbringende Leistung, die sich nicht auf den Besitz einer passiven und zugesicherten »Identität« herunterbrechen läßt, ist die Assimilation der Fremden eine leere Behauptung.

Institutionen können ihre Rolle nur erfüllen, wenn die Menschen, die ihre Seele sind, sich in allen Bereichen wieder aufraffen. Familie, Schule, Arbeit, Religion, Kultur, Staat sind die verschiedenen konzentrischen Kreise der nationalen Assimilation. Diese Institutionen befinden sich in der Krise, denn statt dem Individuum nachahmenswerte Vorbilder zur Verfügung zu stellen, deklarieren sie das Individuum selbst zum Vorbild. Damit suggerieren sie, daß es nichts Nachahmenswertes finden könne und die eigene Identität aus sich selbst schöpfen müsse. Indem sie das Individuum solchermaßen zur narzißtischen Selbstkonstruktion verurteilen, wird es zur Beute unterschiedlichster kommunitaristischer Rattenfänger.

MICHEL GEOFFROY: Jene, die sich unablässig auf den Geist der Republik berufen, die Republik, die die Dialekte in der Schule verboten hatte, behaupten heute, daß zum Zweck einer besseren Integration der Einwandererkinder Arabisch unterrichtet werden müsse. Oder sie bestätigen, daß sich Frankreich künftig aus *Gemeinschaften* zusammensetzen werde. Und doch könnte der republikanischen Ideologie *à la française* nichts mehr zuwiderlaufen! Man hat in Frankreich zielstrebig alle holistischen Institutionen dekonstruiert, die die Assimilierung der Individuen an die nationale Gemeinschaft gefördert haben. Und gerade diese *Dekonstrukteure* geben sich heute betroffen vom Scheitern der Integration!

Folglich ist die Frage nicht, wie man die Gesellschaft gestalten müßte, um eine Massenassimilation zu ermöglichen – dies scheint mir ein gänzlich utopisches Ziel zu sein –, sondern wie man die Fortsetzung der Masseneinwanderung unterbinden könnte, die jede Assimilation verunmöglicht!

ÉLÉMENTS: Welches wären die Bedingungen, um wieder an eine Assimilationspolitik anzuknüpfen?

VINCENT COUSSEDIÈRE: Eine Assimilationspolitik muß auf der Grundlage einer doppelten Ausrichtung neu geschaffen werden: Sie muß sowohl die Einheimischen als auch die Fremden einbinden, denn man stützt sich auf erstere, um letztere zu assimilieren. Sitten werden durch Nachahmungsprozesse und den sozialen Druck innerhalb des Volkes erworben und erst sekundär durch Gesetze. Die Menge ist ein wesentlicher Faktor, denn in einer Demokratie führt die Tatsache, daß die unterschiedlichen Lebensentwürfe

alle auf die gleiche Stufe gestellt werden, zu einer Krise der Vorbilder, die es nicht mehr wagen oder es schlicht nicht mehr schaffen, für ihre Überlegenheit die nötige Anerkennung zu bekommen. Die Menge verleiht somit dem Vorbild eine Überlegenheit, die es nicht mehr aus sich selbst hat.

Eine Assimilationspolitik muß also die Menge der Fremden einschränken, um sie assimilieren zu können. Dadurch begünstigt sie indirekt den Druck, der durch die nationalen Sitten der Mehrheit auf die fremden Sitten der Minderheit ausgeübt wird. Sie muß auch auf Eliten zurückgreifen können, die fähig sind, zur Nachahmung bereitgestellte Vorbilder zu fördern, um so Bewunderung und den Wunsch nach Nachahmung zu wecken.

Michel Geoffroy: Ich habe zugegebenermaßen große Schwierigkeiten mit der Vorstellung, daß eine *Assimilationspolitik* (für Fremde) in einer europäischen Nation wie der französischen notwendig sein soll. Wir sind im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, Australien, Kanada oder Neuseeland tatsächlich nicht sehr bewandert in Einwanderungs- und Multikulturalismusfragen. Wir sind keine Nation von Siedlern, sondern von *Erben*. Unsere Vorfahren lebten bereits vor Tausenden von Jahren in Europa: In Europa sind wir zu Hause!

Im übrigen kann Assimilation nur funktionieren, wenn sechs Bedingungen erfüllt sind: Wenn die Person wirklich den Willen hat, die Kultur und die Sitten ihres Aufnahmelandes zu assimilieren; wenn das Aufnahmeland in hinreichendem Maße Zuversicht in die eigene Identität und die eigenen Werte hat, um etwas anbieten zu können, das man sich aneignen kann; wenn der kulturelle Unterschied zwischen Aufnahme- und Herkunftsland des Einwanderers nicht zu groß ist; wenn der Einwanderer seine Bindungen zum Herkunftsland kappt; wenn die Einwandererströme überschaubar und auf große Zeiträume verteilt bleiben; wenn es im Aufnahmeland nicht bereits eine große Gemeinschaft von Leuten mit Migrationshintergrund gibt. Keine dieser Bedingungen ist heute erfüllt, und zwar hauptsächlich aufgrund des Masseneffekts, der von der Zuwanderung zum Zwecke der Ansiedlung hervorgerufen wird.

Éléments: Besteht eine erfolgreiche Assimilationspolitik nicht darin, daß der Einwanderer, wenn er sein Interesse, sich zu »franzisieren«, mit dem, seine Herkunft aufzuwerten, vergleicht, sich für ersteres entscheidet?

Vincent Coussedière: Assimilation ist kein Mittel zu einem äußeren Zweck: um eine Anstellung, eine Krankenversicherung etc. bekommen. Sie ist ihr eigener Zweck, weil sie motiviert wird durch die Bewunderung, die man dem Vorbild entgegenbringt. Der Fremde, der sich assimiliert, assimiliert sich aus keinem anderen Grund als dem einen: Franzose zu werden. Wenn der Fremde seine Herkunft höher schätzt als den Erwerb der »Qualität eines Franzosen«, dann kann und will er nicht assimiliert werden, denn Assimilation ist ein Prozeß nicht des Verzichts, sondern der Umwandlung und der Sublimierung der eigenen »Herkunft«. Man kann ihn nicht gegen seinen Willen zu diesem Prozeß zwingen, und wenn er sich nicht selbst in diesem Sinne entscheidet, sollte man ihm die Staatsbürgerschaft verwehren. Er wird unter gewissen Umständen als Fremder im Land bleiben dürfen, das heißt mit den Rechten und den Pflichten eines Fremden, die dementsprechend beschränkt werden müssen, aber er wird nicht eingebürgert – denn dafür ist die Assimilation die unerläßliche Bedingung.

Michel Geoffroy: Die Medien inszenieren mit Vorliebe Beispiele gelungener Assimilation: einen ENA-Absolventen koptischer Herkunft, eine brillante franko-tunesische Journalistin oder einen talentierten migrantischen Polemiker. Handelt es sich dabei aber wirklich um individuelle Schicksale, die für die Realität der Masseneinwanderung repräsentativ sind? Man darf dies zu Recht bezweifeln.

Viele Einwanderer suchen in Frankreich nicht irgendeine mehr oder minder zusammenphantasierte *francité,* sondern sie hoffen auf bessere Lebensbedingungen, auf ein leichteres Leben als in ihrem Heimatland. Oft zahlen sie übrigens Schleusern sehr viel dafür. *Migranten* kommen gerade auch deshalb nach Westeuropa, weil dieses die Immigrationsfrage nicht gesetzlich regelt und seine Grenzen nicht wirklich kontrolliert.

Zudem leben wir nicht mehr im 19. Jahrhundert, als die anderen Zivilisationen, im Banne der europäischen Vorherrschaft, davon träumten, unseren Lebensstil, unsere Werte und unsere Machtstrukturen zu kopieren. Diese Zeit ist endgültig vorbei, und heute, im Zeitalter des »Kampfs der Kulturen«, verleiten wir andere nicht mehr zum Träumen: Wir machen andere *neidisch*, was überhaupt nicht dasselbe ist.

Éléments: Vincent Coussedière, Sie haben behauptet, daß Nachahmungsassimilation beim Menschen ein lebensnotwendiger Prozeß sei. Wenn sich nun die Einwanderer die französische Kultur nicht aneignen, würde dies dann heißen, daß die Franzosen die fremde Kultur übernehmen werden?

Vincent Coussedière: Ich habe die verzweifelte Anhänglichkeit an ein Frankreich, dessen Sitten von der Elite nicht mehr verteidigt werden, den »Volkspopulismus« genannt.

Aber der Verfall der nationalen Assimilationsvorbilder und der Institutionen, die diese vermittelt haben, beschleunigt sich zusehends. Dies nun führt dazu, daß die Franzosen den Fremden nicht nur keine Vorbilder mehr bereitstellen können, sondern daß sie auch für sich selbst keine Vorbilder mehr haben. Der Islam in seiner islamistischen Variante profitiert von diesem Vakuum. Die Wichtigkeit, welche der Islamismus dem Mechanismus der auf Nachahmung der Sitten beruhenden Assimilation beimißt, ist beeindruckend, während wir selbst die Assimilation

dem persönlichen Befinden überlassen und blind dem Gesetz vertrauen, das ein Zusammenleben ermöglichen soll. Dieser Umstand aber erzeugt eine Verführungskraft des Islamismus, die jene der Islamo-Linken *(Islamo-Gauchisme)* bei weitem übertrifft und junge Franzosen in Ermangelung nationaler Vorbilder anspricht. Die vielen »Konvertiten« sind dafür ein beredtes Zeugnis. Die mimetische und demographische Dynamik des Islam könnte auf lange Sicht die Assimilationsrichtung sehr wohl umkehren. Wir sind zwar noch weit davon entfernt, selbst wenn die Wirklichkeit fiktionale Katastrophenszenarien, wie sie beispielsweise von Houellebecq im Roman *Unterwerfung* talentvoll beschrieben werden, manchmal zu übertreffen scheint.

ÉLÉMENTS: Unter den Gegnern der Assimilation stellen jene, die in ihr eine Art Verbrechen gegen die Identität der Einwanderer sehen, im Grunde genommen folgende Frage: Im Namen welchen Prinzips darf der Staat den Menschen ihre Lebensweise vorschreiben?

VINCENT COUSSEDIÈRE: Auch hier müssen wir unterscheiden zwischen der Integration durch das Gesetz und der Assimilation durch die Sitten. Wir stecken in folgender Sackgasse: Wir wollen die Sitten durch das Gesetz überformen, während wir gleichzeitig die Auflösung des französischen Sozialgefüges in Kauf genommen haben, das durch vielfältige Nachahmungsakte geeignet war, sich selbst zu bilden.

Diese beiden Dimensionen der Nachahmung – die staatliche und die soziale – können sich gegenseitig verstärken oder einander widersprechen. Es obliegt tatsächlich nicht dem Staat, den Leuten in der Schule oder am Strand Kleidervorschriften zu machen – eine dezente Kleidung im ersten Fall, kein *Burkini* im zweiten. Aber er sieht sich dazu aufgerufen, gerade weil der Prozeß der Nachahmung von verbindlichen Vorbildern zutiefst im argen liegt; dieser aber liegt zutiefst im argen, weil die Sitten einerseits der reinen Willkür des einzelnen, andererseits dem religiösen Puritanismus geopfert werden.

MICHEL GEOFFROY: Das libertäre Argument, dem zufolge dem Staat jegliche Legitimität fehlt, dem einzelnen Vorschriften zu machen, beruht auf einem radikalen methodologischen Individualismus, der im Staat nur den Garanten von Vertragsrechten und Rechten des einzelnen sieht, in Wirklichkeit also den Garanten eines abstrakten Menschen, den es so nicht gibt. Was soll man dazu sagen?

Zunächst, daß es die Gesellschaft sehr wohl gibt und daß sie den Individuen vorausgeht. Man kann also die Rechte des einzelnen keineswegs von denen der Gesellschaft trennen, und auch nicht auf Dauer erstere gegen letztere ausspielen.

Danach, daß der Plan, Menschengruppen zum Zusammenleben zu nötigen, die nicht dieselbe Wertehierarchie teilen, weil sie aus unterschiedlichen Kulturen stammen, unmöglich zur Eintracht führen kann; Menschengruppen, von denen die einen beispielsweise meinen, daß auf den Boden zu spucken ein Zeichen von Männlichkeit ist, während die anderen darin nur ein Zeichen von Vulgarität erkennen können; solche, die denken, daß es den guten Sitten entspricht, wenn Frauen ihre Gestalt verhüllen, während die anderen im Gegenteil meinen, daß Frauen ihre Gestalt stolz zeigen sollen; solche, die glauben, daß jede bildliche Darstellung Gottes zu verbieten ist, während die anderen denken, daß Gott Menschengestalt annehmen mußte.

Als politisches und soziales Wesen bevorzugt der Mensch tatsächlich die Gemeinschaft mit ähnlich Gesinnten und nicht mit Fremden, die ihm zu Recht *fremd* sein müssen.

ÉLÉMENTS: Michel Geoffroy, Sie schreiben, daß die Einwanderung eine Katastrophe ist, weil die Assimilation nicht mehr funktioniert. Vorausgesetzt, sie würde wieder funktionieren, wäre dann die Einwanderung keine Katastrophe mehr?

MICHEL GEOFFROY: Man darf die Einwanderung nicht ausschließlich auf die Assimilationsfrage reduzieren. Die Masseneinwanderung wirft in der Tat nicht nur aufgrund des kulturellen Unterschieds zwischen Einwanderern und Aufnahmegesellschaft Fragen auf. Der Masseneffekt an sich spielt eine negative Rolle.

Wenn ab morgen jedes Jahr Hunderttausende von Schweden kämen, um sich in Frankreich anzusiedeln, hätten wir mit ihnen ebenfalls ein Integrations- oder Assimilationsproblem, weil sie ja lutherischen Bekenntnisses sind … Die Masse an und für sich führt zum Segregationseffekt, weil die Neuankömmlinge die Tendenz haben, sich in Gegenden niederzulassen, die bereits von Gruppen derselben Herkunft bewohnt werden.

Die Einwanderung stellt wegen ihrer Größe und ihrer Konzentration in Raum und Zeit ein Problem dar, denn die europäischen Völker waren noch nie in ihrer ansonsten reichlich bewegten Geschichte mit diesem Phänomen konfrontiert. Wenn wir die Menge der Einwanderer und Asylbeantrager, die sich jährlich in Frankreich niederlassen, mit der Gesamtbevölkeung vergleichen, haben wir es verhältnismäßig mit einem viel wichtigeren Zustrom als die Vereinigten Staaten zu tun, die dem eigenen Selbstverständnis nach ein Land von Siedlern und Einwanderern sind. Und dabei will ich noch gar nicht die Größe unseres Landes mit den Landmassen der Vereinigten Staaten vergleichen, deren Oberfläche vierzehnmal jene von Frankreich übertrifft! Assimilation funktioniert nur im Einzelfall, sie braucht viel Zeit, und man darf auch nicht vergessen, daß es sich dabei um einen schwierigen und oft unvollständigen Prozeß handelt. Solange wir die Einwandererströme nicht eindämmen, können weder Assimilation noch Integration funktionieren, und das Ergebnis wird verheerend sein. ■

(Dieses Gespräch erschien zuerst in Heft 190, Juni/Juli 2021, der Zeitschrift éléments. *Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Redaktion in Paris; die Übersetzung besorgte Christa Nitsch.)*

Wie geht es eigentlich … Paul Rzehaczek?

von Benedikt Kaiser

Am 24. November 2020 wurde vom sogenannten Faktenfinder der *Tagesschau* das Phänomen politischer Gewalt analysiert. Eine Zwischenüberschrift im Artikel sorgte für basses Erstaunen: »Direkte Gewalt gegen Personen eher selten«. Als Leumund holte sich das Rechercheteam das Bundeskriminalamt (BKA) hinzu. Dessen Präsident Holger Münch, so hieß es bei der ARD, bewerte das Risiko des Linksterrorismus als gering (!). Bezüglich linksextremer Gefährder gehe man »von einer Größenordnung aus, die man an einer Hand abzählen kann«, wurde Münch via *Frankfurter Rundschau* zitiert.



Nun hätte man dies besser wissen und seriöser kommunizieren können. Nur wenige Wochen zuvor, am 5. November, wurde mit der mutmaßlichen Rädelsführerin Lina E. der vermutete Kopf der Leipziger »Hammerbande« festgenommen. Der Kernvorwurf gegen den antifaschistischen Trupp besteht gemäß der Bundesanwaltschaft darin, eine linksextremistische kriminelle Vereinigung gebildet zu haben. Das Straftatenregister wird dominiert von »gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung« in mehreren Fällen. Gewalt gegen Personen – »eher selten«, zumal es neben Leipzig auch noch die weiteren Hotspots Berlin, Hamburg oder Göttingen gibt? Die Festnahme von Lina E. stachelte dieses personenstarke Lager denn auch an, und zwar nicht nur zu Solidaritätsbekundungen mit der inhaftierten Genossin, sondern auch mit ihrem weiterhin untergetauchten Verlobten und der Aktionsform »Gewalt« an sich. So darf es nicht erstaunen, daß die Gewaltwelle von links im Jahr 2021 eher an Fahrt aufnahm, als daß sie sich bremsen ließ: Markante Fälle alleine in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sprechen Bände; die Spannbreite reicht von zusammengeschlagenen Einzelpersonen bis hin zum Niederbrennen ganzer Häuser. Anfang März 2021 sorgte zudem ein besonders perfider Fall für Entsetzen in jenen Teilen der Bevölkerung, die – erstens – überhaupt etwas davon mitbekamen (die große Presse schwieg sich aus) und die – zweitens – noch nicht völlig im Wahn des längst entgrenzten Kampfes gegen rechts aufgegangen sind.

Was war passiert? Paul Rzehaczek, Bundesvorsitzender der Jungen Nationalisten (JN), wurde frühmorgens in seiner Wohnung überfallen. Als Polizisten verkleidete Linksextremisten traten gegen die Haustür des Mehrfamilienhauses im nordsächsischen Eilenburg, in dem er mit Frau und Kleinkind lebt. Nachbarn öffneten ihnen die Haustür, die Täter drangen ins Haus ein, stürmten zur Wohnung Rzehaczeks und forderten ihn auf, die Tür zu öffnen. Leider leistete Rzehaczek dieser vermeintlich offiziellen Ansage Folge. Nachdem die »Polizisten« ihm befohlen hatten, sich auf den Boden zu legen, traktierten sie ihn mit einem Hammer, schlugen ihm mehrfach auf beide Fußgelenke und auf den Kopf. Erst als sie ihn noch mit Reizgas malträtiert hatten, ließen sie von ihrem Opfer ab und entfernten sich vom Tatort. Das regionale Nachrichtenportal TAG24 erfuhr im Nachgang aus Justizkreisen, daß die Täter offenbar gezielt die Sprunggelenke Rzehaczeks zertrümmerten. Mit einiger Wahrscheinlichkeit war den Antifa-Rechercheuren bekannt, daß er kurz vor dem Absolvieren einer Fahrlehrerausbildung stand. Er konnte sie nun nicht antreten, und der Ausbildungsbetrieb nahm aufgrund der regionalen Medienberichterstattung von seinem Mitarbeiter in spe Abstand.

Neben diesem beruflichen K.o. laboriert Rzehaczek bis heute gesundheitlich an den Folgen des Überfalls. Sorgte dies für verstärkten Fahndungsdruck auf die linke Szene? Das weiß man als Außenstehender nicht. Was man weiß: Abseits regionaler Medien und nonkonformistischer Kreise aller Couleur berichtete niemand über den Vorfall, der sich zwei Monate später in Erfurt nahezu deckungsgleich wiederholte: Ein rechter Fußballfan des lokalen Traditionsvereins wurde von vermeintlichen Polizisten in den eigenen vier Wänden zusammengetreten und mit Chlor übergossen. Auch daß die schwangere Freundin des Opfers gefesselt wurde, sorgte – jenseits der üblichen Berichterstattung auf Sparflamme – für kein Rauschen im Blätterwald. Das Opfer – ein »Nazi«, die Täter – »Unbekannte«, die Gefahr linken Terrors – für Establishment-Organe »eher gering«, antifaschistische Metapolitik – erfolgreich. ▪

Was macht eigentlich … Oliver Janich?

von Caroline Sommerfeld

Oliver Janich betrieb über ein Jahrzehnt einen YouTube-Kanal mit 160 000 Abonnenten, der jedoch 2020 endgültig gelöscht wurde – die Coronazensur schlug zu. Vor der Löschung hatte Janich damit kokettiert, daß er dies und das jetzt nicht sagen werde und er hier nur bestimmte Dinge preisgeben dürfe, sonst werde der Kanal abgedreht. Auf diese Weise ein Mehrwissen zu suggerieren, ist natürlich eine Masche, aber nicht nur. Vielleicht wurde er tatsächlich erst deshalb so spät gesperrt, weil er bis heute bestimmte Inhalte nur auf BitChute und anderen Kanälen für zahlende Abonnenten zugänglich anbietet. Meinungslogistisch ist das ein cleverer Schachzug, und daß es sehr narzißtisch wirkt, ist etwas, womit er selbst ohne Zweifel gut zurechtkommt, denn: Es funktioniert!

Was interessiert uns an ihm? Ganz einfach: Er hat den wohl erfolgreichsten »alternativen« Informationskanal auf Telegram etabliert. Drei Punkte sind in bezug auf Janich zu vergegenwärtigen:

1. Janich ist Anhänger der Österreichischen Schule der Volkswirtschaft, und zwar einer von deren unnachgiebigsten Vertretern. Radikal libertär zu sein bedeutet, sich dem Staat als solchem, nicht nur gewissen Mißbrauchserscheinungen, zu entschlagen. Anders als *freemen,* manche Anarchisten oder Reichsbürger ist Janich ein rein ökonomischer Libertärer, was ihn mit Markus Krall vereint, der allerdings, anders als Janich, sein Vertrauen in die bürgerliche Klasse beibehält. Eine Privatrechtsordnung, wie sie etwa Titus Gebel entwirft, so Janichs Gedanke, würde uns vom Staat erlösen. Herrschaft per se als illegitim anzusehen führt ihn zu einer ahistorischen und holzschnittartigen Geschichtsdeutung, nach dem Schema: Die Menschen in Hitlerdeutschland haben gewußt, daß sie einen Staat wählen, also sind sie selber schuld an ihrer Niederlage. Den Menschen als autonomen rationalen Entscheider zu betrachten ist zunächst die allgemeine Berufskrankheit der Ökonomen. Im Falle des Janichschen Libertarismus kippt der Freiheitsimpuls vollends in eine utopische Anthropologie.

2. Oliver Janich hat sich aus inhaltlichen oder aus unternehmerischen Gründen aus der »QAnon«-Verstrickung selber wieder freigestrampelt. Ein Mensch mit einem Affekthaushalt wie er, der schlicht und einfach »weiß«, daß seit Jahrhunderten hinter dem Vorhang des Welttheaters das Bühnenbild ständig nach Belieben der Theatermacher umgebaut wird – so ein Mensch ist überaus empfänglich für »Q«. Daß politisch Eingeweihte, womöglich aus der US-Generalität, Präsident Trump aufgebaut haben und verborgenerweise dabei sind, die »Kabale« zu erledigen und dazu die Geköderten mit regelmäßigen kryptischen Prophezeiungen zum kurz bevorstehenden »Sturm« zu versorgen, konnte an einem wie Janich nicht vorübergehen. Daß er zunächst aus seiner Beteiligung und dann aus seinem »geläuterten« Abgang Profit geschlagen hat, gehört zu seinem Geschäftsmodell, und das muß, wer Janich liest, immer mitdenken.

3. Glaubt man jemandem wie Janich eine ergreifende Videobotschaft an seine Familie? Hier ist ein kleiner Exkurs in die Psychologie des »rechten« und/oder »verschwörungstheoretisch« denkenden Nerds nötig. Er sammelt in durchwachten Nächten Massen von Fakten und »Fakten«, puzzelt die Teilchen zusammen, liest obskures Zeug und ermüdende Mainstreamnachrichten. Was er weiß oder zu wissen glaubt, teilt er mit der Menschheit; die Leute haben das Recht auf »die Wahrheit«. Nur wenige, dafür besonders loyale Menschen hören auf ihn. Zum Thema Great Reset, Virentheorien und Gentherapie-Impfung hat Janich derzeit alles Deutsch- und Englischsprachige auf dem Schirm. Nun vernahm er, daß seine Mutter und einige andere Angehörige sich bereits ohne sein Wissen haben impfen lassen. Da kann auch ein mit allen Wassern gewaschener Medienaktivist wie er nichts anderes mehr tun, als kurz vorm Heulen alles noch einmal in eine Videobotschaft zu packen und es ihnen ungefragt zukommen zu lassen. Hier wird der große Poser plötzlich klein. Vielleicht ist die Erkenntnis dieser Ohnmacht dazu da, den Glauben in Rationalismus, Aufklärung und Vermeidbarkeit des Weltgeschehens zu beschämen. Den Gottesglauben, dies auch noch auszuhalten, hat Oliver Janich zumindest dem Vernehmen nach. ■

Worauf setzt eigentlich … Hans-Georg Maaßen?

von Benedikt Kaiser

Es gibt in jeder Partei Ausreißer, um die sich Angehörige der Konkurrenzparteien bemühen. Ob Thilo Sarrazin, Sahra Wagenknecht oder Boris Palmer – wer aus dem eigenen Trott ausschert, zieht neugierige Blicke der Mitbewerber auf sich. Unangenehm wird es für Beobachter, wenn aus ehrlichem Interesse Stalking wird. Dieses Gefühl drängt sich auf, wenn man betrachtet, wie insbesondere westdeutsch sozialisierte AfD-Mandatsträger dem CDU-Fossil Hans-Georg Maaßen durch stetige PR-Arbeit in sozialen Medien mehr und mehr Reichweite verschaffen. Steht das einer Alternative zum falschen Ganzen, das wesentlich durch die Christdemokratie verursacht, verwaltet und verteidigt wird, gut zu Gesicht?



Wohl kaum. Maaßen, der seine Mitgliedschaft in der CDU/CSU-nahen WerteUnion ruhen läßt, weil ihm der Sozialkonservative Max Otte (siehe *Sezession* 101) als neuer Bundesvorsitzender nicht geheuer ist, läßt ja keine Gelegenheit aus, sich als Vorkämpfer gegen rechts zu stilisieren. Das ändert nichts daran, daß Unbelehrbare vor, während und nach den Auftritten Maaßens eine Cheerleader-Brigade inszenieren, auf die das Wort »Fremdscham« zu verwenden höfliche Untertreibung darstellte.

Was bejubelt man bei Maaßen? Daß einer, der jahrzehntelang als Verantwortungsträger der bundesdeutschen Malaise fungierte und von ihr profitierte, nach 2015 punktuell aufbegehrte? Oder ist es seine Aussage, daß es in Chemnitz anno dazumal keine »Hetzjagden« durch Deutsche auf Migranten gab? Das wäre verständlich, weil Maaßen mit dem Insistieren auf dieses Faktum etwas riskierte und der politmedialen Meute widerständig gegenübertrat. Das war es aber fast schon auf der Habenseite. Es ist demgegenüber bemitleidenswert, wie Maaßen um Anerkennung durch jene »Mitte« bettelt, aus der man ihn für moderates Abweichen verstoßen hat. Er betont, daß »kaum ein Präsident des Verfassungsschutzes mehr gegen den Rechtsextremismus getan« habe und daß er »gegen den Willen des damaligen Innenministers beim Haushaltsausschuß neue Stellen für den Kampf gegen Rechtsextremismus« durchsetzen konnte.

Der gemeine Liberalkonservative bleibt hier gefaßt, da es sich wohl um wahren »Rechtsextremismus« gehandelt habe, während es erst heute unbescholtene Bürger treffe. Doch in einem solchen Verblendungszusammenhang gefangen, bleibt man blind für den Umstand, daß es Maaßens Amtszeit war, in der die jungen Patrioten der »Identitären Bewegung« sukzessive kriminalisiert wurden, in der man den losen Verbund einer Neuen Rechten etappenweise in den Fokus nahm, in der man das Prüfverfahren gegen die AfD eröffnete, woran Maaßen stolz erinnert. Auch war es Maaßen, der bereits im Verfassungsschutzbericht 2016 (!), just ein Jahr nach dem Sommer der Massenmigration, davor warnte, daß sich die »extreme Rechte« bürgerlicher Camouflage bedienen könnte, um »rechtsextremistische« (im Klartext: migrationsgegnerische) Argumentationslinien in breitere Gesellschaftsschichten einsickern zu lassen.

Maaßen ist also keine sogenannte Kippfigur, die Trennlinien überwindet und Brükken baut, nein: Er ist jenes systemstabilisierende Oppositions-Simulacrum, das eine unüberwindbare Barrikade vor der Brücke errichtet, um von denen, die nicht auf jene hinaufgelassen werden, dafür frenetisch gefeiert zu werden, weil er sich mitunter imstande zeigt, alt-christdemokratische Restvernunft zu konservieren. Ohnehin: Maaßen ist Christdemokrat, war dies auch als VS-Behördenchef, tritt im September als Bundestagsdirektkandidat in Thüringen an und betont die Wichtigkeit des Erfolges Armin Laschets – immerhin hier zeigt er sich mit Max Otte einig. Das ist unter Christdemokraten in Ordnung, aber unter ihren Herausforderern? Wie wäre es also mit PR für Jürgen Treutler im Maaßen-Wahlkreis 196? Diplomingenieur Treutler, so darf man gewissen AfD-Funktionären erklären, ist der Direktkandidat der Alternative für Deutschland rund um Suhl, Schmalkalden-Meiningen, Hildburghausen und Sonneberg. Die permanente Unterstützung, die Maaßen erfährt, stünde ihm zu, doch sie bleibt aus. Man ergeht sich lieber in der Mystifizierung Hans-Georg Maaßens und beweist damit nur die Ideen- und Perspektivlosigkeit des parlamentspolitischen »Konservatismus«. ■

Wie steht es eigentlich um … die deutsche Gegenwartsliteratur?

von Ellen Kositza

Sie dümpelt, das ist klar. Sie unterliegt ja den gleichen groben Bedingungen, denen beispielsweise ein Polizeianwärter, ein Lehramtsreferendar und ein Deutsche-Bahn-Bediensteter unterliegen. Es gibt gewisse Regeln, oft unausgesprochene, oft bloß Sprachregeln. Es gibt diesen diffusen Meinungskorridor, innerhalb dessen sich Floristen bitte sehr, Fahrlehrer unbedingt und Medienpersonen schier unausweichlich bewegen sollten, wenn sie nicht anecken, sondern glatt durchkommen wollen.

Daß die Gegenwartsliteratur recht blütenarm ist, hat zuletzt der in Münster lehrende Literaturwissenschaftler und Professor Moritz Baßler angemerkt. Baßler, einst Assistent von Helmut Lethen, hatte Ende Juni 2021 einen vielbeachteten und kontrovers diskutierten Aufsatz in der Zeitschrift *Pop. Kultur und Kritik* veröffentlicht, unter dem ungefähr daherkommenden Titel »Der Neue Midcult«. Was beklagt er? Sowohl die intellektuelle Trivialität des rezenten literarischen Outputs als auch die Lage der Literaturkritik. Baßler nimmt zunächst ein außereuropäisches Phänomen als Beispiel. Es geht um die indisch-kanadische Schriftstellerin Rupi Kaur. Mit *Milk and Honey* (2014) hat sie den erfolgreichsten Lyrikband der Literaturgeschichte veröffentlicht: Über 3,5 Millionen Exemplare wurden unters sogenannte Volk gebracht. Frau Kaur war dadurch populär geworden, daß sie als Literaturstudentin ein Foto von sich verbreitete, auf dem sie sich mit einem Menstruationsblutflecken auf der Jogginghose zeigt. Und nun dieser phänomenale Erfolg als Gefühlsdichterin! Baßler spießt ein paar Netz-»Kritiken« auf und ätzt: »Die Userinnen in den Sozialen Medien sind vollständig in der Lage, sich ohne professionelle Richtschnur über die Qualitäten zu verständigen, die diese Gedichte für sie haben. Kaurs Lyrik berühre emotional, sei aber auch tiefgründig und rege zum Nachdenken an. Das erfüllt nicht nur die Horaz-Kombi aus ›prodesse et delectare‹, sondern auch die Voraussetzungen für ein ästhetisches Urteil nach Kant, in dem ein angeregtes Spiel der Erkenntniskräfte auf das Lustempfinden wirkt.«



Baßlers kluger Text ist dreizehn Druckseiten lang, weshalb es ungerecht sein könnte, ihn auf sein polemisches Potential herunterzubrechen. Allerdings ist genau dies verlockend. Anno 2021 heißt es nämlich von seiten der »Kritik«, daß »ästhetisch sperrige« Texte (man denke bloß kurz an Kleist!) heute obsolet seien, weil all die »Migrationsbiographien, die individuellen Selbstentwürfe, die Geschlechterverhältnisse« schon so kompliziert seien, daß es einer »einfachen Sprache« bedürfe.

Vor dem Hintergrund solcher Forderungen setzt sich Baßler mit voller Absicht in die Nesseln: »Vertraue auf deine Emotionen« – was für eine Meßlatte für Literaturkritik! Ohne (hier wird er jeweils konkret und nennt preisgekrönte Titel) Nazis, Unterdrückung, herablassendes Großbürgertum, KZs, Mißbrauch, Trauma, Verlust und andere Gegenbegriffe zur »Kuschelzone der mythischen Wohlfühlselbstverständlichkeit« geht gar nichts mehr. Als Paradebeispiel dient ihm zu Recht die Neonazis-am-Badesee-Szene aus dem preisgekrönten Roman *1000 Serpentinen Angst* der schwarzen Weimarerin Olivia Wenzel: »Die Nazis […] ziehen sich aus, wie ich mir das bei Soldaten vorstelle: stramm und zackig. Sie falten ihre Kleidung, stehen steif und aufrecht da, an einem heißen Sommertag, nackt und selbstbewußt, schauen auf den Strausberger Badesee, als gehöre er ihnen.« Baßler hat dafür einen Begriff: literarischer Kitsch.

Eingangs hatte ich Baßlers Einlassungen als »vielbeachtet« apostrophiert. Nun ja. Um ehrlich zu sein, interessiert sich eine kleine, wohl hauptsächlich weiße, bestalphabetisierte Minderheit in diesem Land für Gegenwartsliteratur. Der Anteil derer, die Kritik an der Literaturkritik rezipieren und goutieren – puh, hier sind wir im intellektuellen Widerstandsmilieu, das nach Dutzenden zählt. Es ist eine Debatte von Elfenbeinturm zu Elfenbeinturm, deren »Vielbeachtung« sich ausschließlich zwischen diesen Turmspitzen abspielt. Festzuhalten wäre, daß Professor Baßler, der nicht mal kurz vor der Pensionierung steht, sich ordentlich ins Zeug gelegt hat. ■

Twain und der europäische Trödelkram

Mark Twain: *Unterwegs mit den Arglosen. Die Originalreportagen aus Europa und dem Heiligen Land,* Hamburg: mareverlag 2021. 527 S., 44 €

Ohne *Tom Sawyer und Huckleberry Finn* hätte unserer Jugend etwas gefehlt. Neben dem speziellen Humor begegnete uns hier eine ungeschönte soziale Wirklichkeit, die bei allem Klamauk, dem Mark Twain frönt, für die Glaubhaftigkeit dieser Geschichten sorgt. Den Lausbubengeschichten haftet nichts Biedermeierliches an, was sie von vielen anderen unterscheidet und sicherlich auch dazu geführt hat, daß sie ihren Platz in der Weltliteratur behauptet haben. Darüber ist der Autor und dessen umfangreiches Werk etwas in Vergessenheit geraten. Zwar waren die Hauptwerke Twains immer lieferbar, aber um eine Werkausgabe bemühte man sich nur in der DDR (wo der ehemalige Jungenschaftsführer Eberhard Koebel-tusk den *Yankee an König Artus' Hof* übersetzte). Das hing damit zusammen, daß man den Autor nicht in erster Linie als Humoristen begriff, sondern in ihm den Realisten sah, der durch die Schilderung der sozialen Wirklichkeit als Augenöffner und Feindzeuge gegen die USA zu gebrauchen war.

Das zu seinen Lebzeiten erfolgreichste Buch Mark Twains war der Reisebericht *Die Arglosen im Ausland,* der 1869 erschien. Er beruhte auf einer Serie von Reisefeuilletons für amerikanische Zeitungen, in denen Twain 1867 von einer Reise nach Europa und in den Nahen Osten berichtet hatte. Für die Buchveröffentlichung überarbeitete er diese gründlich, so daß zwischen den Originalreportagen und dem Buch beträchtliche Unterschiede bestehen. Auf deutsch erschien dieser Band erst 1961 im Rahmen der DDR-Werkausgabe, zehn Jahre später wurde er in der BRD nachgedruckt. Der Mare-Verlag hat nun die Originalreportagen durch Alexander Pechmann übersetzen lassen (der Twain das Wort »Schwarzer« unterjubelt) und in einer ausgesprochen schönen Ausgabe (Leineneinband und Schuber) veröffentlicht. Der Unterschied zwischen beiden Ausgaben besteht vor allem in der Unmittelbarkeit der ursprünglichen Schilderungen, die Twain während der Reise verfaßte und sofort zur Veröffentlichung in die Vereinigten Staaten übermittelte. Für die Buchausgabe damals strich er einige scharfe Äußerungen, die religiöse Gefühle verletzen konnten.

Der Reiz des Buches besteht vor allem darin, daß Twain sich gemeinsam mit amerikanischen Pilgern auf den Weg macht, die sich mit dem Besuch der heiligen Stätten des Christentums einen Lebenstraum erfüllen. Twain steht den religiösen Überlieferungen eher skeptisch gegenüber und läßt an den Orten der Reise, die auf ihn ernüchternd wirken, und an seinen Mitreisenden, die sich von jedem Denkmal ein Andenken abbrechen, kaum ein gutes Haar. Die Reise mit einem demilitarisierten Raddampfer aus dem Bürgerkrieg führt von New York über die Azoren ins Mittelmeer, wo zahlreiche Abstecher in das Landesinnere Spaniens, Frankreichs und Italiens auf dem Programm stehen. Von Griechenland geht es auf die Krim, wo man dem Zaren begegnet, und von dort in die heutige Türkei und schließlich nach Beirut. Dort geht es mit dem Pferd weiter durch Syrien und das heutige Israel, um die heiligen Stätten der Christenheit zu besichtigen. In Jaffa wartet das Schiff, das die Pilger und Twain über Alexandria und die Bermudas nach mehr als fünf Monaten wieder in New York abliefert.

Den Reisereportagen merkt man an, daß man es mit dem frühen Twain zu tun hat. Viele Schilderungen, die ironisch sein sollen, sind zu platt, um die gewollte Wirkung erzielen zu können. Oftmals handelt es sich um die typisch amerikanische Selbstverständlichkeit, sein eigenes Land für den Nabel der Welt zu halten, gegen den nicht nur die Stätten der Christenheit, sondern das ganze alte Europa mit seinen Kunstschätzen wie ein Trödelladen wirken. Das einzige, was Twain Respekt einflößt, sind die ebenen Straßen in Italien, die er vorbehaltlos bewundert.

Den Nahen Osten beschreibt Twain als eine von Moslems, Bettlern und Kranken bewohnte Einöde, in der Touristen angebettelt oder als Christen verachtet werden. Seine Schilderung soll den möglichst größten Kontrast zur Entzückung der Pilger erzeugen, die sich im Nachvollzug der Leidensgeschichte Christi wähnen. An einer schönen Stelle schildert Twain den Versuch der Pilger, am See Genezareth einen Fischer für eine Bootsfahrt zu gewinnen. Als der einen stolzen Preis aufruft, beginnen die Pilger zu feilschen und müssen, als sich der Fischer nicht darauf einläßt, vom Ziel ihrer Träume, auf den Spuren von Jesus über das Wasser zu fahren, Abstand nehmen.

ERIK LEHNERT ■

Ein Amerikaner in Moskau

Keith Gessen: *Ein schreckliches Land. Roman,* Hamburg: culturebooks 2021. 468 S., 24 €

Was für ein großartiger Roman! Ein einziges Lesevergnügen! Wir sollten uns nicht aufhalten mit der Frage eines autobiographischen Abgleichs. Ja, Keith Gessen hat auffällige Gemeinsamkeiten mit dem Protagonisten dieses Buchs; mit Andrej oder Andrew, je nach Lesart. Keith wie A. sind in der Sowjetunion geboren und vor dem Fall des Eisernen Vorhangs mit der Familie ausgewandert in die USA, wo sie diverse Wohnsitze rund um Boston hatten. Der Autor wie sein Alter ego sind jüdisch, was eine marginale, wenngleich nicht vollends unwichtige Rolle spielt. Keith Gessen (*1975) ist zudem ein Bruder der ungleich berühmteren Masha Gessen (*1967), die eine »nonbinäre« LGBTQ-Aktivistin ist, zahlreiche preisgekrönte Bücher verfaßt hat und zuletzt (2019) den Leipziger Buchpreis zur Europäischen Verständigung verliehen bekam. All dies schadet diesem bis ins Detail vortrefflich durch Jan Karsten übersetzten Roman nicht im geringsten.

Uns berichtet hier Andrej, der im Jahr 2008 dreiunddreißigjährig nach Moskau zieht, um für seine demente Großmutter zu sorgen. Die Mutter ist jung verstorben, Andrejs älterer Bruder, ein kapitalistischer Karrierist, der bislang für die Oma sorgte, mußte das Weite suchen und aus Rußland fliehen. Andrejs akademische Karriere (spezialisiert auf russische Literatur) in den USA liegt auf Eis. Er zählt zum prekären universitären Mittelbau. Es scheint illusorisch, daß er je eine Professorenstelle bekleiden wird. Er bemüht sich halbherzig darum – zu gewichtig ist seine Melancholie angesichts der »Zustände hüben wie drüben«. Zwar betreut er mit erheblichem Zeitaufwand aus der fremden Ferne Studenten und schreibt an einem Aufsatz für eine wichtige Wissenschaftszeitschrift. Er möchte über neokommunistische Zirkel in der Hauptstadt berichten, denen er selbst sachte zuneigt. In seiner Moskauer Wohnung hat er aber nicht mal Internetanschluß, die nahe liegenden innerstädtischen Cafés mit WLAN kann er sich nicht leisten. Das Zentrum von Moskau ist unvorstellbar teuer. Es ist einzigartig, wie Gessen das Biotop der meist wenig gebildeten, nahezu wüsten neorussischen Hautevolee beschreibt. Andrej bleibt eine – oft selbstironisch betrachtete – Nebenfigur des Geschehens. Die Sachen geschehen ihm. Er möchte in manchen Aufwallungen durchaus gern handeln, Täter sein. Er gerät aber nur an Nutten, Schläger, Radikale, Antisemiten. Die russische Gegenwart saugt ihn widerstandslos auf. Dabei bemüht er sich durchgängig um Reflexion. »Die Frauen, das konnte ich nicht übersehen, waren außergewöhnlich attraktiv. Sie hatten etwas Besonders an sich, eine gewisse Uniformität. Sie alle waren dünn, blond und trugen schwarze Bleistiftröcke, weiße Blusen und High Heels. Ich weiß nicht, warum es mir gefiel, daß sie alle gleich aussahen, aber so war es. Auch die Männer folgten einem Muster: Kräftig, kaschagefüttert und zwei Meter groß, stelzten sie in teure Anzüge gezwängt durch die Gegend, ohne je zu lächeln. […] Sie hatten die Hände zu Fäusten geballt, als wären sie jederzeit bereit, sie zu benutzen. Ich kam aus einem Land, in dem sich Männer einen Bart wachsen ließen, kurze Hosen trugen und ununterbrochen lächelten, als spielte in ihrem Kopf eine Melodie, die nur sie hören konnten, während sie an einem Kaffee nippend die Bedford Avenue herunterradelten.« Andrej, der russifizierte Amerikaner, wird seine Lektion lernen. Auf der einen Seite liegen seine Sympathien, auf der anderen hingegen liegt der »gangbare Weg«. Am Ende wird er sich entscheiden. Oder, besser: Es wird entschieden. Der Leser fiebert atemlos bis zum letzten Satz. Chapeau, das ist hervorragende zeitgenössische Literatur!

ELLEN KOSITZA ■



Verschwimmende Zeiten, Möglichkeiten und »Dazugehören«

Jörg Bernig: *Der Wehrläufer. Eine Geschichte aus Prag. Novelle,* Dresden: edition buchhaus loschwitz 2021. 192 S., 24 €

In Prag, einer der »schönsten Städte, die er je betreten hatte und die er je betreten würde«, verbringt ein Schriftsteller dank einer Literaturstiftung einige Wochen, um einen Roman zu vollenden. An äußeren Begegnungen mit anderen Menschen ist der Aufenthalt arm. Der namenlose Autor, Mitte fünfzig, der aus einer ungenannten deutschen Stadt stammt, lernt lediglich einen jungen katholischen Theologen kennen, der unentschlossen ist, ob er Priester werden soll, und auf einem stillgelegten, zum Lokal umfunktionierten Moldaukahn arbeitet.



Ansonsten ist der Schriftsteller, in dem man wohl zumindest ein Stück Jörg Bernig vermuten darf, allein. Es handelt sich weniger um eine lastende als um eine notwendige oder gar gewünschte Einsamkeit. Erinnerungen holen ihn ein und krallen sich an ihm fest, Verdrängtes bricht auf, Zeiten verschwimmen. Nicht vor dem »Hintergrund« Prags, sondern durch das Erleben der Stadt, durch bewußt Beobachtetes und ungewollt auf ihn Einströmendes.

Ausgelöst werden die Reflexionen, als der Schriftsteller einen »Wehrläufer« beobachtet, einen Arbeiter, der ein Moldauwehr von Treibgut befreit. Eine unschöne Kindheitserinnerung

bricht sich Bahn, sein Mitschüler Michael wurde seinerzeit ertrunken aufgefunden. Die Tatsache, daß auch die anderen beiden Jugendfreunde des Schriftstellers – zusammen waren sie die »vier Musketiere« – bereits nicht mehr am Leben sind, erscheint zunächst als etwas überladen. Mit einer Art Auflösung relativiert sich dieser Eindruck später, und der Schriftsteller darf sich am Ende zwar nicht ganz zufrieden, aber befreit fühlen. Und, auch das überrascht angesichts des oft resignativ-pessimistischen Grundtons, die Erzählung schließt mit einer verheißungsvollen persönlichen Perspektive. Die in Prag ausführlich in Gedanken noch einmal durchlebte, schon länger zurückliegende, gescheiterte Beziehung findet offenbar eine Fortsetzung. Möglicherweise ähnlich und für den Schriftsteller untypisch entschlossen, wie sie einst auf einem Empfang begann: »Darf ich Sie wiedersehen?« – »Warum?« – »Weil ich Sie mag.«

Aber davor liegen die Streifzüge durch die spätfrühlingshafte und frühsommerliche, oft verregnete, geschichtsträchtige Moldau-Metropole, in deren Bann – die fast totgetretene Phrase dürfte hier ausnahmsweise einmal passend sein – er sich auf seine Weise ziehen läßt. Und da ist die Arbeit des Schriftstellers. Es handelt sich um einen Roman über einen bekannten Maler. Bernig bringt hier eine zweite Ebene ein, immer wieder wird aus dem entstehenden Werk »zitiert«. Der Maler, der T. Raum heißt und einen weiteren extrem großformatigen Zyklus »Die See« zu schaffen gedenkt (der Anspielungsreichtum ist überdeutlich), bricht während einer als Vorbereitung gedachten Reise mit dem Ganzen und verkauft, inkognito, kleinformatige Bilder an Touristen. Aus Pola, wo man ihn erkannt hat, »flieht« er nach Banjole – neben Prag ist die Südspitze Istriens das einzige explizit genannte geographische Gebiet, die im *Wehrläufer* eine Rolle spielt.

Immer wieder nähert sich Bernig den großen Fragen an. Etwa der, ob das ganze Leben nicht ein Träumen von Möglichkeiten sei. Oder, als Feststellung: »Ach, diese Träume, immer zu spät, immer eingetroffen wie bummelletzte Wünsche.« Um mitunter quälende Erinnerung geht es: »In dieser, wenn auch unbemerkten, Fortexistenz war die vergangene Zeit keine Vergangenheit, sondern immerwährende Gegenwart. Und gab es nicht Menschen, die […] aus der gegenwärtigen Gegenwart in irgendeine vergangene hinüberwechselten, dort blieben und damit dem linearen Verlauf der Zeit einen Strich durch die Rechnung machten?« Und um Beobachtungen wie diese: »Er hatte einen dieser sonst heimlich und im Verborgenen sich ereignenden Augenblicke überrascht, in dem die Sinne Erinnerung formten und in der Tiefe der Seele? des Hirns? ablagerten«.

Das »Dazugehören« ist ein weiteres, mehrfach aufgegriffenes Grundmotiv des *Wehrläufers*. Der Schriftsteller sah sich bei seiner Trennung dem Vorwurf ausgesetzt, daß er »nie ganz da« sei, nur »anwesend«. Später führt er dies weiter, wenn er, wenig von sich eingenommen, überlegt, ob das Leben diejenigen aussortiere, »auf die es bei seinem weiteren Verlauf verzichten konnte oder wollte. Und der weitere Verlauf war ein unbedingter Imperativ, der eben nicht alle, nicht ihn, einschloß.« Bernig weiß zudem immer wieder mit Entdeckungen zu verblüffen, die sich nur auf den ersten Blick als Spielerei darstellen. So, wenn er den tschechischen »Barman-Theologen« sagen läßt, »vielleicht« sei für ihn eines der schönsten deutschen Wörter, zusammengesetzt aus »viel« und »leicht«. Darin stecke Hoffnung.

ERIK LOMMATZSCH ■

Verfügungsmasse Mensch

Matthias Jügler: ***Die Verlassenen. Roman,*** **München: Penguin Verlag 2021. 170 S., 18 €**

Der rumäniendeutsche Schriftsteller Hans Bergel hat in einer seiner Erzählungen jene Lektürestunden und -tage beschrieben, in denen auf den Zusammenbruch der sozialistischen Regime des Ostens die ganz persönlichen Zusammenbrüche folgten. In den Aktenordnern und den Dossiers, die man als Betroffener, als Ausspionierter, Verratener, Zersetzter in den dafür zuständigen Aufarbeitungsbehörden einsehen durfte, verbargen sich Sprengsätze mit Zeitzündern. Oft waren es nahe Verwandte und gute Freunde, die den Inlandsgeheimdiensten zutrugen, was man so dachte, äußerte und trieb.



Bergel hat in seiner autobiographischen Erzählung beschrieben, wie manche Entdeckung, Aufdeckung, Entschlüsselung kaum zu ertragen war und wie ein starkes Gefühl der Verlassenheit einen packte, während man vom Verrat las. Matthias Jügler hat seinen kurzen Roman nach diesem Grundgefühl benannt. Johannes, der Ich-Erzähler, ist ein dreifach Verlassener: Zuerst stirbt seine Mutter (angeblich an einem Herzinfarkt), dann, nach der Wende, verläßt ihn sein Vater (angeblich wegen einer Dienstreise), und fünf Jahre später stirbt die Großmutter, bei der er seither lebte und von wo aus er immer weniger hoffnungsvoll und letztlich vergeblich auf die Rückkehr seines Vaters wartete. Irgendwann hörte die Großmutter auf, von einer »Dienstreise« zu sprechen, aber an die Stelle dieses Lügenworts tritt weder die Wahrheit noch eine andere Lüge, sondern ein Beschweigen, so als habe man sich damit abzufinden, daß es gerade die existentiellen, die entscheidenden Fragen seien, auf die man besser keine Antwort erhalte. Niemand erzählte Johannes, »warum Mutter wirklich starb, warum Vater zwar immer wieder vom Schreiben sprach, ich ihn aber nie schreiben sah, und erst recht wußte ich nichts von einem Bruder und all den anderen Dingen, von denen ich erst viel später erfuhr«.

Mit der Wahrheit konfrontiert zu werden, schlimmste Ahnungen bestätigt zu sehen: ein Zufall. Johannes findet in einem Buch einen Brief, abgeschickt aus Norwegen, und darin ist weder von einer Dienstreise die Rede noch von einer jähen Krankheit oder von irgend etwas sonst, das den Tod der Mutter oder das Verschwinden des Vaters in eine traurige Erzählung hätte einbetten und sie so dem verlassenen Sohn hätte näherrükken können. Vielmehr: Verrat, Lebenslüge, Doppelleben, Flucht, ein familiäres Desaster, eine menschliche Katastrophe. »Kein Mensch ist vor den Momenten sicher, in denen sich alles von Grund auf ändert und das eigene Leben plötzlich in völlig anderen Bahnen verläuft als erhofft« – das ist der Schlüsselsatz dieses Romans.

Johannes, mittlerweile städtischer Angestellter, Vater, ist nun, nach der lebensverändernden Lektüre, derjenige, der verläßt: Er trennt sich von Frau und Kind und reist seinem Vater hinterher, nach Norwegen, um ihn aufzuspüren und eine Antwort auf die Frage zu erhalten, wie ihm, dem Sohn, und ihr, der Mutter, so etwas hatte angetan werden können. Bloß: Wieder trifft Johannes auf Verlassene, Getäuschte, auf Gezeichnete, auf die Wiederholung eines Verhaltensmusters, das sich als Lebenslüge fortsetzt.

In der Mitte des Romans sind Originaldokumente eingefügt. Sie betreffen ein Ehepaar Wagner, das unerlaubt Texte auf dem Marktplatz in Halle/Saale vortrug, eine Fahrraddemonstration organisierte und sich konspirativ mit Freunden traf und dabei staatskritisch agitierte. Annegret Wagner wurde von IM Stefan im Mai 1986 im Verlauf eines Streits so gestoßen, daß sie fiel und unter die Räder eines Autos kam. Sie war schwanger.

Jügler hat über eine reale Begebenheit geschrieben, aber nicht dokumentarisch, sondern in eindringlicher, literarischer Form. Sie ist ihm erschütternd gut gelungen.

GÖTZ KUBITSCHEK ■

Literarischer Haßgesang

Louis-Ferdinand Céline: *Tod auf Raten. Roman,* Hamburg: Rowohlt Verlag 2021. 816 S., 38 €

Wer mit Ausflügen ins Reich des Vulgären und Derben seine Probleme hat, dürfte bekanntlich kein Freund von Michel Houellebecq sein. Doch noch kategorischer sollte er die Hände von Louis-Ferdinand Céline (eigentlich: Destouches) lassen. Der Armenarzt Céline (1894–1961), bekannt durch die grandiose *Reise ans Ende der Nacht* (frz. Erstausgabe 1932, dt. 1933 und 2003), aber auch ob seines rasenden Antisemitismus und der eigenartigen Kollaboration mit den nationalsozialistischen Besatzern während der *Occupation,* erinnert an Houellebecq auf Speed, und er wirkte als Autor in einer Zeit, in der literarische Haßgesänge, in ihrer einzigartigen Mischung aus Argot (dem Jargon der Pariser Halbwelt) und Hochsprache, noch vollends verpönt waren und einen wirklichen Tabubruch bedeuteten – keinen sorgsam inszenierten.

Die erstmals in deutscher Sprache vorliegende integrale Übersetzung des Romans *Mort à credit* – mit Auslassungen 1937 als *Tod auf Borg* bzw. ab 1963 als *Tod auf Kredit* erschienen – zeigt in aller Deutlichkeit auf, weshalb sich relevante Teile des literarischen Frankreichs der 1930er Jahre regelrecht empört ob des Unflats zeigten, den Céline über Hunderte Seiten hinweg zu einem furiosen Epos auftürmte. Céline ging es dabei nicht um artifizielle Provokation als Prinzip. Er haßte regelrecht seine Zeitgenossen im allgemeinen und das Juste milieu seiner Zeit sowie das Verschleiern menschlicher Abgründe durch Feinsinniges oder Moralvorstellungen im besonderen. Der Mensch ist dem Menschen ein Verhängnis, und der moderne Mensch ist dazu auch noch notorisch überfordert mit sich selbst und seinem eigentlich doch so banalen, so triebgesteuerten Lebensvollzug; das war Célines Botschaft an seine Zeitgenossen.

Die fiktional-autobiographischen Schilderungen umreißen die Jugend des Protagonisten Ferdinand; der Erzählstrang erstreckt sich von der Jahrhundertwende bis kurz vor Beginn des Ersten Weltkriegs. Im Dschungel des Hauptstadtkleinbürgertums ist bei Céline kein Platz für Romantik, für menschliche Näheverhältnisse, für Vertrauen und Loyalität. Statt dessen: Niedrigkeit allerorten, Gewalt (inner- wie außerfamiliär), Geschlechtsverkehr jeden Typus (und mit Männlein wie Weiblein) als absonderliches Fest des Ekels vor sich selbst und dem temporären Partner. Als der Erzähler über seine unsteten und von fatalen Fehlschlägen geprägten Lehrjahre als Kaufmannsgeselle berichtet, konstatiert er, daß man all dies wohl durchlitten haben müsse, um zu wissen, wie der Haß schmecke: »Er muß dir durchs Gedärm gekrochen sein, bis ins Herz«, und dann schäume er über, vergifte die Welt, »damit nur noch Gemeinheit wächst, unter den Toten, unter den Lebenden«.

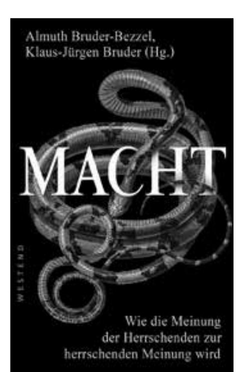
Wer sich einlassen kann auf Verbalinjurien, einen elliptischen Stil, all den Zynismus und den omnipräsenten Ton der Verachtung für alles und jeden – der wird mit 800 Seiten Célinescher Originalität belohnt, die lange vor Houellebecq und Konsorten eine wahrhafte Revolution des Romans bedeutete. Wer sich nicht einlassen kann auf diese Mischung aus Haßgesang, Gesellschaftskritik und Obszönität – der weiß sich immerhin mit Hans Fallada einig, der 1937 an seinen Verleger Ernst Rowohlt schrieb, daß Céline ein »Mistvieh« und ein »Urschwein« sei. So bleibt Céline auch sechs Jahrzehnte nach seinem Tod ein ambivalentes Ärgernis: Weltliteratur am Abgrund.

BENEDIKT KAISER ■

Meinungsherrschaft

Klaus-Jürgen Bruder, Almuth Bruder-Bezzel (Hrsg.): ***Macht. Wie die Meinung der Herrschenden zur herrschenden Meinung wird,*** **Frankfurt a.M.: Westend Verlag 2021. 250 S., 22 €**

Jeden Machtlosen, der sich politisch engagiert, treiben zwei Fragen um. Wie gelingt es den Mächtigen, ihre Macht abzusichern und zu behaupten? Und: Wie kann ich an ihre Stelle gelangen? Die erste Frage ist wissenschaftlicher Gegenstand von Soziologie, Psychologie und Politikwissenschaft. Die zweite Frage wird hierzulande nur ungern erörtert, weil die Mächtigen das Infragestellen ihrer Herrschaft gern als extremistisches Unterfangen stigmatisieren. Diesem Grundsatz folgt auch der Sammelband, der sich vor allem mit dem metapolitischen Problem der Meinungs- und Willensbildung in der Öffentlichkeit befaßt (die mittlerweile allerdings auch den Argwohn des Verfassungsschutzes weckt). Daß die Autoren durchweg aus der linken Ecke stammen, ist in diesem Fall kein Nachteil, weil es sich um Leute handelt, für welche die Linksdrift der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik nur eine Verkleidung des Neoliberalismus ist.



Auch wenn das Vorwort mit dem naheliegendsten Beispiel für Manipulation der Massen, der Corona-Hysterie, anhebt, ist der Band bereits vorher konzipiert worden, so daß dieses Phänomen nur am Rande vorkommt. Es geht vielmehr um die Grundlage der Hysterie, die dahinterliegenden »Wertmaßstäbe, Normen und Weltbilder«. Die einzelnen Beiträge sind von der Qualität her sehr unterschiedlich, es gibt vulgärmarxistische Ausreißer (Feindbild Familie, »fremdbestimmte Arbeitnehmer« sind gleichsam moderne Sklaven) und lesenswerte Beiträge, die von den Grundlagen der Massenkommunikation und denjenigen handeln, die sie bestimmen. Die Mittel, derer sie sich bedienen, werden einzeln beleuchtet: Konsum, Internet, Bildmanipulation. Ein Schwerpunkt liegt auf Beispielen, mit denen die Herausgeber belegen wollen, daß insbesondere in der Außenpolitik die Manipulation der Öffentlichkeit kaum eine Grenze kennt (Krieg gegen Serbien, Maidan). Auch Nutzen und Nachteil von Verschwörungstheorien werden erfreulich offen gegeneinander abgewogen.

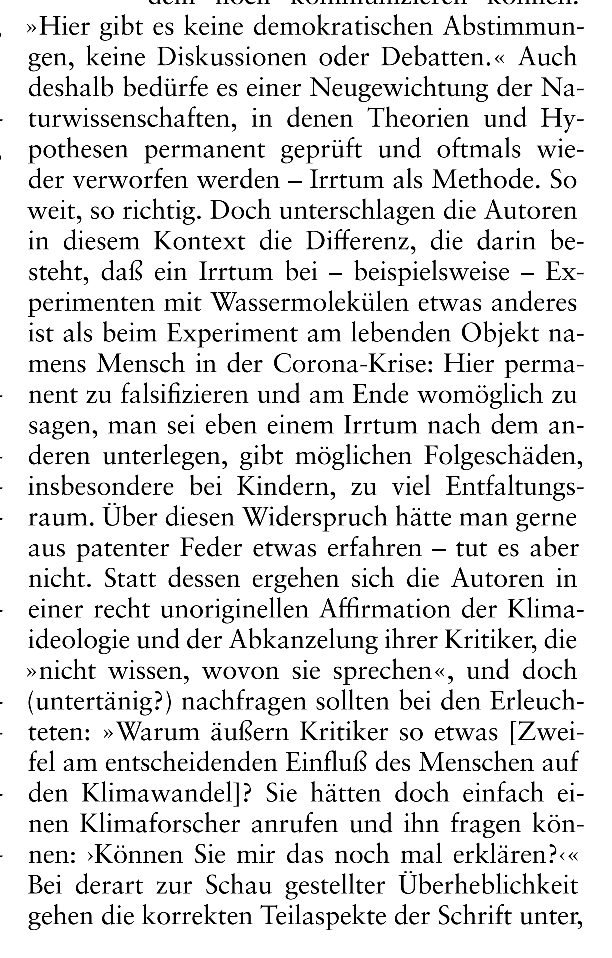
Nützlich und mit Gewinn zu lesen sind viele der Beiträge aber nur, wenn man die Schlußfolgerungen entweder ignoriert oder sie als Prüfstein für das Theoriegebäude nutzt, das hinter diesem ganzen Band steht. Diesbezüglich sind viele Autoren irgendwo zwischen 1930 und 1970 steckengeblieben. Sie sehen im Faschismus immer noch die konsequente Fortentwicklung des Kapitalismus, in der Sexualpathologien eine große Rolle spielen, und sie sehen sich dementsprechend einer Verschwörung aus Sicherheitsdiensten und Rechtsextremisten gegenüber, die bei den durch den Neoliberalismus völlig desorientierten Leuten leichtes Spiel haben werden. Wenn man sich davon nicht abschrecken läßt, kann man zumindest feststellen, daß die Linke mittlerweile eingesehen hat, daß sie keinen Zaubertrank besitzt, der die Massen zu einem politischen Faktor machen könnte.

Erik Lehnert ■

Kein Gesprächsangebot

Harald Lesch, Klaus Kamphausen: ***Denkt mit! Wie uns Wissenschaft in Krisenzeiten helfen kann,*** **München: Penguin Verlag 2021. 128 S., 14 €**

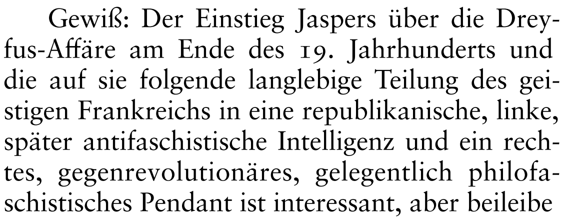
Die Dominanz establishmentzugehöriger Geisteswissenschaftler in Medien, Gesellschaft und Politik soll offenbar gebrochen werden: Establishmentzugehörige Naturwissenschaftler fühlen sich nachrangig behandelt. Diese *Conclusio* drängt sich auf, wenn man die neue Streitschrift *Denkt mit!* des im ZDF präsenten Astrophysikers Harald Lesch liest, die er gemeinsam mit dem Publizisten Klaus Kamphausen vorgelegt hat.



Dabei ist die Ausgangsthese des Büchleins durchaus vielversprechend: Während in den Geisteswissenschaften das deliberative, diskursive Moment dominiert, sei eine Grunderkenntnis der Naturwissenschaften, daß wir mit der Natur weder verhandeln noch kommunizieren können: »Hier gibt es keine demokratischen Abstimmungen, keine Diskussionen oder Debatten.« Auch deshalb bedürfe es einer Neugewichtung der Naturwissenschaften, in denen Theorien und Hypothesen permanent geprüft und oftmals wieder verworfen werden – Irrtum als Methode. So weit, so richtig. Doch unterschlagen die Autoren in diesem Kontext die Differenz, die darin besteht, daß ein Irrtum bei – beispielsweise – Experimenten mit Wassermolekülen etwas anderes ist als beim Experiment am lebenden Objekt namens Mensch in der Corona-Krise: Hier permanent zu falsifizieren und am Ende womöglich zu sagen, man sei eben einem Irrtum nach dem anderen unterlegen, gibt möglichen Folgeschäden, insbesondere bei Kindern, zu viel Entfaltungsraum. Über diesen Widerspruch hätte man gerne aus patenter Feder etwas erfahren – tut es aber nicht. Statt dessen ergehen sich die Autoren in einer recht unoriginellen Affirmation der Klimaideologie und der Abkanzelung ihrer Kritiker, die »nicht wissen, wovon sie sprechen«, und doch (untertänig?) nachfragen sollten bei den Erleuchteten: »Warum äußern Kritiker so etwas [Zweifel am entscheidenden Einfluß des Menschen auf den Klimawandel]? Sie hätten doch einfach einen Klimaforscher anrufen und ihn fragen können: ›Können Sie mir das noch mal erklären?‹« Bei derart zur Schau gestellter Überheblichkeit gehen die korrekten Teilaspekte der Schrift unter,

zumal auch sie kaum neue Erkenntnisse bereithalten, sondern vielmehr an Allgemeinplätze erinnern (Ressourcen des Planeten sind begrenzt; ungehemmtes Wachstum bleibt daher kritisch zu sehen u. ä.).

Das Buch ist folglich nicht, wie Lesch und Kamphausen postulieren, »ein Aufruf zum Gespräch«, sondern eine Absage an mögliche Antagonisten und eine Aufforderung an alle, der spezifischen Lesart der Autoren zu folgen. Als Zielpunkt geben sie unter anderem an, daß, gestützt durch Naturwissenschaftler, »eine Debatte über die Werte, nach denen wir leben wollen und die für uns nicht verhandelbar sind«, angestoßen wird. Bei soviel Selbstüberzeugung und sowenig Selbstzweifeln läßt sich zumindest erahnen, wie Widersachern ihrer »nicht verhandelbaren« Werte begegnet werden soll. Auch damit erweisen sich Lesch und Kamphausen als charakteristische Vertreter des zeitgenössischen Establishments und würdige Nebenbuhler ihrer geisteswissenschaftlichen Kollegen.

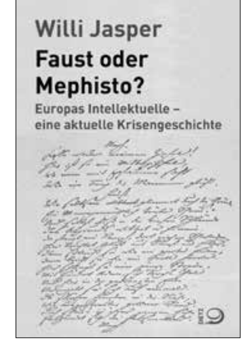


BENEDIKT KAISER ■

Lahme Geschichte linker Intelligenz

Willi Jasper: ***Faust oder Mephisto? Europas Intellektuelle – eine aktuelle Krisengeschichte,*** **Bonn: Dietz Verlag 2021. 182 S., 22 €**

Der Kulturwissenschaftler Willi Jasper (Jahrgang 1945) wurde in der 84. *Sezession* (Juni 2018) positiv gewürdigt, weil er – als einstiger Kader der maoistischen Splittergruppe KPD/AO – eine konzise Geschichte der 68er-Bewegung samt ihren unterschiedlichen Fortbeständen und Ausläufern vorlegte. *Der gläserne Sarg* (Berlin 2018) war spannend zu lesen, speziell auch für Nichtzeitgenossen im allgemeinen und Nichtlinke im besonderen. Aufschlußreich war unter anderem, daß Jasper das Phänomen der Karrierewege jener Ex-Maoisten und Ex-Linksradikalen anschnitt, die heute das Establishment durchziehen und ihre alten Ideologien zugunsten markt- oder linksliberaler Agenden abstreiften. Letzteres trifft unterdessen auf Jasper selbst zu, wie sein neues Buch *Faust oder Mephisto?* unterstreicht. Eine »aktuelle Krisengeschichte« europäischer Intellektueller soll es qua Eigenanspruch darstellen; eine einigermaßen zusammenhanglose Schau linker bzw. linksliberaler Intellektueller ist es geworden. Daß ein dezidiert politischer Autor parteiisch ist, seinen Gegenstand empathisch behandelt und klare Standpunkte ergreift, wäre dabei für sich genommen naturgemäß kein Problem; wenn Jasper indes eine kurze Geschichte linker Intelligenz vorlegt, die mit fast jeder ihrer Zeilen langweilt, schon.



Gewiß: Der Einstieg Jaspers über die Dreyfus-Affäre am Ende des 19. Jahrhunderts und die auf sie folgende langlebige Teilung des geistigen Frankreichs in eine republikanische, linke, später antifaschistische Intelligenz und ein rechtes, gegenrevolutionäres, gelegentlich philofaschistisches Pendant ist interessant, aber beileibe kein Alleinstellungsmerkmal. Die folgenden losen Gedankenfolgen über Goethe, EU-Europa oder »Transnationalismus« ermüden den Rezensenten, der allenfalls dadurch für einen flüchtigen Augenblick in Wallung zu geraten droht, weil er sich über banale Fehler (Sarah Wagenknecht statt Sahra, *Neue Züricher Zeitung* statt *Neue Zürcher Zeitung*) oder nicht minder banale Ideologieeinsprengsel ärgert (Ernst Jünger und Friedrich Sieburg, die daran arbeiteten, den Hitler-NS »salonfähig« zu machen). Immerhin die Schlußpassage bietet wissenswerte Stellen über einen linken Dissidenten. Doch hat man die darin enthaltenen Informationen über Rudolf Bahro als Leser anderswo längst prägnanter aufbereitet bekommen.

Willi Jaspers Neuerscheinung ist damit weder für politisch interessierte Zeitgenossen im allgemeinen noch für Nichtlinke im besonderen lesenswert. Es hält für beide möglichen Zielgruppen schlichtweg keinen Erkenntnisgewinn bereit, und schlecht geschrieben ist es auch.

BENEDIKT KAISER ■

Von wegen: Machtverfall

Robin Alexander: ***Machtverfall. Merkels Ende und das Drama der deutschen Politik: Ein Report,*** **Berlin: Siedler Verlag 2021. 378 S., 22 €**

Bei manchen Publikationen merkt man schon beim Vernehmen des Titels, daß der Autor auf dem Holzweg ist. So ist es sicherlich gewagt, die Geschichte der letzten vier Jahre der Ära Merkel unter das zentrale Stichwort »Machtverfall« zu stellen. Robin Alexander führt als wichtigsten Beleg dafür ein Eingeständnis der Kanzlerin vom Anfang dieses Jahres an: »Uns ist das Ding entglitten«. Das Coronavirus mutierte scheinbar ungehindert weiter und versetzte viele, von regierungsamtlicher Propaganda zusätzlich beunruhigt, in Angst und Schrecken. Daß die Ausbreitung einer Pandemie, von manchen auch als »Plandemie« betrachtet, zur Machtimplosion der Regierenden führt – dafür dürfte es kaum belastbare Hinweise geben. Ausnahmezustände und die Vorspiegelung einer apokalyptischen Lage führen im Gegenteil zur Akzeptanz von politischen Maßnahmen, die in normalen Perioden kaum durchsetzbar wären. Temporär diskutierten in den sozialen Netzwerken staatliche

Organe sogar über die rechtliche Zulässigkeit, auf einer Parkbank zu lesen. Die Krise diente bisher eher dem Machterhalt der bald abtretenden Regierungschefin. Sie hat es, anders als ihre Vorgänger, geschafft, den Zeitpunkt ihres Rücktritts selbst zu bestimmen.

Der Journalist Alexander hat bereits mit seiner Schrift *Die Getriebenen* einen Report aus den Zentren offiziöser Diskurse vorgelegt. Viel beachtet zeigte der Insider die Dynamik, die zur Grenzöffnung von 2015/16 samt bekannten Folgen geführt hat.

In einem ähnlichen Stil beschreibt der Journalist nunmehr seine Einblicke in Entscheidungszirkel der letzten Jahre. Er bemüht sich, möglichst wertfrei zu berichten. Zwischen den Zeilen erkennt man aber sehr wohl seinen eigenen Standpunkt. Er schlägt einen Bogen von der Trump-Wahl 2016, die er als besondere Herausforderung für Merkel begreift, bis zur Ausrufung der Kanzlerkandidatur Armin Laschets im Frühjahr 2021. Wie Perlen auf einer Kette aneinandergereiht werden dem Rezipienten wichtige Ereignisse vor Augen geführt, neben anderen Söders Wandlung zum »Corona-Sheriff«, die Reise der Regierungschefin nach Wuhan 2019, das Verhältnis von Merkel zu Kramp-Karrenbauer, die Vorfälle von Erfurt 2020 und das Impfdesaster.



Dramatisch wird vor allem der Beginn der Pandemie dargestellt. Die Getriebenen sind diesmal in ihrem Handeln besonders von einseitigen virologischen Expertisen bestimmt, aber auch von weltweiten Medienberichten über angebliche gesundheitliche Großschäden, die das Virus verursacht, und den globalen politischen Gegenmaßnahmen. Diese lassen die chinesischen Reaktionen als Blaupause erkennen. Die Panik vieler Bürger macht es den Herrschenden leicht, Grund- und Freiheitsrechte zu suspendieren. Alexander bemerkt dazu trokken: »Ihre Kanzlerin teilt ihre Angst«. Über ständig steigende Infektionszahlen wird in den entsprechenden Regierungskreisen, später im halboffiziellen »Corona-Kabinett«, ständig diskutiert. Kaum beachtet hingegen werden juristische Grenzen politischer Eingriffe oder die Schäden, die die Beschränkungen bei den betroffenen Bürgern hervorrufen können. Interessant ist weiter die beiläufige Bemerkung des Autors über die Ausgrenzung von Fachleuten wie Klaus Stöhr und Hendrik Streeck, die jenseits aller Verharmlosung alternative Strategien empfehlen.

Man sollte nicht überrascht sein, daß Alexander viele katastrophale Aspekte der Krise, etwa die wirtschaftlich-gesellschaftlichen Folgeschäden, ja die sattsam bekannten Zustände in Deutschland insgesamt am Ende der Amtszeit der »ewigen Kanzlerin« weithin ausblendet. Er möchte auch künftig zu den führenden Hauptstadtjournalisten gehören. Dem kritischen Zeitgenossen sind zum Gegenlesen (neben anderen) die Analysen von Wolfgang Bittner *(Deutschland – verraten und verkauft)* und Baal Müller *(Die Selbstzerstörung der Demokratie)* ans Herz zu legen.

FELIX DIRSCH ■

Wenn Frieden Krieg ist

Michel Onfray: *Theorie der Diktatur*, Dresden: Jungeuropa Verlag. 224 S., 22 €

George Orwells Name ist zu einer klischeehaften Chiffre für Totalitarismus, Gehirnwäsche und Überwachungsstaat geworden. Hat man seine Botschaft allerdings wirklich verstanden, wenn man jemanden wie Robert Habeck das Vorwort zu einer Neuausgabe von *1984* schreiben läßt? Wer denkt, daß zu Orwell alles gesagt ist oder daß sich seine Analysen der totalitären Herrschaft auf Systeme der Vergangenheit wie Stalinismus und Nationalsozialismus beschränken, der wird von Michel Onfray, dem kontroversen »Star« unter den französischen Philosophen, eines Besseren belehrt: Der Totalitarismus lebt und ist mächtiger als je zuvor! Onfray sieht in Orwell nicht bloß einen »Literaten«, sondern einen politischen Denker vom Rang eines Machiavelli, Hobbes oder Rousseau. *Theorie der Diktatur* destilliert aus Orwells Hauptwerken, *Farm der Tiere* und *1984*, »sieben Hauptmomente«, die Onfray im »progressistischen« politischen System des Westens wiederentdeckt. Sie lauten: Zerstörung der Freiheit; Verarmung der Sprache; Abschaffung der Wahrheit; Auslöschung der Geschichte; Verleugnung der Natur; Verbreitung von Haß; und schließlich »das Streben nach dem Imperium«, zu welchem Zweck man »Kinder formatieren, die Opposition lenken, die Eliten regieren, durch den Fortschritt versklaven, die Macht verbergen« müsse. Diese »Hauptmomente« werden durch 34 Grundsätze verwirklicht, etwa »das Privatleben zerstören«, »Meinungen gleichschalten«, »Gedankenverbrechen anzeigen«, »Neusprache praktizieren«, »die Wörter zerstören«, »die Presse instrumentalisieren«, »falsche Nachrichten verbreiten«, »die Geschichte umschreiben«, »kritisches Denken psychiatrisieren«, »das Leben hygienisieren« und so weiter. Nachdem man alle Punkte dieser Checkliste abgehakt hat, steht die Diagnose unzweifelhaft fest: Auch ohne Gulags, Armbinden und uniformierte Führer leben wir längst in einer totalitären Dystopie, die »weicher« und hinterhältiger, aber dafür weitaus gründlicher operiert als in den dreißiger und vierziger Jahren des letzten Jahrhunderts.

Onfray, der sein Buch noch vor Beginn des aktuellen ultra-orwellianischen Pandemie-Regimes

schrieb, bläst den Staub von Orwells »Klassiker«-Status und zeigt seine unheimliche Aktualität auf. Gelegentlich greift er allerdings daneben, wenn er etwa den Angriff des Regimes auf die »Menschlichkeit als solche« unter dem Grundsatz »Den letzten Menschen vernichten« rubriziert. Dieser von Nietzsche stammende und von Fukuyama mit dem »Ende der Geschichte« verknüpfte Begriff ist hier nicht ganz passend: Offensichtlich bedarf die moderne Diktatur nicht der heroischen Parteisoldaten, sondern eher der infantilisierten, transzendenzlosen und gefügigen »Couchkartoffeln«. Onfray hackt übermäßig auf den »sozialen Medien« herum, die in vieler Hinsicht die letzten Refugien der Meinungsfreiheit sind und deshalb auch immer stärker vom »Imperium« reguliert und zensiert werden. Und wenn er beispielsweise die Annahme, daß »dieser 11. September« ein »von den USA inszenierter Anschlag war«, als indiskutable Frucht eines »Nihilismus der Wahrheit« bewertet, dann wird deutlich, daß auch er die Dichte der Matrix noch nicht ganz erfaßt hat. »Verschwörungstheorien« und Zweifel an allgemein akzeptierten Tatsachen stehen oft am Anfang eines Bewußtseinsprozesses, der zu der Erkenntnis führt, in welch ungeheurem Maße die heutige Weltpolitik von Orwellschen Konzepten durchdrungen ist.

MARTIN LICHTMESZ ■

I can breathe

Mathias Tietke: *Yogi Hitler. Der Einfluß von Yoga und indischer Philosophie auf die Ideologie des Nationalsozialismus,* Kiel: Ludwig 2021. 160 S., 17,90 €

Noch jeder Titel wirkt durch die bloße Nennung Hitlers aufgerüstet. Hier nun »Yogi Hitler« – ein Zusammenhang, der so abstrus wirkt wie jener zwischen dem Einbandfoto und dem Inhalt des Bändchens. Der Untertitel suggeriert einen Nexus: »Der Einfluß von Yoga und indischer Philosophie auf die Ideologie des Nationalsozialismus«. Nun war diese Ideologie ein Konglomerat verschiedenster Versatzstücke. Insofern sind allerlei Bezüge möglich, mit der Folge, daß jede Quelle, aus der die Nazis angeblich schöpften, kontaminiert erscheint. Vorab: Es gibt keine Wirkbezüge zwischen altindischer Philosophie, Yoga und dem Hitlerismus. Aber dieses Buch kokettiert mit dem Gedanken. Mathias Tietke kann auf eine couragierte Ost-Biographie verweisen: Er verweigerte in der DDR den Wehrdienst; ein Studium am Leipziger Literaturinstitut wurde verhindert. Vor allem ist er ein exzellenter Yoga-Kenner und selbst Yoga-Lehrer. Seine Studie *Yoga im Nationalsozialismus* liegt seit 2011 vor, desgleichen *Yoga in der DDR*. Das vorliegende Buch möchte zeigen, daß Yoga und altindisches Denken spürbar Einfluß auf die Ideologie des Dritten Reiches hatten. Geboten wird eine Materialsammlung, die sich bemüht, Nachweise für Bezüge zwischen sehr verschiedenen Zeiten und Welten herzustellen. Allzu viele Zitate, allzu viele Fußnoten, raunende Suggestion, insgesamt eine beeindruckende Fülle, dabei jedoch keinerlei Beweis für die These des Titels. Gezeigt wird vielmehr die Entwicklung der NS-Ideologie selbst. Der Autor sucht die Persönlichkeiten, die direkt oder indirekt zur Ausformung der Politik des Dritten Reiches beitrugen. Die Darstellung bricht thematisch öfter aus, Yoga und Altindien rücken über längere Passagen aus dem Blick, wenn es etwa um Antisemitismus geht. Problematischer ist jedoch, daß der Autor aus der Philosophiegeschichte heraus Verbindungen zum Nationalsozialismus konstruiert, die sich so zwar nicht erkennen, aber auf ein verengtes Philosophieverständnis des Autors selbst schließen lassen. Wenn Arthur Schopenhauer und Friedrich Nietzsche als Vordenker des Nationalsozialismus dargestellt werden, folgt dies der Engführung der DDR-Philosophiegeschichte. Das führt zu skurrilen Fehlurteilen: »Der Wortschöpfer des ›Übermenschen‹, der ab seinem 45. Lebensjahr ein Pflegefall war und mit 55 Jahren an Einsamkeit und geistig umnachtet starb, paßte mit seinen zynischen und menschenverachtenden Anschauungen sehr wohl zur Führungsriege und zur Ideologie des Nationalsozialismus.« Abgesehen davon, daß dieser Gedanke mit der Yoga-Thematik gar nicht zu verbinden ist.



Ähnlich mit Blick auf Arthur Schopenhauer: Vermutlich in Unkenntnis des Hauptwerkes und damit im Unverständnis von Willensmetaphysik und Mitleidsethik kann eben nicht verstanden werden, was den Philosophen an den Upanischaden anzog. Wenn dann darauf verwiesen wird, daß Hitler Kant, Schopenhauer und Nietzsche verehrte, heißt das eben nichts. Vielmehr wäre zu zeigen, inwiefern er sie nur oberflächlich oder überhaupt nicht durchdrang, sondern nur hier und da Sentenzen aufgriff, die ihm ins eigene Weltbild paßten. Mit langwierigen Biographien von Persönlichkeiten aus dem Vorfeld des Nationalsozialismus oder von dessen Protagonisten, zulaufend auf Rosenberg, Himmler und Hitler, legt der Autor eine fleißige Facharbeit vor, die ausufernd zwar Bezüge und Scheinbezüge versammelt, aber den gewünschten Zusammenhang zwischen ursprünglichem Yoga und Nationalsozialismus eben nicht aufzuzeigen vermag. Daß die indische Brahmanen- und Kriegerkaste den Nazis als Vorbild gelten konnte, ohne daß sie deren geistiges Selbstverständnis begriffen, daß ihnen zudem Auszüge aus der *Bhagavad Gita* isoliert zupaß kamen, mag vorstellbar sein, nur hat das mit Yoga ebensowenig zu tun wie ein Foto, auf dem Eva Braun vor Bergfilmkulisse gymnastisch eine Brücke zeigt, in der Mathias Tietke die Yoga-Haltung *chakrāsana* erkennen möchte. Am Ende dann noch im Umkehrschluß die angebliche »Affinität zahlreicher

Inder für Adolf Hitler« als Beweis der gemutmaßten Beziehung anzuführen und auf die Symbolgeschichte der Swastika zu verweisen erscheint völlig unsinnig.

HEINO BOSSELMANN ▪

Dieser Ägypter geht aufrecht

Hamed Abdel-Samad: *Schlacht der Identitäten. 20 Thesen zum Rassismus – und wie wir ihm die Macht nehmen,* München: dtv 2021. 141 S., 14 €

Globalisierung, Migration und verstärkte Versuche der politischen Linken, Gruppenidentitäten zu instrumentalisieren, sind der Hintergrund für den Boom, den das Thema in letzter Zeit erlebt. In der Vielfalt der Antworten, die auf die Frage »Wer bin ich?« möglich ist, steckt erhebliches politisches Mißbrauchspotential.

Die Fülle an Aspekten und Widersprüchen von der (teilweise gewählten) Ich-Identität über Gruppen-Bindungen (Religion, Familie, sexuelle Orientierung und so fort) bis hin zu nationalen Prägekräften spiegelt sich im speziellen in den Konflikten um Rasse und Rassismus. Wie wenig konsistent die Argumentation vieler Linken ist, zeigt die Tatsache, daß von dieser Seite die Existenz von Rassen einerseits gerne geleugnet und als bloße Fremdzuschreibung ohne eigentliches Fundament betrachtet wird; andererseits steigt indessen die Menge herbeiphantasierter Rassisten von Jahr zu Jahr kontinuierlich, ohne die die ganze Blase der Linksidentitären besonders an den kulturwissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten arbeitslos wäre.

Die neueste von dem aus Ägypten stammenden Publizisten und Bestsellerautor Hamed Abdel-Samad verfaßte Schrift hebt sich von vielen Darstellungen dadurch ab, daß sie eine andere als die hypermoralisch-emotionale Herangehensweise pflegt. Sie geht sachlich-reflektiert vor. Auch eigene Erfahrungen kommen zur Sprache. Der Autor kam bereits als Sohn eines Imams mit antichristlichen Affekten in Berührung. Später wurde er von Muslimen als zu wenig islamisch gebrandmarkt, im Westen wiederum manchmal als Fremder ausgegrenzt. Er weiß, daß er selbst nicht ganz frei von solchen diskriminierenden Neigungen ist. In 20 Thesen versucht er eine multifaktorielle Analyse, deren Ausgewogenheit hervorsticht.

Der Zugang des Autors zeigt sich nicht zuletzt in der Einordnung entsprechender Phänomene im Sinne einer anthropologischen Konstanten. In der Evolutionsgeschichte war die Abgrenzung von Angehörigen anderer Gruppen oft überlebenswichtig. Angst und Demütigungen waren und sind nicht zu unterschätzende Triebfedern des Verhaltens. Dieses Faktum ist aber kein Grund, Vorstellungen grundsätzlicher Überlegenheit aufgrund der Zugehörigkeit zu bestimmten Kommunitäten nicht kritisch zu beäugen.

Erfreulich ist, daß ein politisch unkorrekter Beobachter wie Abdel-Samad auch die ostentativen linken Rassismus-Verächter unter die Lupe nimmt und ihnen den Spiegel vorhält. Die inhärente Dialektik von deren Argumentation ist offenkundig: Diejenigen, die sich vermeintlich besonders um Migranten und Farbige sorgen und am liebsten die ganze Sprache neu schaffen würden, um Diskriminierungen zu vermeiden, sind besondere Feindbildproduzenten: Die bereits sprichwörtlichen alten wie einheimischen weißen Männer sind nur ein Objekt ihrer mitunter heftigen Attacken. Der frühere Bundestagspräsident Wolfgang Thierse gehört zu denen, die ein Lied davon singen können.

Natürlich kann Abdel-Samad nicht jedes Zugeständnis an die Wächter des Rassismus-Diskurses vermeiden. So hat sich der ehemalige US-Präsident Donald Trump, anders als Abdel-Samad schreibt, mitnichten über *alle* Mexikaner negativ geäußert, sondern in erster Linie Mitglieder der Gang MS-13 angegriffen, die für viele Straftaten in seinem Land verantwortlich sind.

Abdel-Samad versucht, einen Ausweg aus den verfahrenen Debatten aufzuzeigen. Dabei schließt er an Vorstellungen anderer liberaler Intellektueller wie des *NZZ*-Chefredakteurs Eric Gujer und des US-Politologen Francis Fukuyama an: Der öffentlich heftig Angefeindete fordert einen aufgeklärten Individualismus, der die Freiheit, Zugehörigkeiten zu wählen und subjektiv zu hierarchisieren, in den Mittelpunkt rückt; weiter macht er sich für eine empathische Gesellschaft stark, die er jenseits utopischer Vorstellungen ansiedelt. Eine differenzierte Lektüre, die unbedingt zu empfehlen ist!

FELIX DIRSCH ▪



Angst als Herrschaftskonzept

Hannes Hofbauer, Stefan Kraft (Hrsg.): *Herrschaft der Angst. Von der Bedrohung zum Ausnahmezustand,* Wien: Promedia Verlag 2021. 320 S., 22 €

In der 92. *Sezession* (Oktober 2019) wurde eine »kluge Linke« porträtiert, die sich um Verlage wie Promedia in Wien und das Periodikum *Lunapark21. zeitschrift zur kritik der globalen politischen ökonomie (LP21)* gruppiert. Doch selbst diese minoritäre Vernunftlinke zeigt sich nun angesichts der möglichen Antworten auf die Corona-Krise argumentativ uneins: Im Editorial der 53. *LP21* (Frühjahr 2021) wird das deutlich. Chefredakteur Winfried Wolf räumt ein, daß die Redaktion gespalten sei: Ein Mitglied, Hannes Hofbauer, vertrete abweichende Standpunkte, während Wolf und eine »deutliche Mehrheit« der

Redakteure bei der Initiative ZeroCovid mitwirken. Das ist keine Petitesse, zumal das Ausscheren Hofbauers aus jener linken Stoßrichtung, die sich durch die Forderung nach einem vollständigen *Shutdown* (anstelle temporärer *Lockdowns*) Gehör verschafft hat, sich nicht auf *LP21*-Meinungsbeiträge beschränken läßt. Hofbauer, über das eigene Milieu hinaus bekanntgeworden als Promedia-Verleger und zuletzt durch sein Buch *Kritik der Migration* (vgl. *Sezession* 90), versammelt das linke Who's who der Skeptiker der offiziösen Corona-Politik in einem Sammelband mit dem sprechenden Titel *Herrschaft der Angst*. Es wirken Autoren wie Moshe Zuckermann und Joachim Hirsch, Wolf Wetzel und Norman Paech mit, die innerhalb der Linken durchaus ein gewisses Renommee besitzen. Das könnte sich mit vorliegender Textsammlung ändern. Denn bereits im Vorwort der Herausgeber Hofbauer und Stefan Kraft (einem Rosa-Luxemburg-Experten) wird die potentielle Gefahr des Virus nüchtern beschrieben und die *Lockdown*-Politik als verheerend verworfen. Die vereinigte Linke, die entweder die Regierungspolitik stützt oder gar noch härtere Maßnahmen einfordert (ZeroCovid und dergleichen), wird offen adressiert: Eine Linke, die so handle, habe »ihren Anspruch auf Opposition verwirkt«. Verständlich wird diese Ausgangsthese anhand einiger markanter Beiträge. Hervorzuheben ist zunächst Zuckermanns Beitrag über »Geschichte, Angst und Ideologie«, in dem die Verbindung aus Angst und Politik scharfsichtig eingeordnet wird. Hirschs Essay über »Angst und Herrschaft« knüpft hier an und zeigt, wie die Pandemie herrschaftstechnisch benutzt wird, »nicht nur zur Aufhebung zentraler Grund- und Freiheitsrechte, sondern auch zum weiteren Ausbau des Kontroll- und Überwachungsstaates«, was spätestens mit der erfolgreichen Durchsetzung des Staatstrojaners für alle 19 Geheimdienste der BRD markant wurde, die dem Gesetzgeber im Schatten der Fußball-Europameisterschaft und der sommerlichen Corona-Lockerungen gelang. Wolf Wetzel schildert hernach die »endlose Geschichte der Ausnahmezustände (in Deutschland)«, wobei insbesondere die Ausführungen zur Repressionswelle gegen die damalige Linke 1977 ff. lesenswert erscheinen: Hier ist zu befürchten, daß kommende Neuauflagen bereits durchexerzierter Rituale (von Berufsverboten bis Kontaktbeschränkungen) die politische Rechte von heute ungleich härter treffen dürften. Den Grund kann man Wetzels zweitem Beitrag (»Den Stier an den Hörnern packen«) entnehmen: Die zeitgenössische Linke ist machthörig, konformistisch-rebellisch, zeigt sich zu oft als »Begleitschutz der Großen Koalition«, keineswegs als Herausforderer. Das liege auch daran, wie man bei Karl Reitter (»Die Linke und die Angst vor Corona«) spüren kann, daß sie eine Initiative unterstütze, die als »katastrophal« zu bezeichnen sei – gemeint ist ZeroCovid, also jenes Projekt, das auch die *LP21*-Linke mindestens argumentativ entzweit.

Die Tatsache, daß das Gros der Aufsätze nicht nur für Interessierte an linken Diskursen, sondern für alle politisch aktiven Menschen in der anhaltenden Corona-Krise lehrreich ist, wird unwesentlich geschmälert durch einige Beiträge, die vom Niveau abfallen; ein typisches Sammelband-Phänomen. Ob Dieter Dehm (»Angst essen Zelle auf«), der sich oft als Polterpopulist aus dem Bundestag Gehör verschafft, wirklich hätte seinen Beitrag beisteuern müssen, scheint fraglich, und warum das Faß der »Islamophobie« geöffnet werden mußte, das den Blick vom eigentlich zu bearbeitenden Thema der Autoren weglenkt, wissen nur die Herausgeber.

Dieser Einwände eingedenk, ist *Herrschaft der Angst* eines der wenigen Bücher mit explizitem Corona-Schwerpunkt, das man wirklich gelesen haben sollte. Einmal mehr dürften zeitgenössische Nichtlinke mehr politische Essenz entnehmen können als die zeitgeistige Linke, die der Hofbauer-Kraft-Autorenschaft längst nur mehr eine marginale Nische überlassen hat. Schon allein deshalb bleibt auch das Fazit aus dem Oktober 2019 aktuell, wonach »Erkenntnisgewinn links der Mitte zwar möglich ist, daß praktische Schlußfolgerungen aber nur (neu)rechts wirksam werden könnten«.

BENEDIKT KAISER ■

Stefan von Kotze

Ralf Küttelwesch, Bernhard Knapstein: *Stefan von Kotze. Biographie,* hrsg. von der Stefan von Kotze Gesellschaft, Mittenwalde: factum coloniae 2020. 252 S., 23,80 €



Die Wiederentdeckung vergessener Autoren ist an viele Bedingungen geknüpft. Die grundlegendste ist, daß sein Werk wieder zugänglich gemacht wird. Im Falle des Weltenbummlers Stefan von Kotze (1869–1909) haben das zwei Enthusiasten übernommen und einen Band zusammengestellt, der sich vor allem als Dokumentation versteht, so daß man bei der Lesbarkeit einige Abstriche machen muß. Ihnen geht es allerdings auch weniger um die literarische Qualität des Werkes von Kotze als um dessen abenteuerliches Leben.

Stefan von Kotze entstammte einem alten altmärkischen Geschlecht – Bismarck war sein Großonkel – und galt schon in jungen Jahren als schwarzes Schaf der Familie, ein Ruf, dem er treu bleiben sollte. Während seine Brüder der Familientradition gemäß entweder beim Militär oder in der Verwaltung ihr Auskommen suchten, brach er die Schule ab und zog in die weite Welt, in der

er bald sein schriftstellerisches Talent entdeckte. Nach kurzem Dienst auf einem Segelschulschiff der Kaiserlichen Marine ging er um 1887 als Angestellter der Neuguinea-Compagnie für drei Jahre in die pazifischen Kolonien des Reiches.

Von 1892 bis 1900/01 hielt er sich in Australien auf, wo er zunächst nach Gold schürfte und Rinder züchtete, bevor er für mehrere Zeitungen als Reporter tätig war, was ihn zu einem Abstecher zu den Südseeinseln führte. Den Kontakt zu den australischen Zeitungen hielt er auch nach seiner Rückkehr nach Deutschland aufrecht, wo er vor allem für Berliner Zeitungen tätig war. Ein Auftrag der *Berliner Morgenpost* führte ihn 1902 zu einer Rundreise um Afrika. Ein letztes Mal brach Kotze 1907 zu einer Reise auf, die ihn auf den Balkan führte. 1909 nahm er sich das Leben.

Seine Bücher über die Südsee, Australien und Afrika erlebten mehrere Auflagen, seine Berichte wurden in verschiedenen Zeitungen nachgedruckt. In bezug auf das gerade angesagte Thema »Kolonialismus« sind Kotzes Texte interessant, da er sich an den teilweise erregten Debatten, die in der deutschen Öffentlichkeit über die Zustände in den Kolonien geführt wurden, gerne beteiligte. Er legte dabei eine kritische Haltung an den Tag, die aber eher einen zivilisationskritischen bzw. romantischen Zug hatte, wenn er über die Südsee schreibt: »Dafür hielt der preußische Paragraphen- und Polizeigeist Einzug, und vor ihm floh oder verbarg sich alles, was schlecht war in der Südsee, und leider auch alles, was schön und poetisch gewesen.«

Mit seinem Essay *Die gelbe Gefahr* (1904) gab er einer allgemeinen Furcht der Jahre einen Namen, der sich bis heute als Schlagwort erhalten hat. Für die Rezeption australischer Literatur in Deutschland spielte er die Rolle eines Wegbereiters, und der Feminismus fand in ihm einen frühen Gegner, als er 1904 seinen »Altjungfernkoller« veröffentlichte. Die Wertschätzung, die Kotze auch nach seinem Tod genoß, bringt nicht zuletzt ein Aufsatz von Kurt Tucholsky aus dem Jahr 1918 zum Ausdruck, in dem er Kotze als ein seltenes Beispiel für deutsche Humoristen würdigt.

ERIK LEHNERT ■

Entwicklungshelfer

Bruce Gilley: *Verteidigung des deutschen Kolonialismus,* Lüdinghausen: Manuscriptum Verlagsbuchhandlung 2021. 200 S., 25 €

»Obwohl keine Zeitzeugen mehr leben, die auf eigene Erfahrungen mit kolonialer Herrschaft zurückblicken, hat die Intensität der Debatte in den vergangenen Jahren eher zugenommen«, konstatierte Sebastian Conrad, Professor für Globalgeschichte an der FU Berlin, im September 2019.

Als dann der US-amerikanische Politikwissenschaftler Bruce Gilley zwei Monate später, im Dezember 2019, vor der AfD-Bundestagsfraktion zur »Verteidigung des deutschen Kolonialismus« aufrief, war der an der Portland State University lehrende Professor in aller Munde. Bereits 2017 hatte Gilley in den Vereinigten Staaten für einen Affront gesorgt, als er mit seinem Fachartikel »The Case of Colonialism« der akademischen Linken einen historischen Befund präsentierte, der mit den identitätspolitischen Diskussionen der Gegenwart kaum in Einklang zu bringen war.

Mit dem hier anzuzeigenden Buch hat Gilley seinen Vortrag zu einem pointierten Essay ausgebaut, der just an den eingangs zitierten Hinweis des Berliner Professors Conrad anknüpft. Denn Gilley läßt die Zeitzeugen literarisch auferstehen und macht sie zu Kronzeugen seiner *Verteidigung des deutschen Kolonialismus*. Der heutigen Wahrnehmung in der westlichen Welt, die den Kolonialismus als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bis hin zum Völkermord deklariert, stehen nämlich die weit überwiegend positiven Erinnerungen der kolonialisierten Völker entgegen, allen voran jener, die unter deutscher Kolonialverwaltung standen.

Anhand zeitgenössischer Quellen analysiert Gilley das Vorher und Nachher in den deutschen Kolonien, wobei sein Steckenpferd, die vergleichende Politikwissenschaft, deutlich hervortritt. Das positive Bild deutscher Kolonialisierung zeigt sich aber auch in Gilleys vergleichendem Blick auf Zustände und Ereignisse in den Kolonien anderer europäischer Nationen. Von Deutsch-Südwestafrika und den anderen afrikanischen Kolonien des Deutschen Kaiserreichs bis hin zu den Erwerbungen in der Südsee und dem chinesischen Kiautschou wirft er einen fachkundigen Blick auf Deutschlands Kolonialgeschichte. Nachdem der US-Politologe den Nachweis darüber erbracht hat, daß die gewaltsame Niederschlagung des Herero- und Nama-Aufstands nicht auf Befehl General von Trothas erfolgte, skizziert Gilley vor allem anhand der Musterkolonie Deutsch-Ostafrika, daß das Vorgehen in Deutsch-Südwest gerade nicht charakteristisch für den deutschen Kolonialismus stand. Das Vorgehen in den Schutzgebieten unterschied sich in einem eklatanten Punkt von der Kolonialpolitik der Briten, Franzosen, Portugiesen und Belgier: Dem Kaiserreich ging es nicht um die Ausbeutung, sondern um den Aufbau von Infrastruktur, Wirtschaft, Gesundheitswesen sowie Schul- und Bildungssystem. Gleichzeitig bekämpfte Berlin seit Beginn der Kolonialzeit jedwede Sklaverei, Eingeborene und Einheimische wurden ausgebildet. Gilley kommt zu dem Schluß: »Nicht der deutsche Kolonialismus hat zu der Spirale aus Gewalt, Korruption und Armut geführt, sondern erst sein Ende.«

HAGEN EICHBERGER ■

Sezession

Programm und Redaktion

Sezession ist eine politisch konservative Zeitschrift. Sie wird von Rechtsintellektuellen gemacht, die Redaktion hat ihren Sitz auf dem Rittergut Schnellroda in Sachsen-Anhalt.

Sezession bündelt Gedanken, Argumente und Lösungsansätze sechs Mal im Jahr auf jeweils 72 Seiten – drei Mal thematisch gebunden, drei Mal in einem offenen Heft.

Sezession wird vom Institut für Staatspolitik (IfS) herausgegeben und erscheint 2020 im achtzehnten Jahrgang.

Presse über uns

- eine »kluge Zeitschrift« (*Die Welt*)
- die »Pflichtlektüre der neurechten Intelligenz« (*Tagesspiegel*)
- »unverzichtbar für jeden Konservativen, der mitdenken will« (*Junge Freiheit*)

Ihr Abonnement

Ein Jahresabonnement (sechs Hefte) kostet inklusive Porto:

- 50 € im Normalbezug,
- 35 € ermäßigt für junge Leser in Ausbildung,
- 75 € im Förderabonnement,
- 60 € für Auslands-Abonnenten.

Ihre Prämie 2021

Neuabonnenten können aus drei Buchangeboten ihre Prämie wählen.

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra

Überblick 2021, 19. Jahrgang



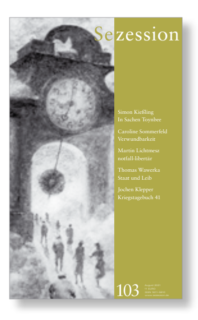
Heft 100 / Februar / 11 €
Thema: »Wo stehen wir?«
76 Seiten, Beiträge u. a.:

Martin Lichtmesz
100

Thomas Hoof
Lage

Erik Lehnert
Gleichheit

Dimitrios Kisoudis
Weltstaat



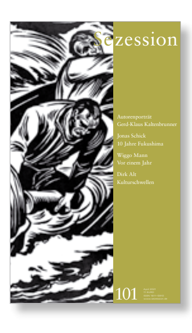
Heft 103 / August / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Simon Kießling
Inneres Proletariat

Caroline Sommerfeld
Verwundbarkeit

Martin Lichtmesz
notfall-libertär

Thomas Wawerka
Staat und Leib



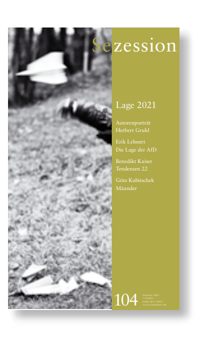
Heft 101 / April / 11 €
offenes Heft
80 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Joseph Beuys

Erik Lehnert
Doppelstaat

Martin Lichtmesz
Wir, Virus, Wien

Simon Kießling
Zähne, Glätte, Macht



Heft 104 / Oktober / 11 €
Thema: »Lage 2021«
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Herbert Gruhl

Erik Lehnert
Die Lage der AfD

Benedikt Kaiser
Tendenzen 22

Götz Kubitschek
Mäander



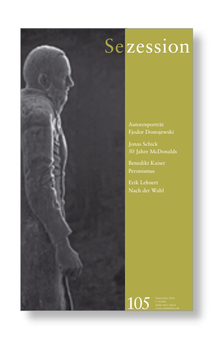
Heft 102 / Juni / 11 €
Thema: »Angst«
68 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
George Orwell

Erik Lehnert
Angst und Politik

Martin Lichtmesz
Angst und Gott

Ellen Kositza
Angst und Körper



Heft 105 / Dezember / 11 €
offenes Heft
72 Seiten, Beiträge u. a.:

Autorenporträt
Fjodor Dostojewski

Jonas Schick
Fastfood (50 Jahre McDonalds)

Benedikt Kaiser
Peronismus

Erik Lehnert
Nach der Wahl

Laschet ist zu klein, alle anderen haben auch irgendwelche Formatfehler.

PETER SLOTERDIJK